die überjährige Ehe gleichgestellt oder es werden die Rechtswirkungen, die anderwärts mit der Geburt eintraten, an die Ueberjährigkeit der Ehe geknüpft. Das Erforderniss mindestens einjähriger Ehe geht auf denselben Grundgedanken zurück, wie das Erforderniss der Fruchtbarkeit. Das erste Jahr der Ehe gilt mitunter als Probejahr; es soll die Fruchtbarkeit der Ehe erproben. Hier dürfte es genügen, auf das ägyptische Probejahr hinzuweisen. Wurde die Frau während des *ἐνιαυτὸς συνοικισίου*, des annus cohabitationis, nicht schwanger, so galt die Ehe für lösbar.¹⁾ Eine Reminiscenz an ein germanisches Probejahr könnte allenfalls ein von Mannhardt²⁾ mitgetheilter Brauch enthalten. Zu Oberndorf am Neckar war es Sitte, dass vierzehn Tage vor Neujahr alle Ehemänner mit ihren Frauen ins Wirthshaus gingen. Dort fragte die Frau ihren Mann, ob er seine Alte wieder auf ein Jahr dingen wolle, worauf der Mann erklärte, er wolle es wieder probiren.

IV.

Zur Geschichte der Grundherrschaft in Schlesien.

Von

Herrn Dr. **Felix Rachfahl**,

Privatdocenten in Kiel.

Durchaus unterscheidet sich die Grundherrschaft der Kolonisationsgebiete des nordöstlichen Deutschlands von der der altdeutschen Gebiete sowohl durch ihre räumliche Geschlossenheit als auch durch die Verschiedenheit in der Entwicklung ihrer inneren Structur. Eine grosse Anzahl trefflicher Arbeiten sind in den letzten Zeiten erschienen, die sich mit der Geschichte der Grundherrschaft sowohl im Nordosten überhaupt wie in seinen einzelnen Landschaften beschäftigen;

¹⁾ Mitteis, Reichsrecht und Volksrecht S. 224. — ²⁾ Wald- und Feldkulte I, 462. Post, Studien zur Entwicklungsgeschichte des Familienrechts S. 78.

es genügt, für die nunmehr preussischen Provinzen an das bahnbrechende Werk von Knapp, an die Untersuchungen von Meitzen, Fuchs, Brünneck, Grossmann, Schwind, Keil u. a. zu erinnern. Eines aber erhellt aus allen diesen neueren Forschungen: gewiss weist die Entwicklung überall im Norden dieselben grossen Züge auf; der Typus ist überall der gleiche; gleichwohl finden sich in den Einzelheiten weitgehende Verschiedenheiten. Die Probleme sind überall dieselben, nur ist ihre Lösung für die einzelnen Landschaften hie und da eine andere.

Muss demnach eine Darstellung des Werdeganges der Grundherrschaft im Nordosten zunächst auf der eingehenden Untersuchung der Verhältnisse eines bestimmten Territoriums sich aufbauen, so fragt es sich, welche Landschaft dazu am geeignetsten sein mag, dass man unter Berücksichtigung ihrer besonderen Eigenthümlichkeiten auf Grund des für sie vorhandenen Quellenmaterials die allgemeinen Grundzüge der Entwicklung der Grundherrschaft in der Form, wie sie im Gegensatze zum Westen im Kolonisationsgebiete auftrat, darlegen kann. Als besonders passend dafür muss Schlesien bezeichnet werden. Einmal ist uns nämlich hier eine im Vergleiche zu anderen Ländern überaus reichliche Menge von älteren Urkunden über die Gründung deutscher Dörfer erhalten, und zwar sind diese um so wichtiger, als wir nur dadurch das Wesen und die Bedeutung der Grundherrschaft in ihrer ältesten und reinsten Gestalt zu erkennen vermögen. Dann gestatten uns die schlesischen Quellen auch vermöge ihrer Beschaffenheit einen genügenden Einblick in die Geschichte der Grundherrschaft, nicht nur des deutschen sondern auch des polnischen Rechtes, sowie in ihre wechselseitigen Beziehungen und Einwirkungen. Bestimmend war endlich noch die Erwägung, dass zum Unterschiede von den übrigen Theilen des Kolonisationsgebietes, insoweit dieselben jetzt wenigstens der preussischen Monarchie angehören, in Schlesien die Grundherrlichkeit einen ganz eigenartigen, für die rechtliche und sociale Lage des Bauernstandes ungleich günstigeren Entwicklungsgang genommen hat, so dass nach der Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Grossen das schlesische Provinzialrecht eine grosse vorbildliche Bedeutung für die

allgemeine preussische Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts bezüglich der Reform der ländlichen Verfassung für den ganzen Umfang der Monarchie erlangen konnte.¹⁾ Entsprechend diesen soeben entwickelten Gesichtspunkten werden wir zunächst die Geschichte der Grundherrschaft des deutschen Rechtes im Mittelalter, sodann ihre Fortbildung durch die Landesgesetzgebung im Anfange der Neuzeit — um so den Zusammenhang mit der Zeit der preussischen Herrschaft zu gewinnen — und endlich in einem besonderen Excurse die Entwicklung der Rechtsverhältnisse des polnischen Bauernstandes unter den Einwirkungen der Germanisation behandeln.²⁾

1. Die schlesische Grundherrschaft des deutschen Rechtes im Mittelalter.

Schon im Mittelalter sehen wir den Grundherrn in Schlesien als den Träger einer Anzahl von Rechten gegenüber dem hintersässigen deutschen Bauern, die ihrem Ursprunge und Wesen zu Folge theils als öffentlicher, theils als privater Natur zu bezeichnen sind. Alle diese rechtlichen Beziehungen des deutschen Bauern zu seinem Grundherrn im Mittelalter können aus einer dreifachen Wurzel entstammen: einmal der Thatsache, dass der Bauer auf einem Grundstücke angesiedelt war, das ursprünglich seinem Grundherrn gehörte, also dem

¹⁾ Mit Recht hat dies neuerdings betont W. v. Brünneck, Die Aufhebung der Leibeigenschaft durch die Gesetzgebung Friedrichs des Grossen und das allgemeine preussische Landrecht, Zeitschr. der Savigny-Stiftung für Rechtsgesch., Bd. 23 (N. F. 10), Germ. Abth. S. 24 ff. und ebenda Bd. 24 (N. F. 11) G. A. S. 124 ff. — ²⁾ Jüngsthin ist die Geschichte der Gutsherrschaft und der bauerlichen Unterthänigkeit in Schlesien besonders für die Zeit vom 16. bis zum 18. Jahrhunderte der Gegenstand eindringender Untersuchungen geworden, so seitens Brünnecks (a. a. O. S. 119 ff.), seitens Grünbergs (Die Bauernbefreiung in Böhmen, Mähren und Schlesien, Th. I, Leipzig 1894. S. 1 ff.) und ganz neuerlich erst durch Knapp und Kern (Die ländliche Verfassung Niederschlesiens; Jahrb. f. Gesetzg., Verwalt. und Volksw., herausgegeben von G. Schmoller, Jahrg. 1895, S. 69 ff.). Während aber der nächste Zweck der Arbeiten von Brünneck und von Knapp-Kern eine Darstellung der voraufgehenden mittelalterlichen Entwicklung geradezu ausschloss, haben die Ausführungen Grünbergs über die Geschichte der Gutsherrschaft vor 1680,

grundherrlichen Verhältnisse schlechthin, alsdann der Stellung des Grundherrn als des Herrn der Bauerngemeinde, endlich der Stellung des Grundherrn als des Inhabers obrigkeitlicher, ursprünglich staatlicher Gewalt über seine Grundsassen. Wir werden im Folgenden zu ermitteln suchen, ob irgend welche von den Rechten, als deren Träger der Grundherr gegenüber seinem hintersässigen Bauern erscheint, auf eine dieser drei Wurzeln sich zurückführen lassen, und welcher Natur — ob öffentlicher oder privater — die Rechte sind, die zu jeder dieser drei Kategorien gehören. Wir behandeln zunächst die erste der drei genannten Gruppen, nämlich diejenigen rechtlichen Beziehungen zwischen Grundherrn und Bauern, die ihren Ursprung in dem Umstande finden, dass der Bauer auf fremdem, grundherrlichem Boden angesessen ist, d. h. das Verhältniss der reinen Grundherrlichkeit, der Grundherrlichkeit im engeren Sinne.

Bevor wir dieses Verhältniss der reinen Grundherrlichkeit des Näheren untersuchen, müssen wir von vornherein bemerken, dass es in Schlesien von Anfang an seit der Kolonisation nur grundherrliche deutsche Bauern gab, d. h. auf fremdem (dem Herzoge, dem Adel und der Geistlichkeit, späterhin auch einzelnen Städten und Stadtbürgern gehörigem) Grunde und Boden gegen Verpflichtung zu gewissen Leistungen angesiedelte Bauern; im Anhang wird auseinandergesetzt werden, dass das Gleiche hinsichtlich der polnischen Bauern der Fall war. Ein Stand freier bäuerlicher Eigenthümer, wie er in den alt-deutschen Landen existirte, ist für Schlesien nicht nachweisbar; sogar vereinzelte Ausnahmen in dieser Hinsicht sind

— da er die ländliche Verfassung Schlesiens im Zusammenhange mit der in den benachbarten, staatsrechtlich mit Schlesien bis 1740 verbundenen Ländern Böhmen und Mähren behandelt, — in erster Reihe nur für Böhmen Geltung, wie sie auch nicht sowohl auf eigener Forschung beruhen, als vielmehr eine Zusammenstellung der entstehenden Ausführungen Palackys in seiner böhmischen Geschichte sind. Die Hauptaufgabe unserer Abhandlung soll daher darin bestehen, die Geschichte der schlesischen Grundherrschaft vornehmlich im Mittelalter darzulegen; die Zustände vom 16. bis zum 18. Jahrhunderte sollen, da sie schon anderweitig erschöpfend genug bearbeitet sind, nur insofern berührt werden, um die Continuität der Entwicklung vom Ausgange des Mittelalters bis zur preussischen Zeit herzustellen.

gänzlich ausgeschlossen.¹⁾ Das hängt zusammen mit den Besiedelungsverhältnissen überhaupt, die wir daher hier in Kürze berühren müssen. Das Gebiet, in das die deutschen Kolonisten hier ihren Einzug hielten, war nicht herrenloses, durch Vertreibung oder Unterwerfung der Feinde seitens der Einwanderer erobertes Land, sondern befand sich bereits im Privatbesitz entweder des Herzogs oder der geistlichen und weltlichen Grossen, die zur Anlegung deutscher Dörfer allerdings der herzoglichen Erlaubniss bedurften. Andere Gebiete des nordostdeutschen Kolonisationslandes, so die Mark Brandenburg, waren allerdings von den Deutschen erobert worden; als Eroberer aber trat auf allein der Markgraf, der sich eben daher als alleinigen Eigenthümer des eroberten Landes betrachtete und als solcher die deutschen Kolonisten berief, sodass seine Stellung in der Mark gegenüber den Einwanderern ganz der der Herzöge in Schlesien entsprach. Die Gründung eines Kolonistendorfes vollzog sich nun in Schlesien wie auch anderwärts in folgender Weise: Derjenige, welcher auf seinem Grunde ein derartiges Dorf anlegen wollte und dazu die Genehmigung des Landesherrn erlangt hatte, bestimmte eine Anzahl Hufen, die er von seiner Eigenwirthschaft (seinem „Allode“ oder „Vorwerke“) abzweigete; sodann schloss er einen Vertrag mit einem Unternehmer (locator), dem er diese Hufen übergab, und der seinerseits die Pflicht übernahm, Kolonisten aus Altdeutschland oder anderen Gegenden herbeizuholen und mit diesen jene Hufen zu besetzen. Dafür erhielt der Unternehmer selbst als Schulze der neu entstehenden Gemeinde eine Anzahl abgabefreier Hufen nebst verschiedenen anderen Gerechtigkeiten, einer Brot- und Fleischbank, auch wohl einer Schuhbank und Schmiede; dem Herrn, auf dessen Grund und Boden Schulze und Bauern nunmehr angesiedelt waren, standen ebendeshalb fortan gewisse Rechte zu, die wir als eigentlich grundherrliche Rechte bezeichnen müssen, und deren Inhalt und Umfang wir alsbald näher erörtern werden. Die Ansiedlung hat sich daher im Osten Deutschlands anders wie im

¹⁾ Vgl. Rachfahl, Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem dreissigjährigen Kriege (Bd. XIII, 1 der „Staats- und socialwissenschaftlichen Forschungen“, herausgeg. von G. Schmoller), Leipzig 1894, S. 43 und 59, Anm. 1.

Westen vollzogen, nicht dadurch, dass irgend welcher Verband von Volksgenossen einen bestimmten Bezirk occupirte und gewisse Grundstücke als Hofstätte, Garten und Ackerland dem Einzelnen als Eigenthum überliess, alles übrige Land aber der Gesamtheit zu ungetheiltem Eigenthum vorbehielt. Wegen dieser Verschiedenheit in der Siedelungsweise hatte in den Kolonisationsgebieten die Allmende nicht die gleiche Bedeutung, wie im Westen; die Ausstattung einer Dorfschaft mit Gemeindebesitz fand im Osten nicht immer statt; sie beruhte auch stets auf besonderer Vergabung seitens der Grundherrschaft.¹⁾ Oft entbehrten die Bauernschaften des Gesamtbesitzes an Gemeindewald und Gemeindeweide, indem sie nur Nutzungsgerechtsame an Wald und Weide der Gutsherrschaft bekamen.²⁾ Jedenfalls ging die Initiative zur Besiedelung, die Bestimmung, Austheilung und Zuweisung der einzelnen Hufen des Ackerlandes und die Festsetzung etwaigen Gemeindelandes nicht aus von den einwandernden Kolonisten oder deren Genossenschaften, sondern von den Grundherren, d. h. den Herzögen und den geistlichen oder weltlichen Magnaten. In der Folgezeit verringerte sich die Zahl der unter herzoglicher Grundherrlichkeit stehenden Dörfer, indem dieselben zum grossen

¹⁾ So überlässt das Kloster Czarnowanz dem Dorfe Frauendorf bei der Aussetzung zu deutschem Rechte drei Hufen, zur Hälfte Wald, zur Hälfte Wiese, „pro communi utilitate“ (Urkk. des Klosters Czarnowanz, ed. W. Wattenbach, Cod. dipl. Sil. I. Breslau 1857, S. 27 no. 27, d. a. 1319). Im Jahre 1319 erklärt Herzog Bolko von Oppeln zu Gunsten der Bauern von Zelasna: „quod silva quercina, quae per fossam a villa eadem est divisa seu segregata, de iure est et debet esse dictorum incolarum ville sepe fate et ad ipsorum villam predictam perpetuis temporibus pertinebit“ (Ebd. no. 60 S. 61). 1269 setzt Graf Mroco ein deutsches Dorf aus von vierzig grossen Hufen und giebt dazu noch eine Hufe „pro pascuis pecorum“ (Urkk. des Klosters Rauden, ed. W. Wattenbach, Cod. dipl. Sil. II, Breslau 1859 no. 10, S. 10). Ebenso verhielt es sich mit den Städten; so erhielt die Stadt Brieg bei ihrer Aussetzung sechs grosse Hufen „pro pascuis pecorum“ (Urkk. der Stadt Brieg, ed. C. Grünhagen, Cod. dipl. Sil. IX, Breslau 1870, S. 219). — ²⁾ So wird den Bauern des Dorfes Falkowitz bei der Aussetzung gestattet, gegen den Zins je eines halben Vierdungen im Walde der Herrschaft sich jährlich „unam plectam seu congeriem lignorum“ zu holen (Cod. dipl. Sil. I, S. 23 no. 23, d. a. 1309), wie auch dem Schulzen und den Bauern zwei mellificia in dem Walde bewilligt werden. Weideservituten etc. ähnlicher Art (Hutungsgerechtigkeiten) finden sich allenthalben.

Theile, in manchen Fürstenthümern sogar ausnahmslos, an Adlige, Städte, Stadtbürger und geistliche Anstalten veräußert wurden; wir werden an anderer Stelle nachweisen, dass der Verkauf des den Kolonisten auferlegten Grundzinses bereits genügte, um eine Uebertragung des gesamten Complexes der grundherrlichen Rechte an den Erwerber zu begründen. In den älteren Zeiten kam es noch öfters vor, dass adlige Gutshöfe in oder bei einem Dorfe lagen, deren Besitzern die Grundherrlichkeit über dieses Dorf nicht zustand, dass ferner der Zinsbezug und damit die Grundherrlichkeit einer bestimmten Person nicht über das ganze Dorf, sondern nur über einen Theil desselben gebührte¹⁾; doch machte sich im Laufe der

¹⁾ Vgl. z. B. Cod. dipl. Sil. IV (Urkk. schlesischer Dörfer, herausgegeben von A. Meitzen, Breslau 1863), Urkk. des Dorfes Domsław S. 43: Margaretha Sachs reicht auf ihrem Manne Nikolaus Sachs „alle ir gut, das sie hat und besiczet in dem Dorfe zu Dompław, nemelichen 12½ mark jerlichs und ewiges czinss in und uff den scholteissen und eeczliche gebawer doselbiste zum Dompław“ (dd. 28. Januar 1407); in einer Urkunde vom 24. Januar 1420 (ebd. S. 46) bestätigt sodann König Sigmund dem Nicolaus Sachs „die gütter, die er hat, mit namen ein virtel in dem dorffe Domsław.“ Ueberhaupt ist die Geschichte des Dorfes Domsław in dieser Hinsicht interessant: 1350 bestand Domsław aus mehreren „Alloden“ oder „Vorwerken“ (d. h. in Eigenwirthschaft stehenden adligen Gütern), von denen das eine 6, das zweite 10¼ Hufen betrug, während der dritte Complex, ca. 5 Hufen, anderen Allodialbesitzern gehörte, sowie aus einem Bauerndorfe zu deutschem Rechte, das mit 30 Hufen ausgestattet war. Das Vorwerk 10¼ Hufen bildete eine zusammenhängende Fläche; es ist wahrscheinlich, dass auch die 6 und die ca. 5 anderen Allodialhufen als zwei gleichfalls geschlossene Gütercomplexe sich darstellten (Meitzen, a. O. Einl. S. 35). Wenn der Grundherr ein polnischer Adliger war, so lagen die Aecker seines Vorwerkes nie in Gemengelage mit den Hufen seiner deutschen Hintersassen; auch für die deutschen Rittergüter dürfte dies in der ältesten Zeit die Regel gewesen sein (vgl. auch bezüglich des Dorfes Teschnitz und über die Frage überhaupt ebd. S. 43). Allmählich mag dann freilich oft, wie das in Domsław später geschah, der zuerst gesonderte Allodialbesitz in die Gewanneintheilung hineingezogen worden sein (ebd. Einl. S. 113). Dreierlei lehren jedenfalls die Verhältnisse von Domsław: einmal dass noch im Anfange des 15. Jahrhunderts nicht jedes Dorf einen geschlossenen grundherrlichen Bezirk bildete, dann dass in und neben einem Dorfe Gutshöfe lagen, deren Grundherrschaft es nicht unterworfen war, und drittens dass der gutsherrliche Acker in der Regel nicht im Gemenge mit dem Bauernlande lag.

Zeit die Tendenz geltend, das ganze Dorf möglichst einer einzigen Grundherrschaft zu unterwerfen. Die private Grundherrschaft ist, wie aus diesen Bemerkungen erhellt, in Schlesien auf zwei Wegen entstanden: einmal hat der private Grundherr von vornherein den Bauern in das Land und auf seinen Grund und Boden herangezogen; sodann hat der Herzog den Zins und die Grundherrlichkeit über ursprünglich ihm gehörige Dörfer an Privatpersonen veräußert.

Welches ist nun Inhalt und Umfang der grundherrlichen Rechte? Welche rechtlichen Beziehungen zwischen Grundherrn und Bauern haben ihren Ursprung in der Thatsache, dass der deutsche Kolonist auf grundherrlichem Boden ansässig wurde? Die Ausdrücke, mit denen die Quellen das Grundherrlichkeitsverhältniss bezeichnen, geben über seine rechtliche Natur keinen Aufschluss, zumal da nicht immer sicher ist, ob sie sich nicht noch auf etwa aus anderer Wurzel stammende Rechte des Grundherrn beziehen. Der Grundherr wird genannt der *dominus* seines Bauerndorfes ¹⁾, die Grundherrschaft als solche also *dominium*. Den Bauern wird vorgeschrieben, zu ihren Grundherren „*tanquam ad veros dominos suos respectum habere*“.²⁾ Der Hintersasse dagegen heisst „*incola et iure possessorio subditus*“,³⁾ oder auch „*undirsesse* und *czinsmann* derselbin *erpczinse*“,⁴⁾ die er seinem Grundherrn schuldet. Aus allen diesen Ausdrücken ist nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob das Grundherrlichkeitsverhältniss als solches nur der Sphäre des Privatrechtes oder auch der des öffentlichen Rechtes angehörte, wieweit ferner die Befugnisse des Grundherrn gegenüber seinem Hintersassen sich erstreckten. In der Litteratur bezeichnet man gewöhnlich die Grundherrlichkeit von Anfang an als eine Mischung privater und öffentlicher, namentlich richterlicher und polizeilicher, Befugnisse des Grundherrn gegenüber dem Grundsassen, als eine „*obrigkeitliche oder herrschaftliche Machtbefugniss*“.⁵⁾ Für die spätere Zeit trifft

¹⁾ Jesko de Güstitz, *dominus ville Kromlowitz*; Cod. dipl. Sil. II, S. 37, no. 38, d. a. 1354. — ²⁾ Cod. dipl. Sil. IV, S. 145 (II, no. 14), d. d. 29. Dezember 1354. — ³⁾ Cod. dipl. Sil. II, S. 62, no. 63, d. a. 1456. — ⁴⁾ Cod. dipl. Sil. IV, S. 53 (I, no. 93, d. a. 1435). — ⁵⁾ Vgl. z. B. Stenzel (Einleitung zu Tzschoppe-Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte deutscher Städte in Schlesien und der Oberlausitz, Hamburg

diese Behauptung unzweifelhaft zu; es ist nur die Frage, ob diejenigen öffentlichen Befugnisse, die später dem Grundherrschaften gebührten, von Anfang an daraus zu erklären sind, dass der Bauer auf grundherrlichem Boden angesiedelt war, d. h. ob sie von Anfang an einen wesentlichen Bestandtheil der Grundherrlichkeit als solcher bildeten, oder ob ihr Ursprung anders zu erklären ist.

Zu den Rechten, auf die der Grundherr eines Dorfes unzweifelhaft deshalb Anspruch erheben durfte, weil die Bauern desselben auf seinem Grunde und Boden sassen, gehörte zunächst das des Zinsbezuges. Da die Bauern ihre Höfe erblich inne hatten, so wird dieser Zins Erbzins, das bäuerliche Gut Erbzinsgut, das gesammte bäuerliche Besitzrecht Erbzinsrecht genannt. Der Erbzins wurde derart als das wichtigste aller grundherrlichen Rechte angesehen, dass alle anderen Befugnisse, selbst erst später erworbene, zweifelsohne aus der Staatsgewalt stammende Herrschaftsrechte lediglich als eine Zubehör zu ihm betrachtet wurden, dass die Veräusserung des Grundzinses zur Uebertragung der Grundherrlichkeit genügte.¹⁾

1832, S. 147), ferner Knapp (Die Bauernbefreiung u. s. w., Leipzig 1887, I, S. 35), der die Ansicht äussert, dass dort, wo der einwandernde Bauer von Anfang einen kleinen Grundherrschaft über sich hatte, das Gericht ebenfalls von Anfang an grundherrlich war; ebenso Keil (a. a. O. S. 30 f.), Ernst Frh. v. Schwind (Zur Entstehungsgeschichte der freien Erbleihen, Heft 35 der Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke, Breslau 1891, S. 168 ff.) und F. Grossmann (Ueber die gutherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg, Staats- und socialwiss. Forsch., herausgeg. von G. Schmoller, IX, 4, Leipzig 1890, S. 4).

¹⁾ Cod. dipl. Sil. IV, 40 f. (I no. 66, d. d. 28. Januar 1407): Die Kinder des Nikolaus von Althof reichen auf dem Breslauer Bürger Dietrich Wenzel 9 Mark „jerlichen und erblichen czinss, die die vorgenanten vorkaufer uff dem vorgenanten forwerke und gute Lucaschewitz, in dem Breslauschen gebitte gelegen, usgesaczt haben, ... mit aller derselben 9 marc zins zugehorung, es sey an erungen, an diensten oder an andern genissen.“ In einer Urkunde eben desselben Tages wird dann für die noch unmündigen Althofschen Erben Bürgschaft geleistet „von dem gute und czinse wegen zu Lucaschewitz“. Zins und Gut (d. h. Erbzins und Grundherrschaft) werden also geradezu als identisch gesetzt. In ähnlicher Weise reicht Margaretha Sachs 1409 ihrem Manne auf „all ir gut, das sie hat und besicz in dem dorfe zu Dompław, nemelichen 12½ mark jerlichs und ewiges czinss .. zum

Zins und Grundherrlichkeit gehören also untrennbar zu einander; wer den Erbzins eines Dorfes genießt, ist auch im Besitze der Grundherrlichkeit und der anderen aus der Grundherrlichkeit fließenden oder sonst erworbenen Rechte. Allerdings gab es unter den Hintersassen bäuerliche Besitzer, die von der Zinspflicht befreit waren, durchgängig die Schulzen, die eine gewisse Anzahl von Freihufen, d. h. zinsfreien Hufen, erblich besaßen und daher auch Erb- oder Freischulzen hießen. Dafür hatte jedoch der Schulze dem Grundherrschaft gewisse Dienste in Ausübung des Schulzenamtes zu leisten, welche die Stelle des Zinses vertraten, der auf den übrigen Hufen des Dorfes lastete; wenn daher auch die Freihufen von Geldzahlung und Naturalabgaben befreit waren, so galten sie darum nichtsdestominder als Erbzinsgüter.¹⁾ Der Zins bestand sowohl in Geldleistungen, — in dieser Gestalt hieß er Silberzins, — als auch in Natural-, zumal Getreideabgaben.

Der Zinsbezug ist das wichtigste der grundherrlichen Rechte; ausser ihm giebt es noch einige weitere Befugnisse, die man als dem Verhältnisse der Grundherrlichkeit im engeren Sinne entspringend bezeichnen muss. Der Grundherr durfte fordern, dass keiner seiner grundsässigen Bauern das ihm übertragene Gut verlasse, ohne einen Ersatzmann zu stellen, der zu denselben Leistungen befähigt sei, die bisher auf dem Gut gelastet hatten. Die früheste Nachricht über diese Pflicht der Kolonisten giebt eine Urkunde des Herzogs Heinrichs I. vom Jahre 1206 für das Vincenzkloster zu Breslau²⁾:

Dompław .. mit alle dem, das dorczu gehoret, rechten, freiheiten, dinsten und herschaften“; aus einer späteren Urkunde geht hervor, dass diese 12½ Mark Zins identisch sind mit „ein vierteil in dem Dorfe Dompław“ (s. o. S. 114, Anm. 1). Vgl. auch Cod. dipl. Sil. X (Urkk. des Klosters Kamenz, herausgeg. von P. Pfotenhauer, Breslau 1881) S. 245 no. 292, d. d. 11. August 1398: Der Hauptmann von Frankenstein bezeugt, dass der Ritter Heinemann von Seidlitz dem Kloster Kamenz verkauft hat „alle syne czinse und guter“, nämlich 23 Hufen zinshaftes Gut im Dorfe Baumgarten „mit allen hirschaften, nuzzen und mit allen fürstlichen rechtin, geschos geldis und getreidis und auch montzgeldis“, mit allen Rechten über Hals und Hand und sonstigen Zubehörungen.

¹⁾ Vgl. über analoge Verhältnisse in Preussen: W. v. Brünneck, Zur Geschichte des Grundeigentums in Ost- und Westpreussen, I. Die kölnischen Güter, Berlin 1891 S. 60 f. — ²⁾ Tzschoppe-Stenzel, a. O. no. 2, S. 273.

„Dedi . . . ecclesie beati Vincencii Psepole (Hundsfeld bei Breslau) cum . . . Theutonicis, ut ei eisdem legibus, quibus mihi tenebatur, sint astricti, videlicet ut preter alias pensiones, quas de pacto debent, nullus eorum inde recedat, nisi posito loco sui alio, qui tantundem solvat abbati, quantum ille solvere tenebatur, et hoc facto libere recedat.“ Diese Beschränkung der Freizügigkeit ist charakteristisch für die Verhältnisse der deutschen Ansiedler in Schlesien, die sich demnach in einer ungünstigeren Lage befanden als ihre Genossen z. B. in der Mark Brandenburg¹⁾; man darf indess nicht vergessen, dass diese Beschränkung einem privaten Rechtsverhältnisse, einer von dem Bauern bei der Uebnahme des Gutes ausser anderen Bedingungen vertragsmässig (de pacto) eingegangenen Verpflichtung, entsprang. Dieser Pflicht des Kolonisten musste auf der anderen Seite ein Recht des Grundherrn entsprechen, darüber zu entscheiden, ob der vorgeschlagene Nachfolger annehmbar sei; dies geschah, wie die nachfolgenden Belege beweisen, indem er in die Veräusserung willigte, also durch Consensertheilung. In einer Urkunde des Klosters Heinrichau vom Jahre 1265²⁾ wurde bestimmt, „quod scultetus de Wiesen-thal de ipsa scultetia nec aliquam penitus hereditatem ad ipsum iudicium pertinentem quacumque necessitate compellente audeat vendere vel alienare, nisi cum speciali licentia ipsius abbatis aut sui conventus fuerit et bona voluntate“. Der Consens erstreckte sich demnach nicht nur auf Veräusserungen des Gutes im Ganzen, sondern auch auf Veräusserungen einzelner Theile desselben, offenbar aus dem gleichen Grunde, da ja auch beim Uebergange von Theilen eines Gutes an ungeeignete Käufer für den Grundherrn ein Rückgang in

¹⁾ In der Mark Brandenburg bestand diese Verpflichtung nicht für den abziehenden Bauern, einen geeigneten Nachfolger (Gewährsmann) zu stellen; wenn der Bauer hier einen geeigneten Käufer nicht fand, so musste er seinem Grundherrn am St. Peterstage kündigen und durfte dann nach Regelung seiner pecuniären Verbindlichkeiten frei von dannen ziehen. Wollte der Grundherr seine Erlaubniss nicht geben, so brauchte der Bauer nur seine Absicht vor dem Schulzen und der Gemeinde („vor richter und vor den bure“) zu erklären; dann stand seinem Abzuge nichts mehr im Wege. Vgl. das Urtheil des Prenzlaue Landvogtes und seiner Beisitzer vom Jahre 1383 bei Wohlbrück, *Gesch. von Lebus* I. Berlin 1829, S. 270 ff. — ²⁾ *Liber foundationis S^{te} Mariae Virginis in Heinrichow*, ed. G. A. H. Stenzel, Breslau 1854, S. 161.

den bisher auferlegten Leistungen zu fürchten war. Als eine auf dem gleichen Motive, nämlich auf der Sorge für Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Gutes, beruhende Weiterbildung dieses Rechtsverhältnisses müssen wir es ansehen, wenn dann auch für Verpfändungen des Gutes oder seiner Theile der grundherrliche Consens erforderlich ward. Noch einen zweiten Beleg führen wir an. Im Jahre 1411 setzte der Abt von Sagan fest, dass sein Bauer Peter Steinborn zu Schönborn ein soeben erworbenes Gut, wenn er es während der nächsten vier Jahre schon wieder verkaufen wolle, dem früheren Besitzer vier Wochen lang zum Verkaufe reserviren solle, und dass er es erst nach Ablauf dieser Frist anderweitig verkaufen dürfe, „weme her wyl, myt unsirs cloystirs wille“¹⁾; auch hieraus erhellt die Nothwendigkeit des grundherrlichen Consenses zur Veräußerung von bäuerlichen Gütern, und es ist zugleich klar, dass dieser Consens sich darstellt als eine Folge der Ueberlassung des Grundstückes seitens des Grundherrn an den Bauern, dass er demnach seinem Ursprunge zufolge als ein grundherrliches Recht zu bezeichnen ist. Eine grosse Anzahl von grundherrlichen Urkunden über den Verkauf bäuerlicher Güter, insbesondere von Schulzengütern, sind uns erhalten, in denen hin und wieder ausdrücklich der grundherrlichen Bestätigung des Verkaufes Erwähnung geschieht.²⁾ Die Auffassung, also die Uebertragung des Besitzrechtes, erfolgte im Dorfgerichte, zumal auf dem Dreidinge³⁾,

¹⁾ Cod. dipl. Sil. IV (S. 302, V, no. 12, d. d. 6. Januar 1411). — ²⁾ Vgl. z. B. Cod. dipl. Sil. X (Urk. des Klosters Kamenz) S. 165, no. 208, d. d. 2. November 1342: „Nos vero huiusmodi emptionis et venditionis contractum ratum, gratum et firmum habentes, ex nunc et deinceps dictam scultetiam . . . prefato Heynrico et suis heredibus atque legitimis successoribus resignavimus.“ Ebd. S. 222, no. 268, d. d. Kamenz, 30. April 1378: Der Abt heurkundet, dass der Schulze Nikolaus von Hennersdorf vor ihm bekannt hat [recognovit], „se Petro rustico . . . duos mansos vendidisse iure hereditario. Nos vero . . . predictam venditionis et emptionis contractum ratum, gratum et firmum habentes, prefatos duos mansos . . . Petro . . . resignavimus.“ Aus dem Ausdrücke „resignare“ in diesen Stellen darf man nicht etwa schliessen, dass das Besitzrecht an diesen bäuerlichen Grundstücken erst an den Grundherrn aufgelassen werden musste; „resignare“ ist hier Ausdruck für die qualifizierte Consensertheilung. S. auch S. 120, Anm. 1. — ³⁾ Vgl. über das Dreiding Rachfahl, a. a. O. S. 66.

in Anwesenheit des Grundherrn oder seines Vertreters; der Grundherr beurkundete in solchen Fällen nur die Vollziehung dieses Actes und ertheilte zugleich seine Bestätigung. Schulzen- und gewöhnliche Bauerngüter wurden in dieser Hinsicht durchaus gleichmässig behandelt. Die Uebertragung des dinglichen Rechtes an den neuen Erwerber erfolgte stets unmittelbar vor dem Gerichte, nicht durch die Hand des Grundherrn hindurch, indem es etwa zunächst diesem aufgelassen werden musste.¹⁾ War aber der Consens ertheilt, so hatte der Grundsasse seine vertragsmässigen Pflichten erfüllt und durfte frei von dannen ziehen. Was freilich geschah, wenn der Grundherr den vorgeschlagenen Ersatzmann ohne Grund zurückwies, indem er den Consens versagte, geht aus den benutzten Quellen nicht hervor; zweifelsohne konnte dann der Bauer, der ja formell unbeschränkte Processfähigkeit gegen seinen Grundherrn besass, die gerichtliche Klage gegen den Letzteren auf Consensertheilung anstrengen. Eine andere als diese privatrechtliche Beschränkung der Freizügigkeit des Kolonisten zu deutschem Rechte bestand anfänglich nicht.

Zu den grundherrlichen Rechten gehörte es ferner, dass der Grundherr in gewissen Fällen zur Zurücknahme der Liegenschaft berechtigt war, zunächst wenn der bisherige Inhaber ohne Erben starb. Es bestand hier also ein Heimfallsrecht des Grundherrn.²⁾ Nicht minder fielen wüste, von ihren In-

¹⁾ Siehe über abweichende Verhältnisse in Preussen Brünneck, a. a. O. S. 62 f. Charakteristische Beispiele für Auflassung im gehegten Dinge und blosser Beurkundung derselben durch den Grundherrn siehe im Heinrichauer Gründungsbuch S. 263, no. 312, d. d. 17. Juni 1415 und S. 304, no. 337, d. d. 18. Januar 1433. Noch in den Dorf-ordnungen der späteren Zeit (so in der Liegnitzer Dreidingsordnung des 17. Jahrhunderts in Böhme, Diplomatische Beiträge zur Unters. der schlesischen Rechte und Gesch. VI, Berlin 1775, S. 80 f., und in der für das Dorf Domschau, Cod. dipl. Sil. IV, S. 126 ff., Art. 31) findet sich die Bestimmung, dass alle Immobilienveräußerungen vor Gericht geschehen sollten, und dass dann für sie der Consens des Grundherrn einzuholen sei; von einer Nothwendigkeit einer vorgängigen Auflassung an den Grundherrn ist in ihnen nichts enthalten. — ²⁾ Directe Belege dafür sind allerdings erst aus späterer Zeit bekannt; dass aber von Anfang an dieses Heimfallsrecht des Grundherrn an dem Bauerngute für den Fall erblosen Abscheidens des Besitzers bestand, ist ausser Zweifel. Vgl. Cod. dipl. Sil. IV, S. 99 (I, no. 186, d. d. 10. Februar 1638): Der Grund-

habern verlassene bäuerliche Hufen und Stellen an den Grundherrschaft zurück, der sie entweder zu seiner Eigenwirtschaft schlagen oder auf's Neue besetzen durfte, wenn anderweitige berechnete Ansprüche auf sie nicht erhoben werden konnten.¹⁾ Dagegen war das Besitzrecht der Bauern derart geschützt, dass es dem Grundherrschaft nicht freistand, beim Ausbleiben der schuldigen Leistungen das Gut sofort wieder einzuziehen; er durfte dann eben nur den Weg der gerichtlichen Klage betreten.²⁾ Ebenso wenig hatte der Grundherrschaft das Recht, seinen Hintersassen „auszukaufen“, d. h. einseitig zum Verkauf seines Gutes zu zwingen. Aus der ältesten Zeit sind uns dafür eine Anzahl charakteristischer Beispiele erhalten.

herrschaft verkauft einem Bauern „weil. Gregor Duttkes seelg. hinterlassenes Pauergut“, vorausgesetzt, dass innerhalb der gesetzlichen Frist sich Niemand meldet, der noch Erb- u. a. Gelder zu fordern hat, d. h. mit Vorbehalt der Rechte, die etwa noch vorhandene Intestaterben innerhalb der gesetzlichen Frist geltend machen könnten. Siehe auch ebd. S. 235 (III, no. 34, d. d. 20. April 1663): Der Grundherrschaft will verschiedene Bauerngüter im Dorfe Krampitz verkaufen, weil „die Possessores und deren Erben zum theil verstorben, theils aus Unvermögenheit solche nicht aufbauen können, sondern sich ihres rechtes daran freiwillig renunciert und begeben.“

¹⁾ Verkauf wüster Bauerngüter: Cod. dipl. Sil. IV, S. 258 f. (IV, no. 4, d. a. 1410); ebd. S. 235 (III, no. 34, d. d. 20. April 1663); ebd. S. 164 (II, no. 36, d. d. 4. April 1500). — ²⁾ Oft, zumal in Kriegszeiten, kam es vor, dass die Höhe der rückständigen Zinse und der anderweitigen Abgaben den Werth des Gutes erreichte; selbst dann bedurfte es entweder gerichtlichen Erkenntnisses oder gütlichen Abkommens, um den verschuldeten Besitzer aus dem Gute zu entfernen. Vgl. Cod. dipl. Sil. IV, S. 158 (II, no. 27, d. d. 14. Mai 1438): Die unmündigen Kinder des ehemaligen Schulzen von Teschnitz treten die Schultisei und den Kretscham daselbst „gütlichen“ für die schuldige Summe an den Grundherrschaft ab, der ihnen dafür verspricht, sie wiederum, wenn sie nach erlangter Mündigkeit ihm den rückständigen Zins entrichten könnten, in ihr väterliches Gut einzusetzen. Andere Fälle, in denen die rückständigen Leistungen den Werth des Gutes erreichen, finden sich in der Zeit des dreissigjährigen Krieges; siehe ebd. S. 100 (I, no. 187, d. d. 24. Februar 1644) und S. 101 (I, no. 188, d. d. 24. Februar 1644). — In der Mark Brandenburg war der Grundherrschaft, wie die Gl. zum Ssp. (I, 54; vgl. Grossmann, a. O. S. 3) bezeugt, berechnete, den mit dem Zinse rückständigen Bauern zu pfänden; dafür, dass dies in Schlesien ohne Mitwirkung der Dorfgerichte geschehen konnte, habe ich keine Belege gefunden.

Als um die Mitte des 13. Jahrhunderts die deutschen Kolonisten eines benachbarten polnischen Adligen dem Kloster Heinrichau lästig fielen, knüpfte der Abt mit dem Grundherrn Unterhandlungen an über einen Verkauf oder Austausch des betreffenden Dorfes. Der Grundherr, ein Graf Michael, zeigte sich geneigt, dem Begehren des Abtes zu willfahren; „sed quia Michael ipsam hereditatem locaverat Theutonicis, abbas de Heinrichow et sui fratres exemerunt eosdem Theutonicos particulatim per singulos mansos, dantes ibidem octaginta marcas argenti preter terram, quam dederunt.“¹⁾ Offenbar ist der Grundherr, der Graf Michael, nicht befugt, die Bauern ohne Weiteres aus seinem Dorfe wieder zu entfernen, da ihr Besitzrecht dem Grundherrn gegenüber durchaus geschützt ist; der Abt muss daher mit den einzelnen Ansiedlern verhandeln (*particulatim per singulos mansos*), um sie gütlich gegen die entsprechende Entschädigung zum Abzuge zu bewegen. Dass in der That die Einwilligung des Kolonisten erforderlich war, wenn er sein Gut verkaufen sollte, das beweist auch ein anderer Vorfall aus der Geschichte des Klosters Heinrichau.²⁾ Der Schulze von Schönwalde, Namens Siboto, wurde dem Kloster als der Grundherrschaft lästig; daher wurde dem Abte gerathen, „ut eundem Sibotonem villicum . . . omni, quo posset studio, bona sua voluntate eliminaret et auctoritate claustrī villicum, qui ad preceptum claustrī semper obediret, ibidem locaret. Unde dominus Bodo abbas eidem Sibotoni dedit IV marcas argenti, ut bona sua voluntate ab illa locatione decederet. Hoc modo Siboto sua propria spontanea voluntate dictam villicationem pro se et suis heredibus resignavit.“ Der Grundherr war jedoch berechtigt zum Einschreiten gegen Deteriorationen des bäuerlichen Gutes seitens des Inhabers; aber es ist auch dabei zweifelhaft, ob er durch selbständige Zwangsmassregeln, insbesondere durch Zwangsauskauf, oder nur auf Grund gerichtlichen Erkenntnisses vorgehen durfte; wahrscheinlich ist das Letztere.³⁾ Aus späterer Zeit sind uns allerdings Belege für

¹⁾ Liber fundat. Heinrich., ed. Stenzel S. 38. — ²⁾ Ebd. S. 56. —

³⁾ Bezeichnend hierfür ist ein anderer, ebenfalls im Heinrichauer Gründungsbuche erzählter Vorgang aus dem 13. Jahrhundert. In dem Heinrichauer Stiftsdorfe Wiesenthal war ein Schulze, Namens Siegfried

eine Anzahl von Expropriationen der Bauern durch den Grundherrn erhalten; diese sind aber nicht zu erklären aus eigentlich grundherrlichen Gerechtsamen, sondern aus der vom Grundherrn in der Folgezeit erlangten obrigkeitlichen Stellung; dieses obrigkeitliche Auskaufsrecht des Grundherrn, das übrigens, wie es scheint, an die Mitwirkung der Dorfgerichte gebunden war, wurde dann durch die Gesetzgebung seit dem 16. Jahrhundert festgelegt.¹⁾

Eingehenderer Erörterung bedarf die Frage, ob die deutschen Kolonisten von Anfang an ausser dem Zins noch zu Diensten für die Grundherrschaft verpflichtet waren, — eine Controverse, die bekanntlich nicht nur für Schlesien, sondern auch für das ganze Kolonisationsgebiet des deutschen Nordostens Geltung hat.²⁾ Fest steht, dass die grosse Masse der Aussetzungsurkunden aus dem 13. und 14. Jahrhundert, wiewohl

Rintfleisch, „qui stulte contra dominum abbatem et super rusticos dicte ville se nitebatur extollere. Quod ut efficacius posset facere, exhibuit se militibus terre obsequiosum et insuper ipsi duci Bolezlao propria ductus voluntate servire cepit cum uno dextrario et in suo fastu perstitit tam diu, puod dominus abbas ulterius dissimulare non potuit, sed eum — licet difficulter — exemit a villicatione, quam non diu tenens cuidam quieto viro . . . vendidit seniorum domus consilio accedente. Sed quod predictus Siffridus ipsam villicationem servicialem fecerat cum uno dextrario, oportuit dominum abbatem illum dextrarium eximere apud principem pro XL marcis et sic prefatam villicationem ad libertatem pristinam revocavit.“ Die Deterioration des Objectes fand in diesem Falle statt durch die Uebernahme einer neuen Reallast auf das Gut seitens des Schulzen, nämlich durch die Uebernahme eines Rossdienstes für den Landesherrn, wiewohl das Gut — wohl durch Privileg — bisher von dieser Verpflichtung befreit war. Leider ist nicht bemerkt, ob die Auskaufung des Schulzen auf selbständig vom Grundherrn verfügter Zwangsmassregel oder auf einer — irgendwie abgedrungenen, formell jedoch ertheilten — Einwilligung des Schulzen oder endlich auf gerichtlichem Urtheile beruhte; aus dem Wortlaute („licet difficulter“) scheint indes hervorzugehen, dass der Grundherr nicht befugt war, einseitig den Zwangsverkauf zu verfügen.

¹⁾ Vgl. unten S. 163 ff. — ²⁾ Während Stenzel (Tzschoppe-Stenzel, Einl. S. 165) den Ursprung der grundherrlichen Dienste in spätere Zeit setzt, behauptet Meitzen (a. O. Einl. S. 115), dass dieselben von Anfang an von den Kolonisten schon bei ihrer Aussetzung übernommen worden seien. Neuerdings hat sich auch Knapp (Knapp-Kern S. 81) für den Ursprung der bäuerlichen Spanndienste im Zu-

sie sonst über die bäuerlichen Leistungen sehr ins Einzelne gehende Angaben enthalten, doch die Forderung von Diensten nicht erwähnen. Eher scheint sogar ihr Wortlaut der Annahme einer Existenz der grundherrlichen Dienste von Anfang an zu widersprechen; durch die schon erwähnte Urkunde Heinrichs I. vom Jahre 1206¹⁾ wird nur gefordert, dass der abziehende Bauer seinem bisherigen Grundherrn einen Ersatzmann stelle, „qui tantundem solvat abbati, quantum ille solvere tenebatur“; es ist also ausdrücklich die Rede nur von der Pflicht des Bauern zu Geldleistungen, nicht auch zu Diensten. Zum ersten Male erscheinen die Dienste in einer Urkunde des Klosters Czarnowanz vom Jahre 1274, durch die das Dorf Zelasna zu deutschem Rechte ausgesetzt wird, und in der es heisst: „Item nobis deducent [sc. rustici] de quolibet manso VIII mensuras siliginis de Wroblino vel de Zugela sive de Zales.“²⁾ Dass diese Fuhrdienste der Bauern von Zelasna auf einer bei der Bewidmung des Dorfes mit deutschem Rechte getroffenen, ganz singulären, auf Grund der örtlichen Verhältnisse beschlossenen Vereinbarung beruhen, liegt auf der Hand. In den Aussetzungsprivilegien treten Ackerdienste zuerst auf beim Jahre 1319, nämlich in der Locationsurkunde des gleichfalls dem Kloster Czarnowanz gehörigen Dorfes Frauendorf, in der sich die Bestimmung findet³⁾: „Coloni quoque agrorum nobis seu claustro in agris nostris in anno ter arabunt.“ Merkwürdig ist es nun, dass dann noch weiter festgesetzt wird, darüber hinaus sollten die Bauern weder durch das Kloster noch auch durch den Herzog ad ampliora servitia gezwungen werden. Daraus geht doch hervor, dass die jetzt vom Kloster geforderten Dienste ursprünglich dem Herzoge gebührten und erst von diesem dem Kloster überlassen waren; die Ackerdienste der Bauern von

sammenhänge mit der Kolonisation selbst ausgesprochen. Was dieselbe Controverse für die Mark Brandenburg betrifft, so hat sich bekanntlich Korn (Geschichte der bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark u. s. w., Ztschr. f. Rechtsgesch. XI, Weimar 1873, S. 6 f.) gegen die Existenz grundherrlicher Dienste seit Beginn der Kolonisation ausgesprochen, während Grossmann (a. a. O. S. 8 f.) mehr dieser Annahme zuneigt.

¹⁾ S. o. S. 117/18. — ²⁾ Cod. dipl. Sil. I, S. 8, no. 9. — ³⁾ Ebd. S. 27, no. 27.

Frauendorf für ihre Grundherrschaft waren also ihrem Ursprunge nach vermuthlich nicht grundherrlicher Natur, sondern für den Herzog bestimmt, und können daher als beweiskräftig für eine allgemeine Existenz grundherrlicher Dienste in jenen Zeiten nicht angesehen werden. Zur Gewissheit wird diese Vermuthung, wenn wir die Urkunde für Frauendorf mit denen der anderen Dörfer des Klosters Czarnowanz vergleichen. So befreien 1288 die Herzöge Mesko und Premislaus drei Stiftsdörfer (Krawarn, Radoschau und Knizenitz) von allen herzoglichen Lasten und Diensten; es wird dabei bemerkt, dass schon früher diese Dörfer durch herzogliche Privilegien befreit, dass diese Privilegien aber nicht beachtet, und dass die Dörfer daher zu ungebührlichen Leistungen herangezogen worden seien: die Bauern sollten also von jetzt ab dem Herzoge nicht mehr „ad araturam neque ad vectigalia seu exactiones (pecuniae, vaccarum, porcorum etc.)“ verpflichtet sein, sondern alle diese Leistungen sollten fortan dem Stifte gebühren.¹⁾ Wenn demnach die Bauern der genannten drei Dörfer ihrer Grundherrschaft zu Ackerdiensten (aratura) verpflichtet waren, so ist das zurückzuführen auf herzogliche Vergabung, und diese Ackerdienste selbst waren, wie wir es schon für Frauendorf vermutheten, ihrem Ursprunge nach herzoglicher, nicht grundherrlicher Natur. Aber noch ein anderes werthvolles Resultat liefert uns die Urkunde von 1288: Die Bewohner von Krawarn, Radoschau und Knizenitz waren bisher dem Herzoge zu gewissen Naturalabgaben (exactiones vaccarum, porcorum etc.) verbunden, die zum *Ius Polonicum*²⁾ gehörten, und deren Uebernahme durch Kolonisten deutscher Nationalität im 13. Jahrhundert geradezu ein Ding der Unmöglichkeit ist. Zwar stehen an der Spitze dieser drei Dörfer bereits Schulzen; aber auch das beweist nicht, dass wir es hier mit Neuansiedelungen deutscher Kolonisten zu thun haben. Es handelt sich lediglich um die „Umsetzung“ von Dörfern aus

¹⁾ Ebd. S. 18, no. 18. — ²⁾ Mit dem Ausdrucke „*Ius Polonicum*“ fasste man eine Anzahl von Abgaben und Diensten zusammen, die von den alteingesessenen Bauern polnischer Nationalität und polnischen Rechtes den Herzögen geleistet werden mussten. Vgl. über die einzelnen Bestandtheile des *Ius polonicum* Stenzel (Tzschoppe-Stenzel) Einl. S. 14 f., und Rachfahl, a. O. S. 30, Anm. 2.

polnischem zu deutschem Rechte; alle diese Dörfer sind ursprünglich polnisch, und es sind in ihnen nur das Verhältniss zwischen Grundherrschaft und Hintersassen, das bäuerliche Besitzrecht, die Agrar- und Gemeindeverfassung nach deutschem Vorbilde ausgestaltet worden, ohne dass doch die Bewohner zugleich, — was bei deutschen Ansiedlern immer der Fall war, — von den Lasten des herzoglichen *Ius Polonicum* befreit worden wären, zu denen auch die Ackerdienste gehörten. Die Grundherrschaft über die besagten Dörfer stand dem Kloster Czarnowanz zu, und von diesem ging auch anscheinend die Initiative zur geschilderten Umgestaltung der Besitz-, Agrar- und Gemeindeverhältnisse aus; das Kloster besass jetzt über die Bauern der drei Dörfer dieselben grundherrlichen Rechte, zu deren Anerkennung auch Ansiedler deutscher Nationalität sich verstehen mussten, vor allem also das des Zinsbezuges. Die Ackerdienste aber, ebenso wie die anderen Lasten des *Ius Polonicum*, standen zunächst noch dem Herzoge zu, von dem sie erst durch besondere Schenkung auf das Kloster übergingen; sie sind von den eigentlich grundherrlichen Rechten streng unterschieden und sind ihrem Ursprunge nach nicht grundherrlicher Natur, sondern stammen aus dem *Ius ducale Polonicum*. Nicht anders wie mit den Dörfern Krawarn, Radoschau und Knizenitz verhält es sich offenbar mit Frauendorf; man darf aus der Locationsurkunde vom Jahre 1319 nicht schliessen, dass damals Frauendorf neu angelegt und von Kolonisten deutscher Nationalität besiedelt wurde; es handelt sich vielmehr auch hier nur um eine „Umsetzung“ des Dorfes aus polnischem zu deutschem Rechte; es waren fernerhin damals die Ackerdienste der Bauern, ursprünglich ein Bestandtheil des *Ius ducale Polonicum*, vom Herzoge bereits der Grundherrschaft überlassen worden.¹⁾ Mehr als gewagt

¹⁾ Ein Beispiel für die gleiche Entwicklung bietet auch das oben (S. 124) erwähnte Dorf Zelasna. Auch Zelasna war trotz der Aussetzungsurkunde von 1274 nicht ein deutsches Kolonistendorf, sondern nur aus polnischem zu deutschem Rechte umgesetzt; das erhellt aus einer Urkunde vom Jahre 1393 (Cod. dipl. Sil. I, S. 61, no. 60), durch die Herzog Bolko den Bauern von Zelasna ein Drittel der herzoglichen Lasten erliess, „videlicet in exactione generali, in ganserone, porco et in vacca, in berna et in agricultura iugerum nec non in vectura.“ Trotz der vor mehr als hundert Jahren erfolgten Umsetzung zu deutschem Rechte,

ist es daher, wenn Meitzen die Frauendorfer Urkunde vom Jahre 1319 als den ältesten Beleg dafür anführt, dass auch „die unzweifelhaft deutschen Bauern“ bei ihrer Aussetzung Scharwerksdienste übernahmen, und trotz seines Widerspruches wird man gezwungen sein, in den Diensten der Frauendorfer Bauern wenigstens „einen Rest der Pflichten zu sehen, die den früher polnischen Gemeinden dem Fürsten gegenüber ob-

— die eben nur in einer Umgestaltung des Verhältnisses der Grundherrlichkeit, des bäuerlichen Besitzrechtes, der Agrar- und Gemeindeverfassung bestand, — waren die Lasten des *Ius Polonicum ducale* noch gegen Ende des 14. Jahrhunderts in Kraft, und zu ihnen gehörte auch „*agricultura iugerum nec non vectura*“. Aus der Vergleichung der Urkunden von 1274 und 1393 geht mit Evidenz hervor, dass *aratura* und *vectura* im Allgemeinen als landesherrliche, nicht als grundherrliche Lasten aufgefasst wurden; als 1274 die Bauern von Zelasna gewisse Fuhrdienste für ihre Grundherrschaft (s. o. S. 124) übernahmen, bedurfte es einer besonderen Abmachung zwischen beiden Parteien und einer besonderen schriftlichen Fixirung dieses Vertrages, da eben die Grundherrlichkeit des deutschen Rechtes, die 1274 auf Zelasna übertragen wurde, Dienstverpflichtungen der grundsässigen Bauern nicht kannte. — Die Urkunden des Klosters Rauden (*Cod. dipl. Sil. II*, ed. W. Wattenbach, Breslau 1859) bestätigen unsere Behauptungen. So schenkte (ebd. S. 18, no. 22) Herzog Kasimir von Beuthen 1292 dem Kloster Rauden „*araturam villanorum*“ der Dörfer Matzdorf und Dobroslavitz, „*quam qmetones dictarum villarum nobis more incolarum terre arare solebant*.“ Das Dorf Dobroslavitz war aber schon 1264 von dem Raudener Abte mit deutschem Rechte bewidmet worden (ebd. S. 8, no. 7); trotzdem werden 1292 die Einwohner noch *qmetones* genannt, — ein sicheres Zeugniß dafür, dass sie polnischer Nationalität waren. Analog ist die Entwicklung der Verhältnisse des Dorfes Zernitz. 1278 gab der Herzog dem Grundherrn, dem Grafen Stephan, das Recht, Zernitz zu deutschem Rechte auszusetzen; im folgenden Jahre (ebd. S. 14, no. 17, d. d. 11. November 1279) vollzog der Graf Stephan die Aussetzung (oder vielmehr die „Umsetzung“), indem er sich dabei nur Geld- und Getreidezinse, keineswegs aber Dienste vorbehielt. Nachdem Zernitz inzwischen aus der Grundherrschaft des Grafen Stephan in die des Kloster Rauden übergegangen war, bestimmte Herzog Kasimir (ebd. S. 19, no. 23, d. a. 1294): „*Insuper in Scirdnicza permisimus agriculturam, quam villani nobis arare debent iuxta consuetudinem aliorum villanorum; ipsis fratribus antedictis agros colere tenebuntur*.“ Aus allem dem geht hervor, dass die *aratura* selbst in ursprünglich polnischen Dörfern, deren Verhältniss zum Grundherrn später nach deutschem Rechte geregelt wurde, kein grundherrliches, sondern ein landesherrliches Recht war, stammend aus dem *Ius Polonicum ducale*.

gelegen, und von diesem den Grundherrn überlassen worden.“¹⁾ Im Gegentheil geht aus den Urkunden der Klöster Czarnowanz und Rauden hervor, dass sogar bei der Uebertragung des deutschen Grundherrlichkeitsverhältnisses auf bisher slavische Dörfer bei Gelegenheit ihrer „Umsetzung“ von polnischem zu deutschem Rechte den Bauern grundherrliche Dienste principiell nicht auferlegt wurden: um wieviel mehr müssen wir anerkennen, dass die Nichterwähnung grundherrlicher Dienste in den Aussetzungsurkunden unzweifelhaft deutscher Dörfer in der That Zeugniß dafür ablegt, dass solche Dienste im Anfange überhaupt nicht existirten!

Wir werden daher den durchgängigen Mangel der Erwähnung von Diensten in den Locationsurkunden der deutschen Kolonisten bis zur Mitte und zum Ende des 14. Jahrhunderts nur dadurch zu erklären vermögen, dass die Ansiedler zunächst zu Diensten nicht verbunden waren, dass die Dienste nicht alsbald als grundherrliche Gerechtsame aufgetreten sind. Mitunter wird sogar die Dienstfreiheit der deutschen Bauern ausdrücklich hervorgehoben.²⁾ Eine sehr wichtige Quelle aber beweist direct, dass die Dienstfreiheit im Mittelalter für die aus Deutschland stammenden oder durchaus — nicht nur theilweise — mit deutschem Rechte bewidmeten Bauern die Regel war, nämlich das von Meitzen selbst veröffentlichte Urbar des Klosters Trebnitz aus dem Jahre 1410.³⁾ Bei den zahlreichen darin angeführten, unter der Grundherrschaft des Klosters stehenden Dörfern unzweifelhaft deutscher Bauern ist die Verpflichtung zu Frohndiensten nirgends bemerkt, während alle anderen grundherrlichen Rechte darin genau verzeichnet sind; nur einige wenige Dörfer deutschen Rechtes⁴⁾ sind verbunden, ihr Zinsgetreide zum Kloster oder an einen

¹⁾ Cod. dipl. Sil. IV, Einl. S. 115. — ²⁾ Vgl. z. B. Cod. dipl. Sil. X (S. 213, no. 257, d. d. Kamenz, 31. December 1364): Das Stift Kamenz verkauft dem Peter Zuckmantel $23\frac{1}{4}$ Acker Landes auf der Baitzener Dorfflur gegen die Verpflichtung zu Zinszahlung; der Käufer und seine Rechtsnachfolger erhalten zugleich Freiheit „de omnibus aggravationibus seu vexationibus, videlicet petitionibus terre communibus, decimis campestribus, vecturis aliisque angariis (d. h. Frohnden), quibuscumque nominibus nuncupentur.“ — ³⁾ Cod. dipl. Sil. IV, S. 252–269 (IV, no. 4). — ⁴⁾ Ujeschütz, Thomaskirch, Krausenau, Mönchshof.

anderen, namentlich bezeichneten Ort mit eigener Fuhre zu transportiren, — eine Leistung, die als Dienst im eigentlichen Sinne nicht aufgefasst werden kann und sicherlich besonderem Vertrage entsprang. Dienste — theils gemessene, theils ungemessene — finden sich nur bei solchen Dörfern, deren polnischer Ursprung insofern über allen Zweifel erhaben erscheint, als sie keine Landgemeinden mit einem Schulzen an der Spitze bildeten, als sie zum weitaus grössten Theile sogar der deutschen Hufenverfassung entbehrten, indem in ihnen noch das polnische Ackermass der Dzedzinen¹⁾ gebräuchlich war, als in ihnen endlich gewisse Abgaben polnischen Charakters, wie Honig, Schüsseln u. s. w., bestanden.²⁾ Im Gegentheile besass das Kloster Dörfer, deren Einwohner von slavischer Herkunft waren, deren Umsetzung zu deutschem Rechte aber eine so vollkommene gewesen war, dass in ihnen die Frohnpflicht aufgehört hatte.³⁾ Nun könnte man vielleicht meinen, die Dienstfreiheit der deutschen Dörfer des Trebnitzer Klosters sei eine Ausnahme und dadurch zu erklären, dass in ihnen ein in der Eigenwirthschaft des Klosters stehendes Vorwerk fehlte. Auch dieser Einwand aber wäre nicht stichhaltig, da unter den neun polnischen, zu Frohndiensten verpflichteten Dörfern nur eines⁴⁾ sich befindet, in dem ein Gutshof des Klosters lag; für die Dienstpflicht oder Dienstfreiheit eines be-

¹⁾ Die Dzedzine ist ein polnisches Ackermass, über dessen Grösse (wahrscheinlich gleich drei grossen Hufen) man Stenzel (Tschoppe-Stenzel, Einl. S. 175) und Meitzen (Cod. dipl. Sil. IV, Einl. S. 68) vergleiche. Gemäss der Stelle einer Urkunde vom Jahre 1370 („una haereditas seu Czezina“) erklärt Stenzel (a. O., Anm. 5, im Anschlusse an Linde's poln. Wörterbuch) die Dzedzine zugleich für ein erbeigenes Grundstück; Meitzen (a. O.) folgt dieser Erklärung. haereditas bedeutet aber nicht erbeigenes Grundstück schlechthin, sondern nur erbliches Grundstück, wobei man auch an erblichen Lassebesitz denken kann. Erbeigenen bäuerlichen Besitz gab es in der altpolnischen Zeit nicht. — ²⁾ So Domnowitz, Briezen, Schickwitz, Schwantnig, Raschen, Brukotschine, Gross-Lahse, Rux und Kniegnitz. — ³⁾ Gross-Märtinau und Pawellau, in denen die auf polnischen Ursprung weisende Abgabe „naraz“ (vgl. Tzschoppe-Stenzel, Einl. S. 13) bestand, sowie Perschnitz, dessen slavischer Ursprung aus dem hier üblichen Masse der Dzedzinen und der Verpflichtung zu Honigzins erhellt. Nur Pawellau war zur Abfuhr des Feldzehnten verbunden. — ⁴⁾ Kniegnitz; siehe das Verzeichniss der klösterlichen Vorwerke im Urbar von 1410 (a. O. S. 268).

stimmten Dorfes war es also nicht massgebend, ob sich daselbst ein Gutshof der Grundherrschaft befand, oder nicht. Es ist demnach als eine unbestreitbare Thatsache zu erklären, dass die Dörfer des Klosters Trebnitz, die entweder deutschen Ursprunges waren, oder auf die das deutsche Recht vollständig übertragen war, noch im 15. Jahrhundert durchgängig nicht dienstpflichtig waren.¹⁾ Dass aber die Trebnitzer Bauern zu deutschem Rechte allein vor allen anderen Kolonisten sich einer derart bevorzugten Ausnahmestellung erfreut haben sollten, ist durchaus unglaublich; man darf vielmehr, zumal wenn man die Nichterwähnung der Dienste in den Aussetzungs-urkunden in Betracht zieht, die ursprüngliche Freiheit der deutschen Kolonisten in Schlesien von den grundherrlichen Frohndiensten als die Regel ansehen.²⁾ Erst allmählich und

¹⁾ Meitzen (Cod. dipl. Sil. IV, Einl. S. 115) meint allerdings, dass das Urbar auch Dienste bei deutschen Dörfern anführe. Dafür könnten von den auf S. 129, Anm. 2, genannten Dörfern nur die beiden letzten, Rux und Kniegnitz, in Betracht kommen; nur bei diesen beiden könnte der polnische Ursprung zweifelhaft sein, da von beiden erwähnt wird, dass sie Zinshufen hätten. Nun ist es auffallend, dass bei ihnen nicht, wie bei unzweifelhaft deutschen Dörfern, Schultisei und Dreiding erwähnt werden; man darf daraus mit einiger Sicherheit schliessen, dass beide Dörfer ursprünglich polnisch waren, und dass dann für sie später theilweise eine Umsetzung zu deutschem Rechte stattgefunden hat, die aber nur in einer Uebertragung der deutschen Hufenverfassung und wohl auch des deutschen Besitzrechtes, nicht auch der Knechten Gemeinde- und Gerichtsverfassung bestanden hat. Die Bauern von Rux waren zu ungemessenen Diensten verpflichtet („sullen scharwerken, wenn man yn gebawet“); schon daraus geht hervor, dass sie auf keinen Fall deutsche Kolonisten waren. Ebenso wissen wir von Kniegnitz, wo der Bauer jährlich zehn Tage Frohnarbeit leisten musste, ganz bestimmt, dass es Anfangs ein Dorf polnischer Höriger war; vgl. Haeusler, Urkundensammlung zur Geschichte des Fürstenthums Oels (Breslau 1883) S. 24, no. 10, d. a. 1204: „Similiter Piruos hospes, qui in Knegnich mansit, .. rotas debet similiter“; und (S. 26): „de Knegnich pistores“ etc. (die hospites und pistores waren bestimmte Klassen höriger polnischer Bauern; siehe Rachfahl, a. O. S. 26 f.). Die Dienste beider Dörfer beweisen demnach nichts für eine Dienstpflicht der deutschen Kolonisten, sondern sind polnischen Ursprungs und blieben bestehen, als das deutsche Recht auf diese Ortschaften zum Theile übertragen wurde. — ²⁾ Meitzen (ebd. Einl. S. 115) führt als einen weiteren Beleg für seine Behauptung, dass auch die deutschen Kolonisten all- gemein bei ihrer Aussetzung Scharwerksdienste übernahmen, den Um-

durchgängig erst seit dem Ausgange des Mittelalters ist die Dienstpflicht auf alle Dörfer des deutschen Rechtes ausgedehnt worden; mit Stenzel¹⁾ muss man diese später erfolgte Verallgemeinerung der bauerlichen Frohnden erklären aus speciellen Verträgen, als gegen Ende der Kolonisationsperiode nur noch wenig Land verfügbar war, aus ungerechtem Drucke und aus der Veräusserung gewisser zum Ius ducale gehöriger, von den einzelnen Kolonistendörfern je nach den ertheilten Privilegien ganz oder theilweise geforderter öffentlicher Dienste (Verpflichtung zu Burg- und Brückenbau, Pflicht zur Stellung von Heereswagen, militärischer u. a. Vorspanndienste), die dann, nachdem sie also in den Besitz privater Grundherren gerathen waren, beim Verfälle der alten Kriegsverfassung in Pflug-, Spann- und Handfrohnden umgewandelt wurden. Unzweifelhaft waren ja auch im Mittelalter die Grundherren in Schlesien zugleich Gutsherren mit Eigenwirthschaft; doch hielt sich damals der gutsherrliche Betrieb noch in verhältnissmässig engen Schranken, da ja doch sonst, wenn er schon damals die Tendenz gezeigt hätte, möglichst grosse Dimensionen anzunehmen, die Thatsache nicht erklärbar wäre, dass gerade von den Grundherren die Initiative zur bauerlichen Kolonisation ausging. Um seine damals noch geringfügige Eigenwirthschaft zu führen, war der Grundherr schwerlich auf die Arbeitskraft seiner grundsässigen deutschen Bauern angewiesen.

stand an, dass solche Leistungen den Einwanderern von Deutschland her nicht unbekannt sein konnten. Nun kann darüber kein Zweifel bestehen, dass die Ansiedler in den Kolonisationsgebieten freie Leute waren (so auch Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte, Aufl. I, S. 417). Sklaven sind offenbar aus dem westlichen Deutschland nicht ausgewandert; der Grundhörige aber durfte ohne Erlaubniss seines Grundherrn nicht auswandern, und wenn er mit dessen Erlaubniss von dannen zog, so war das Band gelöst, das ihn bisher mit der Scholle verknüpft hatte, und er selber war nunmehr frei. Zu welchen Diensten aber war der Freie in den altdeutschen Gebieten verpflichtet? Nur zu Markdiensten, die dort, wo der Obermärker bereits zum Herren der Mark sich emporgeschwungen hatte, diesem als dem Markherrn zu leisten waren (vgl. Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben I, 2, Leipzig 1886, S. 801 und 1010 f.). Von einer Uebertragung der Markfrohnden nach dem Osten ist uns indess nichts bekannt; auch scheint sie durch die Art und Weise, wie sich hier die Besiedelung vollzog, ausgeschlossen. — ¹⁾ Tzschoppe-Stenzel, a. O. Einl. S. 165 ff.

Der polnische Gutsherr benutzte dazu seine Leibeigenen; dann wurde im Zusammenhange mit der Kolonisation das Institut der Gärtner geschaffen. Es wurden nämlich Personen angesiedelt, die einen kleinen Grundbesitz ausserhalb der eigentlichen Dorfflur ebenfalls häufig, so besonders in den germanisirten Landestheilen, zu Erbzinsrecht erhielten und dafür die Verpflichtung zu bestimmten Diensten übernahmen; das sind in Oberschlesien die sogen. „Robotgärtner“, in Niederschlesien die auf Ertragsbetheiligung für den Gutsherrn arbeitenden „Dreschgärtner“.¹⁾ Anders verhielt es sich mit den ihrem Ursprunge nach polnischen Dörfern. Wenn auch in diesen bei theilweise erfolgreicher „Umsetzung“ zu deutschem Rechte das Verhältniss zwischen Grundherrn und Bauern zunächst noch nach deutschem Vorbilde als ein dienstfreies geregelt wurde, so blieben sie doch, so lange sie nicht von den Lasten des alten *Ius Polonicum ducale* befreit wurden — was bei den deutschen Kolonisten immer der Fall war — dem Landesherrn zu Ackerdiensten verpflichtet; freilich wurden diese Herzogsfrohnden im Laufe der Zeit zum weitaus grössten Theile durch Veräusserung zu Leistungen für den Grundherrn. So waren in den polnischen Dörfern, auch in denen, deren Verhältnisse zum Grundherrn inzwischen nach deutschem Rechte geordnet worden waren, dennoch die Ackerdienste in Kraft geblieben. Jemehr nun die nationale und besonders die rechtliche Germanisation um sich griff und gegen Ende des Mittelalters den einstmaligen Unterschied zwischen den Dörfern der deutschen Einwanderer und der slavischen Ureinwohner verwischte, jemehr auch um dieselbe Zeit im Zusammenhange mit dem Verfall der alten ritterlichen Kriegsverfassung der Adel der Be-

¹⁾ Siehe über die Gärtner in Schlesien und ihre Bedeutung für die ländliche Verfassung daselbst jetzt Knapp-Kern, a. O. S. 74 ff., wo auch der Unterschied der Dreschgärtner von den Robotgärtnern und ihre gegenseitige räumliche Abgrenzung richtig hervorgehoben ist. Der älteste erhaltene, das Verhältniss der Dreschgärtner bereits in alle Einzelheiten regelnde Vertrag findet sich bei Tzschoppe-Stenzel S. 603, no. 191, d. d. Heinrichau, 7. Mai 1387. Oft erhält auch der Schulze neben seinen anderen Gerechtsamen die Befugnis, einige ihm zu Zins und Dienst verpflichtete Gärtner auszusetzen; es sollten ihm dadurch die für den Betrieb seiner im Verhältniss zu den übrigen Bauernstellen grösseren Wirthschaft nöthigen Arbeitskräfte gesichert werden.

wirthschaftung seiner Güter sich widmete und daher die gutherrliche Eigenwirthschaft an Umfang und Bedeutung zunahm, umsomehr musste bei den Grundherren in Folge ihres steigenden Bedarfs an Arbeitskräften der Wunsch erwachen, die Dienstpflicht auf alle Hintersassen gleichmässig auszudehnen. Durch ungerechten Druck, durch besondere Verträge, die sie bei Besitzeswechsel mit dem neu antretenden Bauern schlossen, durch Erwerb der öffentlichen Dienste der Bauern für den Herzog und durch deren Verwandlung in private Dienste konnten sie dazu gelangen. Eine günstige Gelegenheit, ihre Pläne in grossem Massstabe zu verwirklichen, boten ihnen die zahlreichen verwüstenden Kriege der Hussitenzeit und der Regierungen des Georg Podiebrad und des Matthias Corvinus; in Folge der sich häufenden Zinsrückstände trat damals eine umfassende Verschuldung der bäuerlichen Besitzer ein, von der uns noch manche Spuren erhalten sind. Der Bauer konnte sich auf seiner Stelle nicht mehr halten; als nun die Grundherren ihre Güter theils mit neuen Bauern besetzten, theils mit den bisherigen Inhabern neue Verträge schlossen, da dürften sie nicht unterlassen haben, die Dienstpflicht nach Möglichkeit zu verallgemeinern. Und was das 15. Jahrhundert noch zu thun übrig liess, das wurde nachgeholt durch die Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts, durch welche die allgemeine Dienstpflicht der Hintersassen statuirt wurde. Als ein schon bei der Kolonisation festgesetztes grundherrliches Recht haben wir die bäuerlichen Frohnden bei den deutschen Einwanderern freilich nicht zu betrachten.

Um die bisher behandelten Punkte zusammenzufassen, dürfen wir sagen, dass dem Grundherrn als solchem — selbstverständlich ausser der Herrschaft über die Substanz der Güter, die er seinen Hintersassen eingeräumt hatte, — eine Anzahl von Rechten gebührte, nämlich das Recht des Zinsbezuges, ferner die Forderung, dass der Bauer im Falle des Abzuges einen tauglichen, ihm genehmen Ersatzmann stellen müsse, weiterhin die Consensertheilung zu Immobililarveräusserungen, das Recht auf Zurücknahme der Liegenschaft für den Fall erblosen Abscheidens oder unerlaubter Dereliction, sowie endlich der Anwendung von Prohibitivmassregeln gegen Deteriorationen des Gutes. Allgemein

finden wir die Grundherren in Schlesien im Besitze dieser soeben aufgeführten Rechte.¹⁾ Dem Bauern dagegen stand zu das Recht der ausgedehntesten Benutzung des überlassenen Grundstückes, sowie vollkommene Vererbungs- und Veräusserungsfreiheit; er war in seinem Besitze selbst dem Grundherren gegenüber rechtlich durchaus geschützt und durfte frei von

¹⁾ Neben diesen allgemein sich findenden grundherrlichen Rechten gab es natürlich auch solche aus dem Grundherrlichkeitsverhältniss entspringende Rechte, deren Entstehung auf besonderen Vertrag zurückzuführen ist. So setzte 1455 der Abt von Heinrichau Bobillwitz und Willwitz zu „Gebauererbe“, d. h. zu Erbzinsrecht, aus mit der Bestimmung, dass der, welcher das „Erbe“ liegen lassen und davonziehen wolle, den Zins für fünf Jahre entrichten solle. (Heinrich. Gründgsb., herausgeg. von Stenzel, S. 28, Anm. 63.) Eine grundherrliche Abgabe, die sehr häufig, aber nicht allgemein vorkam, waren die sogen. „Laudemien“, — eine Abgabe, die an den Grundherrn beim Besitzwechsel zunächst durch Verkauf zu entrichten war, und die offenbar identisch ist mit dem sogen. „Auf- und Abzug“ oder „Markgroschen“. Die erste Spur dieser Abgabe habe ich gefunden in einer Urkunde des Jahres 1371 (Cod. dipl. Sil IX, S. 45, no. 312), derzufolge im Dorfe Paulau dem Grundherrn bei einem etwaigen Verkaufe der Schultisei das Recht gebührte, welches „ufvart und abvart“ hiess. Durch die Landesgesetzgebung des 16. und 17. Jahrhunderts wurde dieses Recht des „Auf- und Abzuges“ festgelegt; so bestimmte die Oppeln-Ratibor'sche Landesordnung von 1562, dass der Grundherr von Schulzen, freien Kretschmern und Müllern „dem Herkommen nach“ einen „Auf- und Abzug“ im Betrage von 10 Procent des Kaufschillings nehmen dürfe; ebenso setzte die Landesordnung des Fürstenthums Oels vom Jahre 1583 fest: „Der auf- und abzug, nemlichen die zehende Mark einer ausgesetzten Erb-Scholzereien, freyen Huben, Kretschmern, Müllern und Freygärtnern . . soll dem erbherren, . . . wann und so oft ein solch gut verkaufft wird, ohne mittel zustehen und gebühren.“ Noch im 16. Jahrhundert waren also dem „Auf- und Abzug“ nur die zinsfreien Grundstücke, und zwar nur bei Besitzwechsel durch Verkauf, unterworfen. Seit dem 17. Jahrhundert wurde der „Auf- und Abzug“ auch auf zinspflichtige Güter ausgedehnt, desgleichen auch auf Besitzwechsel anderer Art als durch Verkauf, jedoch nicht allgemein. Die für die Kammergüter desselben Fürstenthums Oels am 9. November 1694 erlassene „Dreidingsordnung“ (Brachvogels Edictensammlung II, Breslau 1714, S. 388) verordnete: „Wenn käufe oder dergleichen öffentlich, und wie zu rechte erheischlich, vor denen ordentlichen gerichten geschehen, so sollen selbige zur hochfürstlichen confirmation gebracht und von den ersten angeldern (d. h. von der ersten Kaufgeldrate) der gehorige auf- und abzug oder markgroschen in die fürstliche rendten einkassiret werden.“ Hieraus erhellt sowohl die Identität von „Auf- und Abzug“ wie von

dannen ziehen, sowie er einen genehmen Ersatzmann gestellt hatte. Alle diese gegenseitigen Beziehungen zwischen Grundherrschaft und Hintersassen sind unzweifelhaft privatrechtlicher Natur; sie sind herzuleiten aus der Thatfache der Ansiedelung des Bauern auf dem Boden des Grundherrschaft, entspringen demnach aus dem Verhältnisse der Grundherrschaft schlechtthin. An demselben bäuerlichen Grundstück stand sowohl dem Grundherrschaft als auch dem Hintersassen je eine Reihe von Rechten zu; zwischen beide war das Herrschaftsrecht über ein und dasselbe Grundstück getheilt. Das Recht des Grundherrschaft wird in den Quellen wohl auch „*ius et titulus proprietatis*“ genannt¹⁾; das bäuerliche Besitzrecht wird meist bezeichnet als „*possessio iure hereditario*“ oder „*ius hereditarium*“

„Markgroschen“, der also auch 10 Procent betrug, als auch die inzwischen erfolgte Ausdehnung dieser Gebühr auf den gesammten hintersässigen Besitz des Oelsnischen Domaniums, aber nur für den Fall des Besitzwechsels durch Verkauf. Dass hinwiederum auch das Laudemium mit diesem „Auf- und Abzuge“ oder „Markgroschen“ identisch war, geht daraus hervor, dass es gleichfalls 10 Procent betrug. So ersehen wir z. B. aus einem Urbar des Dorfes Zedlitz vom 21. März 1790 (Cod. dipl. Sil. IV, II no. 21, S. 337), dass das Laudemium sich auf 10 Procent des Kaufgeldes belief; bei Schenkung und Todesfällen sollte sich die Höhe richten nach demjenigen Kaufschillinge, der zuletzt für die in Betracht kommende Stelle gezahlt wurde, zugleich ein Beispiel dafür, dass das Laudemium stellenweise nunmehr auch bei jedem Besitzwechsel, nicht nur durch Verkauf, gefordert wurde. Nicht einmal in den einzelnen Dörfern war die Laudemialpflicht einheitlich geregelt; sie bestand da zwar für manche, aber nicht für alle Bauernstellen; so bemerkt ein Tschechnitzer Dorfprotokoll vom 17. Januar 1791 (ebd. II, no. 74, S. 189), dass die Stellen nur „mehrentheils“ laudemial seien. Vgl. jetzt auch über die localen Verschiedenheiten betreffs der Laudemialpflicht Knapp-Kern S. 85; richtig unterscheidet daselbst auch Kern die Laudemien von den sogen. „Verreichsgebühren“, d. h. der bei Auflassungen etc. an das Dorfgericht fallenden Gebühr, die im Mittelalter „affrechung“ genannt wurde; vgl. Cod. dipl. Sil. I, S. 142, no. 152, d. a. 1487, Bestätigung der Erbscholtisei von Chrosecyna durch den Erbherrn, der darin auch dem Schulzen zuerkennt „die affrechunge, also nemlich, wenn ein nokwer, der in dem dorfe vorkaufen wurde seyn erbe, der sal gebin vorgeanten scholtis adir seyn nachkomeligen sechs haller des affgerechtin unde der besitzer des erbis eyn schilling hallir.“

¹⁾ Cod. dipl. Sil. IV, S. 297 (VI, no. 5, d. d. 9. September 1326): Herzog Heinrich überträgt dem Saganer Stifte „*triginta mansos cum dimidio censuales . . . iure et titulo proprietatis*“.

perpetuum“¹⁾, mitunter aber auch schon in früher Zeit direct als „ius proprietatis ac hereditatis“²⁾ oder einfach als „proprietas“³⁾. Ausdrücke dieser letzteren Art haben einige Forscher, so zuerst Stenzel⁴⁾, bewogen, das Recht des Bauern als Eigenthum schlechthin zu erklären; es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass wir es hier mit dem sogen. „Erbzinsrecht“ zu thun haben, das, eine Art der im Westen Deutschlands entstandenen freien Erbleihe, die charakteristische Form des bauerlichen Besitzrechtes in den Kolonisationsgebieten des deutschen Ostens geworden ist. Gewiss war das durch das Erbzinsrecht dem bauerlichen Grundsassen verliehene Besitzrecht sicher und geschützt, in seinen Wirkungen dem Eigenthume fast gleichkommend, so dass es innerhalb der ständischen Gliederung keinen Unterschied gab zwischen dem Erbzinsmanne des deutschen Nordostens, insofern er der öffentlichen Gewalt ohne das Mittelglied einer Privatunterthänigkeit unterworfen war, und dem freien Bauern Altdeutschlands, der im Vollbesitze seiner Freiheit und seines Eigenthums geblieben war. Dennoch bestand kein Eigenthum auf Seiten des Hintersassen; das bauerliche Gut unterlag eben einem zweifachen Herrschaftsverhältnisse, auf das man in der deutschen Rechtsgeschichte den Begriff des getheilten Eigenthums anzuwenden pflegt, indem man den Grundherrschaft als den Obereigenthümer, den Bauern als den Untereigenthümer auffasst. Richtiger wäre es jedoch, zumal da das Erbzinsrecht des Ostens auf einer Uebertragung der Erbleihe des Westens beruht, den Grundherrschaft als den Eigenthümer und die im Verlaufe der Untersuchung festgestellten Rechte des Grundherrschaft (des Zinsbezuges, des Veräußerungsconsenses, der Forderung auf Stellung eines

¹⁾ So z. B. Cod. dipl. Sil. I, S. 23 (no. 23, d. a. 1309), und II, S. 8 (no. 7, d. a. 1264). — ²⁾ So erhält einmal der Grundherrschaft die Erlaubniss, sieben Hufen seines Vorwerkes „in ius proprietatis ac hereditatis“

(d. h. zu deutschem Kolonistenrechte) auszusetzen. (Urk. im Heinrich. Gründgsh. d. d. Reichenbach, 1. Februar 1410). — ³⁾ Cod. dipl. Sil. I, S. 11 (no. 11, d. a. 1272): „proprietat villicationis (d. i. Schultisei).“ —

⁴⁾ Tzschoppe-Stenzel, Einl. S. 155. Ihm folgt u. a. Keil (a. O. S. 16). Mitunter findet sich auch für das bauerliche Besitzrecht der Ausdruck „ius emphyteuticum“; dass dabei nicht an die römische Emphyteuse, sondern an das gewöhnliche bauerliche Besitzrecht in den Kolonisationsgegenden zu denken ist, hat schon Meitzen (Cod. dipl. Sil. IV, Einl. S. 108) bemerkt.

Gewährsmannes, sowie endlich der Zurücknahme der Liegenschaft im Falle erblosen Todes oder der Dereliction) als die einzigen noch in Kraft gebliebenen Aeusserungen des grundherrlichen Eigenthumes anzusehen, dem Hintersassen aber nur ein, wenn auch noch so weitgehendes, dingliches Recht — in diesem Falle eben das Erbzinsrecht — an einer trotzdem in fremdem Eigenthume stehenden Liegenschaft zuzuschreiben.¹⁾ Soviel steht wenigstens fest, dass die bisher erörterten grundherrlichen Rechte rein privatrechtlicher Natur sind; indem wir nun im Folgenden den Nachweis führen werden, dass alle weiteren Rechte, als deren Inhaber die Grundherren im Mittelalter auftreten, von den bisher aufgezählten ihrem Ursprunge nach verschieden sind, werden wir uns der Einsicht nicht verschliessen können, dass durch diese soeben aufgeführten Rechte der Inhalt der Grundherrlichkeit an sich erschöpft ist, dass also die Grundherrlichkeit in ihrer ältesten, reinsten Form ein rein privatrechtliches Institut ist, und zwar eben nichts weiter als eine besondere Form des Eigenthumes, insofern als dieses nämlich durch dingliche Rechte Anderer, d. h. durch das Erbzinsrecht der bauerlichen Hintersassen, stark beschränkt war. —

Die in Schlesien angesiedelten deutschen Einwanderer waren organisirt zu Bauerngemeinden nach dem Vorbilde der Landgemeinden des altdeutschen Westens, ihrer Heimath. Man nimmt an, dass die altdeutsche Landgemeinde mit einer von der Staatsgewalt unabhängigen Corporationsgewalt ausgestattet war; es handelt sich dabei um die sogen. „communale Autonomie“. Der Inhalt derselben war gegeben zunächst durch die Stellung der Landgemeinde als einer Wirthschaftsgemeinschaft, einer Markgemeinde; zu den Rechten der communalen Autonomie gehörte ferner die Wahl der Gemeindebeamten, die Ordnung für Maass und Gewicht, sowie die Competenz für geringere Strafsachen und für die Vornahme von Acten freiwilliger Gerichtsbarkeit. Es ist weiterhin bekannt, dass in

¹⁾ Im Gegensatze zu früheren Ausführungen (Organisation der Gesamtstaatsverwaltung u. s. w. S. 42, Anm. 2) sehe ich mich jetzt genöthigt, von der Ansicht Schwind's (a. O. S. 157 ff.) abzuweichen, dass auf der Seite des Grundherrn ebensowenig Eigenthum vorhanden sei, wie auf der des Hintersassen.

den altdeutschen Gebieten dort, wo der Obermärker zum Markherrn sich emporschwang, wo das Institut der Gemeindeherrlichkeit zur Ausbildung gelangte, der neue Gemeindeherr nunmehr selbstständiger Träger derjenigen Befugnisse wurde, die bisher der Gemeindecorporation kraft ihrer communalen Autonomie zugestanden hatten.¹⁾ Wir müssen nun die doppelte Frage erörtern: Wurde die communale Autonomie in demselben Umfange, wie sie in Altdeutschland bestand, auf das schlesische Kolonisationsgebiet verpflanzt? Gerieth die Landgemeinde der Kolonisten hier deshalb, weil sie auf grundherrlichem Boden angesiedelt war, in ein ähnliches Verhältniss zum Grundherrn, wie die abhängigen Gemeinden des Westens zu ihrem Gemeindeherrn?

Die Erörterung beider Probleme bietet bei dem Mangel geeigneter Quellenzeugnisse grosse Schwierigkeiten. Dass die in den polnischen Ländern — zu denen ja auch Schlesien gehörte — einwandernden Ansiedler die Corporationsgewalt der altdeutschen Landgemeinde hierher zu verpflanzen suchten, lässt sich durch einige, freilich sehr spärliche, urkundliche Zeugnisse darthun. In einem Privileg des Herzogs Premislaus II. wird befohlen, „ut autem hi, qui domino famulentur, in prefata domo, vivant pacifice et quiete, precipimus et statuimus, ut nullus scoltetorum . . . terre nostre nunc et in perpetuum aliqua statuta in gravamen eorundem fratrum presumat statuere“²⁾ und in einer anderen Urkunde heisst es: „liberos fecimus . . . ab omni servitute villana de concilio sculteti dicte ville“³⁾ Zur Erklärung dieses concilium sculteti dürfen wir die Stelle des Sachsenspiegels (II, 55) heranziehen: „Swaz so der burmeyster schaffet des dorfes vromen mit willekore der meisten menie der gebure, das en mac die minnere

¹⁾ Vgl. Lamprecht, a. O. I, 302 ff.; G. v. Below, Die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde, Düsseldorf 1889, S. 3 ff. Die Ergebnisse, zu denen jüngst Künzel (Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, herausgeg. von G. Schmoller, Bd. XIII, Heft 56) betreffs der Ordnung von Maass und Gewicht im Mittelalter gelangt ist, berühren uns nicht, da in der zweiten Hälfte des Mittelalters, der Epoche der Kolonisation, die entsprechende Competenz der Landgemeinde feststeht. — ²⁾ Codex diplom. Poloniae maioris, Tom. I, Pozn. 1877, S. 462, no. 493, d. d. Kalis, 13. Februar 1280. — ³⁾ Ebd. T. II, S. 9, no. 626, d. d. 9. Juli 1288 in terra Rudensi.

teil nicht widerreden“; wir haben unter dem concilium sculteti, wie wir es selbst bei den deutschen Bauernschaften in Grosspolen finden, nichts anderes zu verstehen als das Burding, wie es auch sonst überall in Deutschland vorkommt.¹⁾ Dass also die deutschen Kolonisten ihre aus dem Westen gewohnte communale Autonomie in den polnischen Siedlungsgebieten einzuführen trachteten, geht aus den citirten Stellen zur Genüge hervor; nicht minder aber auch, dass die polnischen Fürsten die autonome Gewalt der deutschen Landgemeinde für unvereinbar hielten mit der von ihnen selbst ausgeübten centralistisch-omnipotenten Staatsgewalt²⁾ und sie daher nach Kräften zu schwächen und zu unterdrücken bestrebt waren.

Aehnliche Belegstellen genereller Natur, wie wir sie soeben für Grosspolen anführten, besitzen wir über die älteste Stellung der deutschen Landgemeinde in Schlesien nicht; es bleibt uns hier daher nichts anderes übrig, als im Einzelnen zu untersuchen, ob und inwieweit die Functionen der communalen Autonomie in den Dörfern zu deutschem Rechte zur Ausübung gelangten, und ob und inwieweit dieselben etwa auf den Grundherrn übergegangen waren. Selbstverständlich war auch die schlesische Bauernschaft eine Wirthschaftsgemeinschaft, die durch genossenschaftlichen Beschluss die Art und Weise des Betriebes ihrer einzelnen Mitglieder zwangsweise ordnete und oft sogar mit Gesamtbesitz begabt war, dadurch also eine sogen. „laxe Feldgemeinschaft“ darstellte. Dass der Grundherr in der ältesten Zeit sich viel um die Regelung der wirthschaftlichen Verhältnisse seiner grundsässigen Bauernschaft gekümmert hat, ist nicht gerade wahrscheinlich; einmal lagen ja die Aecker seines Gutshofes getrennt von der Dorfflur;³⁾ dann war ja auch den polnischen Grundherren wenigstens die Technik des deutschen Landbaus zunächst unbekannt. Das änderte sich erst in späterer Zeit, als durch Heimfall von Bauerstellen und Neuauftheilungen der grundherrliche Acker wenigstens theilweise mit in die Gemengelage der bauerlichen Grundstücke hineingezogen wurde; erst dann, zu einer Zeit, da er übrigens schon längst in den

¹⁾ Siehe G. v. Below, a. O. S. 5 f. Vgl. auch Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht I, Berlin 1868, S. 209, Anm. 17. — ²⁾ Siehe Rachfahl, Organisation u. s. w. S. 12 f. und S. 30 f. — ³⁾ Siehe oben S. 114, Anm. 1.

Besitz ganz anderer Herrschaftsrechte unzweifelhaft öffentlicher Natur über seine hintersässigen Bauern gelangt war, bekam der Grundherr ein Interesse daran, in die laufende Agrarverwaltung der ihm untergebenen Landgemeinde einzugreifen und so als Gemeindeherr in wirthschaftlicher Hinsicht aufzutreten. Es fehlt nicht an bestimmten Zeugnissen dafür, dass gewisse Rechte des Grundherrn wirthschaftlicher Natur, die in den abhängigen Gemeinden der altdeutschen Gebiete zur gemeindeherrlichen Competenz gerechnet wurden, in Schlesien als ein Ausfluss der obrigkeitlichen Stellung des Grundherrn, seiner Gerichtsgewalt, angesehen wurden.¹⁾ Die altdeutsche Landgemeinde hatte fernerhin die Controle über Maass und Gewicht; wie es in dieser Hinsicht mit der schlesischen Landgemeinde stand, darüber giebt Aufschluss ein Privileg der Stadt Landeshut vom Jahre 1334²⁾: „Auch sullen unsere schöpfen gemeiniglich alle ihre recht und biernasse holen in unser stadt Landeshut, die in dem weichbild gesessen seint.“ Die Schöffen der Dörfer des Weichbildes (d. h. des Kreises)³⁾ Landeshut wurden dadurch angewiesen, sich behufs des Gebrauchs von Maass und, wie man wohl hinzufügen darf, Gewicht den Anordnungen der Stadt Landeshut zu fügen. Daraus erhellt zunächst, dass gemäss den Einwirkungen und Traditionen des Charakters der altpolnischen Staatsgewalt⁴⁾ principiell der Landesherr die Befugniss der Ordnung von Maass und Gewicht für sich in Anspruch nahm, um freilich in diesem Falle für den Umfang des Kreises Landeshut darauf zu Gunsten der Weichbildstadt zu verzichten: die Stadt Landeshut ward dadurch in verkehrsrechtlicher Beziehung zum Mittelpunkt des umliegenden Distriktes erhoben. Den Dorfbeamten ward zwar eine Controle über die Maasse und sicher auch die Gewichte in ihren Dörfern zugestanden, doch so, dass sie darin von den Festsetzungen ihrer Weichbildstadt

¹⁾ Vgl. die Notiz bei Schickfuss, Neu vermehrte schlesische Chronica, Leipzig 1625, III, 576: „In einer brüderlichen Theilung d. a. 1314 wird die Aue mit unter die Gerechtigkeiten und Herrlichkeiten der Obrigkeiten gesetzt, und nicht unbillig, weil die Aue, als ein Stück des Dorfes, eigentlich zu den niedern Gerichten gehörig.“ — ²⁾ Gedruckt bei Tzchoppe-Stenzel S. 343 ff., no. 144, d. d. 21. October 1334, § 8. — ³⁾ Vgl. Rachfahl, a. O. S. 54 f. und 70 f., über Weichbild und Weichbildstadt in Schlesien. — ⁴⁾ Ebd. S. 31.

durchaus abhängig sein sollten, d. h. es blieb ihnen nichts als die Aufsicht darüber, ob Maass und Gewicht den von der Weichbildstadt für den ganzen Umfang des Kreises getroffenen Anordnungen entsprächen. Die schlesische Landgemeinde besass demnach keine autonome Gewalt für die Ordnung von Maass und Gewicht; sie war vielmehr in dieser Hinsicht abhängig, freilich nicht von ihrem Grundherrn, sondern in erster Linie vom Landesherrn und sodann von ihrer Weichbildstadt. Die Acte freiwilliger Gerichtsbarkeit weiterhin wurden in Schlesien allenthalben vor dem Dorfgerichte vorgenommen; dieses entstammte indes nicht der Corporationsgewalt der Gemeinde, sondern war ein staatliches Institut, das später allerdings vom Landesherrn an den Grundherrn veräussert wurde. Ebenso wenig gebührte der Landgemeinde als solcher eine Gerichtsbarkeit über kleinere Frevel, da auch für diese das Dorfgericht zuständig war, welches seinem Ursprunge nach staatlichen Charakters war.

Zu erledigen bleibt uns daher nur noch die Frage, inwieweit der Gemeinde ein Recht zur Wahl der Dorfbeamten zukam. Wir finden als solche erwähnt den Schulzen und neben ihm Schöffen und Aelteste. Was zunächst den Schulzen betrifft, so müssen wir in Betracht ziehen, dass dieser eine dreifache Beamtenqualität besass; er war zunächst Beamter des Landesherrn, in dessen Namen er in der ältesten Zeit das Niedergericht und die Polizei verwaltete, in dessen Heere er zum Rossdienste verbunden, und dessen Gefälle im Dorfe einzunehmen verpflichtet war; dann war er Beamter des Grundherrn, für den er insbesondere den Grundzins zu erheben hatte; endlich war er der Vorstand seiner Gemeinde, insofern dieselbe einen autonomen Selbstverwaltungskörper darstellte, mochte diese Autonomie auch noch so beschränkt sein und nur in der Eigenschaft der Gemeinde als eines Wirthschaftsverbandes zum Ausdrucke kommen.¹⁾ Gemäss dem Principe der feudalen Aemterverfassung des germanischen Mittelalters²⁾ aber war das Schulzenamt erblich; die schlesischen Schulzen waren sogen. „Erschulzen“, oder, was auf dasselbe hinauslief,

¹⁾ Rachfahl, a. O. S. 64. — ²⁾ Vgl. Schmoller, Einl. zu Bd. I der „Behördenorganisation Preussens im 18. Jahrhundert“ in den *acta Borussica* (Berlin 1894) S. 21 ff.

erbliche „Lehnschulzen“.¹⁾ Nur einmal konnte daher das Recht zur Bestellung des Schulzen eigentlich in Frage kommen, nämlich bei der ersten Aussetzung des Dorfes zu deutschem Rechte. Da aber brachte es der oben geschilderte Gang der Besiedelung mit sich, dass von einem Wahlrechte der Gemeinde keine Rede sein konnte; der Grundherr schloss ja zuerst einen Vertrag mit einem bestimmten locator, durch den diesem die Schultisei des neu zu gründenden Dorfes und zugleich die Pflicht übertragen wurde, die Bauern für die Bildung der neuen Gemeinde erst herbeizurufen. Aber auch der Grundherr durfte Anfangs den Schulzen nicht kraft eigenen Rechtes einsetzen; sondern es bedurfte dazu der Uebertragung dieses Rechtes durch den Landesherrn an den Grundherrn, so dass von jenem im letzten Grunde die Bestellung des Schulzen ausging. Die Ermächtigung zur Einsetzung des Schulzen war implicite in dem Privileg enthalten, durch das der Herzog dem Grundherrn die Anlegung des neuen Dorfes gestattete; zuweilen wurde sie auch ausdrücklich hervorgehoben.²⁾ Als freilich schon seit dem 13. Jahrhundert die Ueberlassung staatlicher Rechte an den Grundherrn gegenüber seinen grundsässigen Bauern begann, und als das ursprünglich landesherrliche Niedergericht zur Pertinenz des Rittergutes wurde, da verlor der Schulze seinen Charakter als staatliches Organ und wurde ein rein grundherrlicher Beamter, dessen Ernennung bei neuen Dorfgründungen oder bei Besitzwechsel des Schulzengutes im Falle von Veräusserungen allein dem

¹⁾ Inhalt des Lehens war bei der Lehenschultisei zunächst nur das Amt, während das Schulzengut nur als eine Pertinenz des Amtes betrachtet wurde. Vgl. Cod. dipl. Sil. IV, S. 306 (V, no. 18, d. d. 14. April 1494, über die Schultisei zu Schönbrunn); „Wir leyhen und reichen czu rechtem Lehn . . . das gerichte zcu Schonenborne, das do inneheltt drittehalbe freyhe (d. h. zinsfreie) Huben ackir. . Ouch habe wir . . das vor uffte gemelte gerichte zum Schonenborne zu rechten Lehn mittelegegen Hanszen und Petirn der obgenanten Jorgen Scholtzen rechten vettirn.“ Seit der Neuzeit verwischten sich diese Verhältnisse, indem das Gut einfach als Lehnsgut aufgefasst wurde. — ²⁾ Vgl. z. B. noch das Aussetzungsprivileg für Domschau, ebd. S. 16 (I, no. 20, d. d. Prag, 10. Februar 1350): Kaiser Karl IV. als Herzog von Breslau giebt dem Janco de Senitz das Recht, in dem Dorfe, das er zu deutschem Rechte aussetzen darf, „scultetum . . . constituere et locare“.

Grundherrn gebührte.¹⁾ Ein Wahlrecht der schlesischen Landgemeinde für das Schulzenamt hat jedenfalls nicht bestanden; die Bestallung des Schulzen war ursprünglich ein Recht des Landesherrn, der bei einer neuen Dorfgründung durch specielles Privilegium dem Grundherrn die Ernennung überliess, und ging dann allgemein auf die Grundherren über, nachdem dieselben in den Besitz der Gerichtsherrlichkeit gelangt waren.²⁾ Als weitere Klassen von Dorfbeamten finden wir ferner in Schlesien Schöffen und Aelteste. Die Schöffen waren die Urtheilsfinder im Dorfgericht; dass sie daneben auch administrative Befugnisse hatten, erhellt aus der schon erwähnten Urkunde vom Jahre 1334³⁾, durch welche die Dorfschöffen des Kreises Landeshut angewiesen wurden, betreffs der Controle über die Maasse sich nach den Anordnungen ihrer Weichbildstadt zu richten; ihre Hauptfunctionen aber lagen jedenfalls auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung. Die Quellen des Mittelalters geben keinen Aufschluss darüber, wie lange die Schöffen im Amte blieben, und wer befugt war, sie einzusetzen; doch dürfen wir aus der Analogie der Verhältnisse in Altdeutschland⁴⁾ und aus den späteren Zuständen in Schlesien selbst⁵⁾ den Schluss ziehen, dass hier auch im Mittelalter schon die Schöffen von dem Gerichtsherrn, d. h. vom Landesherrn und später vom Grundherrn, oder ihren bevollmächtigten Beamten, vielleicht unter einer gewissen Mitwirkung der Gerichtsgemeinde ernannt wurden, und zwar auf Lebenszeit, indem Amtsentsetzung allerdings statthaft war. Die Zahl der Schöffen wechselte;

¹⁾ Im Falle der Veräusserung des Schulzengutes übte der Grundherr sein Ernennungsrecht nunmehr mittelbar dadurch aus, dass er den Consens zum Besitzwechsel ertheilte. — ²⁾ Dass später dem Grundherrn allein die Bestallung des Schulzen gebührte, beweist das Institut der Setzschulzen. Hie und da nämlich fiel das erbliche Schulzenamt hinweg, und der Grundherr übertrug (in seiner Eigenschaft als Gerichtsherr) die Führung der Schulzengeschäfte einer beliebigen, im Dorfe angesessenen Person auf Widerruf. — ³⁾ Siehe oben S. 140, Anm. 2. —

⁴⁾ Vgl. Schröder, Deutsche Rechtsgesch. S. 163. — ⁵⁾ Siehe z. B. Cod. dipl. Sil. IV, S. 98 (I, no. 185, d. d. 21. Juni 1638): „Der Schöppen Aidt zu den Gerichten. Ich N. schwere . . , bei den Gerichten alhier, darzu ich von einem gestrengen Rath der Stadt Breslaw und derselben Herren dieser Gütter Verwalter (d. h. vom Grundherrn in seiner Eigenschaft als Gerichtsherrn resp. seinem Beamten) bestellet worden, dieses zu urtheilen und zu richten etc.“

meist finden wir entweder vier oder sieben Schöffen.¹⁾ Ebenso wie die Bestallung des Erbschulzen, ging wohl auch die der Schöffen ursprünglich vom Landesherrn, nicht aber vom Grundherrschaften oder der Dorfgemeinde aus. Sehr unklar endlich ist das Verhältniss der „Aeltesten“, „geschworenen Aeltesten“ oder „seniores“. In den Quellen werden sie erwähnt erst seit dem 16. Jahrhundert, ohne dass wir dabei etwas von ihren Functionen erfahren. Vielleicht bildeten sie — entsprechend den gleichnamigen Gemeindebeamten der westdeutschen Landschaften in der zweiten Hälfte des Mittelalters²⁾ — eine Art Gemeindeausschuss an der Seite des Schulzen als des Dorfvorstehers, um diesen bei seinen wirthschaftlichen und polizeilichen Geschäften zu unterstützen. Ihre Zahl schwankte zwischen drei und vier³⁾; eingesetzt wurden sie vom Grundherrschaften, oder wenigstens war die Zustimmung desselben zu ihrer Einsetzung erforderlich.⁴⁾ Als eine sogleich bei der Kolonisation eingeführte communale Institution dürfen wir diese „Aeltesten“ nicht bezeichnen; sie kommen für die Erörterung des Problems der ältesten Rechtsverhältnisse der schlesischen Landgemeinde und ihrer Beziehungen zum Grundherrschaften ausser Betracht.

Aus allen diesen Ausführungen ergibt sich zur Genüge, dass eine communale Autonomie, ausgestattet mit ähnlich weittragenden Befugnissen, wie das in Altdeutschland der Fall war, für die Landgemeinden der deutschen Kolonisten in Schlesien nicht bestand. Bezüglich der Ordnung des Maasses und Gewichtes und des Verkehrswesens überhaupt waren die

¹⁾ So sieben in Domslau 1420 (Cod. dipl. Sil. IV, S. 46, I, no. 77), ebensoviel 1629 (ebd. S. 96, I, no. 180), 1638 jedoch nur vier (ebd. S. 97, I, no. 185); in Tschechnitz 1563 vier (ebd. S. 170, II, no. 43) und 1605 (ebd. S. 181, II, no. 64); in Schönbrunn 1454 sieben (ebd. S. 305, V, no. 17). —

²⁾ Lamprecht, a. O. S. 318 f. — ³⁾ So in Domslau 1629 vier (Cod. dipl. Sil. IV, S. 96, I, no. 180), 1638 nur drei (ebd. S. 97, I, no. 185); in Tschechnitz 1605 drei (ebd. S. 181, II, no. 64). — ⁴⁾ Vgl. z. B. Breslauer Staatsarchiv, F. Oels, Klein - Peterwitzer Schöppenbuch von 1552 bis 1599, Dreiding vom 12. August 1566 in Anwesenheit von Vertretern des Breslauer Domcapitels als der Grundherrschaft: „conqueritur communitas, quod seniores Hecht et Luskot male concordant inter se, . . . ipsimet [d. h. die Vertreter des Domcapitels] admittant remoto Hechtio Georgium tabernatorem substitutum.“

Landgemeinden zuerst durchaus vom Landesherrn und darauf von den Städten abhängig; Polizei und Gerichtsbarkeit verwaltete der Schulze, nicht als Organ der Gemeinde, sondern als Beamter des Landesherrn als des Gerichtsherrn; ein Wahlrecht der Gemeinde bezüglich der Dorfbeamten existirte nicht. Der Charakter der Gemeinde als eines autonomen Selbstverwaltungskörpers kam zum Ausdruck daher eigentlich nur noch in ihrer Eigenschaft als einer Wirthschaftsgemeinschaft zu agrarischen Zwecken. Die corporative Gewalt in den Kolonistendörfern war demnach sehr beschränkt, — auf rein wirthschaftliche Zwecke, — aber zunächst nicht sowohl durch den Grundherrn, als vielmehr durch den Landesherrn. Die Stellung des Grundherrn zur Gemeinde seiner hintersässigen Bauern ist zum Beginn der Kolonisation keineswegs etwa als eine Gemeindeherrschaft aufzufassen, wie sie im Westen bei den Gemeinden mit beschränkter Autonomie sich fand. Nicht anders wie auf dem platten Lande, so verhielt es sich Anfangs mit der communalen Autonomie in den Städten Schlesiens; auch die städtische Gemeindegewalt war Anfangs durchaus in Abhängigkeit vom Landesherrn, freilich alsbald von vornherein mit besonderen Organen, Rath und Bürgermeister, ausgestattet.¹⁾ Auch die Städte waren Anfangs grundherrlich, in ähnlichem privatrechtlichen Sinne, wie wir ihn im ersten Theile dieser Abhandlung für die Dörfer der deutschen Einwanderer feststellten; doch bestand ein wichtiger Unterschied zwischen Stadt und Land darin, dass dort der Grundherr immer zugleich der Landesherr war, dass dem städtischen Besitzrechte ferner nur ein einziges Recht des Grundherrn gegenüberstand, nämlich das Recht des Zinsbezuges, des Bezuges sowohl eines Hufenzinses für die den Stadtbürgern überlassene Ackerflur als auch eines Hausplatzzinses für die einzelnen Grundstücke innerhalb der Stadtmauern. Der Mangel weiterer grundherrlicher Rechte führte dazu, den städtischen Besitz als zinspflichtiges Eigenthum aufzufassen; die Folge dieser schnellen Entwicklung des städtischen Besitzrechtes zu Eigenthum bestand darin, dass die Grundherrschaft der Herzöge über die Städte zumal nach Ablösung oder Verkauf des Grundzinses sich verflüchtigte. Anders war es auf dem platten

¹⁾ Vgl. Rachfahl, a. O. S. 56, Anm. 2 und S. 65.

Lande: hier gab es von vornherein schon eine Menge von Dörfern, die in der Grundherrschaft von Privatpersonen standen, und ihre Zahl vergrösserte sich beständig durch die massenhafte Veräusserung des herzoglichen Grundbesitzes. Ebenso war der Inhalt der Grundherrschaft auf dem platten Lande nicht lediglich beschränkt auf das Recht des Zinsbezuges und ging daher im Gegensatze zu der Entwicklung in den Städten nicht verloren. Dieser Unterschied in dem Verhältnisse der Grundherrschaft bei den Städten von der des platten Landes war von grossem Einflusse auf die Verschiedenheit der Entwicklung von Dorf- und Stadtverfassung überhaupt. Noch in der Epoche der Kolonisation erwarben die Grundherren auf dem platten Lande eine Anzahl von staatlichen Rechten und wurden dadurch die Gerichts- und Polizeiherrn, d. h. Obrigkeit schlechthin, in ihren Dörfern; die Bauern aber wurden so Privatunterthanen ihres Grundherrn und verloren ihren unmittelbaren Zusammenhang mit der Staatsgewalt. Dadurch war mit Nothwendigkeit ein Weiteres gegeben: indem der Grundherr Obrigkeit seines Dorfes, der Schulze und die Schöffen aus landesherrlichen grundherrliche Beamte wurden, war es im Wesentlichen nicht mehr der Landesherr, von dem die oben geschilderten Beschränkungen der Corporationsgewalt der schlesischen Landgemeinde ausgingen, sondern der Grundherr in seiner Eigenschaft als Träger der obrigkeitlichen Befugnisse über das Dorf; der Grundherr wurde jetzt zum Herrn seiner hintsässigen Gemeinde, während früher ein Verhältniss zwischen ihm und der Gemeinde als solcher überhaupt nicht existirt hatte; die frühe Ausbildung der privaten Unterthänigkeit in der Verfassung des platten Landes musste alle etwa noch vorhandenen Ansätze und Regungen der communalen Autonomie in den schlesischen Dorfschaften unterdrücken. Anders war der Hergang in den Städten; hier gerieth die Grundherrschaft nicht nur nicht in die Hände von Privatpersonen, sondern schon früh hörte sie hier überhaupt auf. Daher schob sich auch hier kein Mittelglied zwischen den Fürsten und die Gemeinde ein, zu Gunsten dessen jener sich seiner Rechte über diese und ihre Mitglieder hätte entäussern können. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Stadtgemeinde und Landesherrn blieb

bestehen, und es wurde jener bei dem zunehmenden Verfall der altpolnischen Staatsgewalt möglich, sei es durch ausdrückliche Privilegien, sei es allmählich durch die Macht der Gewohnheit, sich den freien und unbeschränkten Besitz aller der Befugnisse zu erringen, die man in dem westlichen Deutschland als Bestandtheile der städtischen Corporationsgewalt bereits kannte, und noch darüber hinaus zu selbständiger Ausübung alle jene obrigkeitlichen Rechte, die auf dem platten Lande dem Grundherrschaft übertragen wurden, sowie alle diejenigen Privilegien zu erwerben, durch welche die wirthschaftliche Abhängigkeit des platten Landes von den Städten hergestellt wurde. So war der Ausgangspunkt zwar der gleiche: Grundherrlichkeit und durch den Landesherrn beschränkte Autonomie; der Fortgang aber war ein ganz verschiedener, indem sich die Städte Freiheit von der Grundherrlichkeit und weiterhin volle communale Autonomie, ja sogar die Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt, eine Jede für ihren Bezirk, zu eigenem Rechte errangen, während in den Dörfern die private Grundherrlichkeit nicht nur bestehen blieb, sondern auch zu privater Unterthänigkeit der Dorfbewohner sich verwandelte, damit auch zugleich den Grundherrschaft zum Gemeindeherrschaft erhebend. Wenn wir aber den Grundherrschaft schon im Mittelalter im Besitze von Befugnissen finden, die denen des Gemeindeherrschaft im Westen entsprechen, so ist das nicht zu erklären durch die Verhältnisse der Kolonisation schlechthin und die Thatsache, dass die Bauern auf grundherrlichem Boden angesiedelt waren, sondern aus einer späteren, wenn auch ziemlich bald erfolgten Uebertragung landesherrlicher Gewalt auf den Grundherrschaft; d. h. die Grundherrlichkeit in ihrer ältesten, reinen Form hat nicht zur Folge eine Unterwerfung der Landgemeinde oder der einzelnen Hintersassen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder dieser Gemeinde unter den Grundherrschaft. Noch bestehen Zweifel darüber, ob nicht die altdeutsche Landgemeinde doch vielleicht ein Verband des öffentlichen Rechtes, die Gemeindeverfassung demnach öffentlichen Charakters und daher auch die Rechte der Gemeindeherrlichkeit ihrem Ursprunge nach öffentlicher Natur gewesen seien¹⁾. Da aber

¹⁾ Zwar leugnet Sohm (Fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung, Weimar 1871, S. 232 f.) den öffentlichen Charakter des Ortsgemeinde-

im Nordosten der Grundherr keineswegs von vornherein mit einer der Gemeindeherrlichkeit des altdeutschen Westens entsprechenden Machtbefugniß ausgestattet war, so ist für Schlesien die Möglichkeit ausgeschlossen, dass das private Rechtsverhältniss der Grundherrlichkeit von Anfang an eben deshalb, weil man den Grundherrn als den Gemeindeherrn betrachten müsste, durch Rechte öffentlicher Natur verstärkt war. —

Der eben geführte Nachweis, dass die Entwicklung der Grundherrlichkeit zur Gemeindeherrlichkeit erst eine secundäre Folge davon ist, dass der Grundherr sich zur Obrigkeit über die Bauern seines Dorfes emporschwang, bietet uns den Uebergang zur Erörterung des Ursprunges und der Natur der dritten und letzten Kategorie der Rechte, als deren Inhaber der Grundherr bereits im Mittelalter erscheint. Schon früh nämlich finden wir ihn gegenüber der hintsässigen Dorfbevölkerung im Besitze zahlreicher Befugnisse unzweifelhaft öffentlichen Charakters; er ist der Gerichtsherr und dadurch auch zugleich der Polizeiherr seines Dorfes; auch andere Gerechtsame stehen ihm oft zu, so Kirchenpatronat, Schoss, Bede, Münzgeld, der Rossdienst des Schulzen oder die durch die Ablösung dieser Verpflichtung entstandene Geldabgabe, gewisse Dienste, die Anfangs im öffentlichen Interesse auch von den deutschen Kolonisten gefordert wurden, u. s. w. Es entsteht nun die Frage, ob die Grundherrschaft in Schlesien von ihrem ersten Auftreten an mit einem oder mehreren dieser Rechte derart untrennbar verbunden war, dass diese Vereinigung als charakteristisch für die sich hier findende Form der Grundherrschaft bezeichnet werden muss, dass demnach die Grundherrschaft hier von vornherein als ein Institut des öffentlichen Rechtes zu gelten hätte. Im Allgemeinen kann die Antwort auf diese Frage nicht zweifelhaft sein; es lässt sich darlegen, wie alle diese Befugnisse ursprünglich Bestandtheile der Staatsgewalt waren und erst allmählich und immer nur für den einzelnen Fall vom Landesherrn an den Grundherrn veräussert wurden.¹⁾

gerichtet und damit der Gemeindeverfassung überhaupt; ihm haben sich jetzt die meisten Forscher angeschlossen (vgl. G. von Below, a. O. S. 6 ff.); neuerdings hat sich jedoch besonders Mayer (in der Festgabe für Konrad von Maurer 1893 S. 428 ff.) dafür ausgesprochen, dass die Landgemeinde als ein Verband des öffentlichen Rechtes anzusehen sei.

¹⁾ Rachfahl, a. O. S. 51.

Eine Meinungsverschiedenheit besteht in dieser Hinsicht nur bezüglich der Gerichtsbarkeit und auch da nur bezüglich des Niedergerichtes. Herrschende Ansicht ist es, dass die niedere Gerichtsbarkeit von Anfang an vom Landesherrn dem Grundherrschaft verliehen worden, der Grundherrlichkeit in ihrer für Schlesien nachweisbaren Form mithin inhärent gewesen sei. So glaubt Stenzel, dass schon in der altpolnischen Zeit nur noch die Obergerichte principiell dem Herrscher gehört hätten, und behauptet weiterhin betreffs der Kolonistendörfer: „Die niedere Gerichtsbarkeit erhielt immer der Grundherr und von diesem der Schulze.“¹⁾ Meitzen erklärt zwar ganz richtig „die Gerichtsbarkeit des Grundherrn ohne Landeshoheit über Hintersassen, welche nicht Slaven sondern freie Staatsbürger sind,“ als den „Begriff des Dominialverhältnisses“, sieht aber den Ursprung dieser Gerichtsbarkeit und daher der Dominialgewalt „in den Verleihungen des deutschen Rechtes“²⁾; wesentlich für das Rechtsverhältniss in den deutschen Kolonistendörfern war also nach Meitzen die Uebertragung der niederen Gerichtsbarkeit an den Grundherrn. Den Ansichten Stenzels und Meitzens haben sich Bobertag³⁾ und neuerdings auch Keil⁴⁾ angeschlossen.

Nach der Meinung aller dieser Schriftsteller wäre die niedere Gerichtsbarkeit von Anfang an in Schlesien grundherrliche Pertinenz, die Grundherrschaft also daselbst seit dem Beginn der Kolonisation mit Rechten öffentlicher Gewalt ausgestattet, in der That also ihrem Wesen zufolge eine Verbindung öffentlicher Gewalt mit privatrechtlichen Befugnissen. Eine Prüfung der ältesten Aussetzungsprivilegien zeigt jedoch die Unhaltbarkeit dieser Anschauung. Die älteste landesherrliche Urkunde, in der Bestimmungen über den Gerichtsstand der deutschen Kolonisten getroffen werden, besagt: „graves causas nos iudicabimus, scilicet capitales, de quibus dominus abbas [d. i. der Grundherr] tertiam partem [sc. der Gefälle des Obergerichtes] a nobis recipiet; reliquas vero appellationes sculthetus iudicabit; quod si iniuste iudicaverit, coram nobis respondeat.“⁵⁾ Ebenso heisst es in anderen Ur-

¹⁾ Stenzel (Einl. zu Tzschoppe-Stenzel), S. 5 und S. 147. —

²⁾ Meitzen, Cod. dipl. Sil. IV, Einl. S. 99. — ³⁾ Bobertag, Gerichte und Gerichtsbücher des Fürstenthums Breslau, Ztschr. für Geschichte und Alterthum Schlesiens VII, 109. — ⁴⁾ Keil, Landgemeinde S. 16. —

⁵⁾ Tzschoppe-Stenzel S. 275, no. III, d. a. 1214.

kunden aus dem Anfange des 13. Jahrhunderts: „Graves causas nos iudicabimus, scilicet capitales . . , alias appellationes iudicet scultetus, satisfaciens conquerentibus; quod si iniuste iudicaverit, coram nobis respondeat.“¹⁾ Nirgends ist in diesen Urkunden eine Andeutung vorhanden, dass der Herzog einen Theil der Gerichtsherrlichkeit, nämlich das Niedergericht, dem Grundherrn überlässt, wiewohl er doch in dem ersten der citirten Privilegien ausdrücklich z. B. die Abtretung eines Drittels der Gefälle des Obergerichtes hervorhebt; schon aus dem überall gleichlautenden Zusatze („quod si iniuste iudicaverit, coram nobis respondeat“) erhellt, dass der Schulze für die Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit noch als landesherrlicher, keineswegs als grundherrlicher Beamter anzusehen ist. Der Grundherr ist also nicht von Anfang an Gerichtsherr und somit Inhaber öffentlicher Befugnisse; seit der Mitte des 13. Jahrhunderts freilich häufen sich die Fälle, in denen der Landesherr dem Grundherrn durch Kauf, Schenkung u. s. w. das Niedergericht überliess, und zweifelsohne sind seit dieser Zeit zahlreiche deutsche Dörfer gegründet worden, in denen der Grundherr alsbald mit der niederen Gerichtsbarkeit ausgestattet wurde. Noch in einem Privileg Heinrichs IV. für die Dörfer des Hospitals zum hl. Geiste zu Breslau vom Jahre 1277²⁾ heisst es, nachdem verordnet worden ist, dass die causae criminales vom Herzoge selbst gerichtet werden sollen: „alias vero omnes causas preposito dicti hospitalis concedimus et committimus in perpetuo iudicandas“, — ein Beweis dafür, dass sich der Herzog damals immer noch principiell als den Inhaber des Niedergerichtes betrachtete, und dass dasselbe nicht ohne Weiteres als eine Pertinenz der Grundherrlichkeit galt, sondern erst durch ausdrückliche Uebertragung seitens des Landesherrn in den Besitz des Grundherrn überging. Seit der Wende des 13. zum 14. Jahrhundert bildete sich allerdings die Anschauung aus, dass der Grundherr ipso iure Herr des Niedergerichtes, dass dieses eine Pertinenz der Grundherrschaft sei; diese späteren Zustände aber dürfen die Erkenntniss nicht verdunkeln, dass mit der Grundherrschaft in ihrer

¹⁾ Tzschoppe-Stenzel S. 287 f., no. X, d. a. 1228 und S. 289, no. XII, d. a. 1228. — ²⁾ Korn, Breslauer Urkundenbuch, Breslau 1870, S. 47, d. d. Breslau, 26. September 1277.

ältesten, reinen Form durchgängig vom Ende des 12. bis in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts gerichtsherrliche Functionen überhaupt nicht und auch später noch keineswegs mit Nothwendigkeit verbunden waren.

Auf die weitere Entwicklung der Gerichtsverfassung der deutschen Kolonisten in Schlesien einzugehen, ist hier nicht der Ort; nur soviel sei bemerkt, dass seit dem Uebergange der niederen Gerichtsbarkeit auf die Grundherrschaft die Organisation des Niedergerichtes eine zweifache war. Die Competenz des Niedergerichtes erstreckte sich auf die leichteren Vergehen, auf alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in gleicher Weise auf Processe um Schuld und fahrende Habe, als auch um Bauernerbe, sowie endlich auf Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Während nun die unbedeutenderen Fälle dem Gerichte des Schulzen überlassen blieben, wurden die wichtigeren Gegenstände der unteren Gerichtsbarkeit auf den für jedes einzelne Dorf zu dreien Malen im Jahre stattfindenden grossen Gerichtstagen, auf dem sog. „Dreidinge“, erledigt, bei dem der Grundherr selber oder ein eigens von ihm dazu ernannter Bevollmächtigter als Richter fungirte. Auch Auseinandersetzungen zwischen der Grundherrschaft und den Grundsassen, Ernennung der Dorfbeamten, Verkündigung von polizeilichen Verordnungen u. s. w., wurden auf diesen Dreidingstagen vorgenommen; wenn der Grundherr auch das Obergericht vom Herzoge erworben hatte, so diente das Dreiding auch zur Verhandlung der Sachen der höheren Gerichtsbarkeit.¹⁾ Der Uebergang des Niedergerichtes in die Hände privater Grundherren ward freilich für die staatsrechtliche Stellung der bäuerlichen Bevölkerung von den schwerwiegendsten Folgen. Indem nämlich der Grundherr dadurch Gerichtsherr und bei der eigenthümlichen Bedeutung der Gerichtsherrlichkeit im

¹⁾ Man ergänze darnach meine früheren Ausführungen (Organisation der Gesamtstaatsverwaltung u. s. w. S. 64). Auch die Processe um Bauernerbe gehörten in Schlesien unzweifelhaft zur niederen Jurisdiction; das wird auch durch ein Zeugniß bestätigt, welches allerdings aus späterer Zeit stammt, offenbar aber nur längst bestehende Zustände bekräftigt, nämlich durch ein Rescript Rudolfs II (d. d. Prag, 8. März 1591; Friedenberg, Cod. dipl. Sil. II im Königl. Staatsarchiv zu Breslau, Hs. D. 326^b p. 516 ff.), in dem als zu den „Ober- oder Halsgerichten gehörig“ nur Criminalfälle aufgeführt werden.

Mittelalter auch zugleich der Polizeiherr seines Dorfes wurde, erlangte er eine obrigkeitliche Stellung sowohl über seine einzelnen Hintersassen als auch über deren Gemeinde. So wurde er nunmehr in der That die Obrigkeit seines Dorfes und der Herr der Dorfgemeinde; seine Hintersassen aber verloren den unmittelbaren Zusammenhang mit der Staatsgewalt und sanken hinab in den Zustand der Privatunterthänigkeit. Der Grundherr ward jetzt die erbliche Obrigkeit der Bauern, und diese wurden Erbunterthanen ihres Grundherrn, indem freilich diese Unterthänigkeit jetzt noch nur insofern eine erbliche war, als auch der Bauer der erbliche Besitzer seines Erbzingutes war; seine Freizügigkeit selbst wurde durch dieses Erbunterthanenverhältniss nicht weiter beschränkt, da ja dieses in demselben Augenblicke sein Ende fand, in welchem der Bauer nach Erfüllung seiner privatrechtlichen Verbindlichkeit zur Stellung eines Gewährsmannes und nach Verkauf seines Gutes aus dem Herrschaftsbezirke seines bisherigen Grundherrn abzog. Sowie die Anschauung durchgedrungen war, dass das Niedergericht eine Pertinenz der Grundherrschaft sei, war auch die sog. „Domanialeigenschaft“ der Grundherrschaft in Schlesien entschieden. Allerdings ward durch die somit entstandene Privatunterthänigkeit noch nicht ganz der unmittelbare Zusammenhang der niederen ländlichen Bevölkerung mit der Staatsgewalt gelöst; noch gehörten ja zum *ius ducale* über die bauerliche Bevölkerung die obere Gerichtsbarkeit, der Anspruch auf Leistung gewisser Abgaben und Dienste im öffentlichen Interesse, eine Reihe von wirthschaftlichen Gerechtigkeiten u. s. w. Aber immer stärker machte die Tendenz sich geltend, alle diese Befugnisse aus dem *ius ducale* in den privaten Besitz der Grundherren hinüberzuleiten und so durch sie das Verhältniss der Privatunterthänigkeit zu verstärken, — ein Process, dessen einzelne Momente zu schildern hier nicht möglich ist.¹⁾ Indem die Grundherren endlich das Steuerbewilligungsrecht nicht nur für sich, sondern auch für ihre Unterthanen und dadurch das Recht zu selbständiger Untervertheilung der dem Fürsten bewilligten Beden unter ihren Hintersassen erlangten, war der unmittelbare Zusammenhang der niederen ländlichen

¹⁾ Vgl. darüber Rachfahl, a. O. S. 50 ff. und S. 63.

Bevölkerung mit der Staatsgewalt in allen wesentlichen Stücken so gut wie gelöst; der Eckstein der obrigkeitlichen Stellung des Grundherrn und der Privatunterthänigkeit der hintersässigen Bevölkerung freilich war die Thatsache, dass er der Herr des Niedergerichtes und damit auch zugleich der Polizeiherr seines Dorfes war; das Niedergericht war Pertinenz der Grundherrlichkeit, mit dieser untrennbar verbunden, und so war der Grundherr die nächste, unmittelbare Obrigkeit seiner Hintersassen.¹⁾

Damit haben wir alle die Rechte, als deren Träger die schlesische Grundherrschaft im Mittelalter auftritt, nicht nur aufgezählt, sondern auch auf ihren Ursprung und ihre Natur untersucht und sind dabei zum Ergebnisse gelangt, dass diese Rechte in drei scharf von einander zu sondernde Gruppen zerfallen. Zu der ersten Gruppe gehören diejenigen, deren Entstehung auf den Umstand zurückzuführen ist, dass der einwandernde Kolonist nicht auf Grund und Boden, den er zu freiem Eigen erwarb, angesiedelt wurde, sondern auf solchem, der bereits in fremdem Eigenthume stand. Die Rechte der ersten Art wurzeln in der Grundherrlichkeit als solcher und sind daher als grundherrliche Rechte im eigentlichen Sinne zu bezeichnen; sie sind ferner rein privater Natur. Das Eigenthum des Grundherrn an dem bauerlichen Grundstücke wurde eben durch die Verleihung an den Kolonisten zu Erbzinsrecht nicht aufgehoben, sondern blieb bestehen, so dass wir die Grundherrschaft in ihrer ältesten, reinen Form lediglich als eine besondere Form des Eigenthums, insofern dasselbe beschränkt ist durch dingliche Rechte eines Anderen, nämlich durch das Erbzinsrecht des Kolonisten, und daher als ein Institut nur privatrechtlichen Charakters erklären müssen. Die zweite Gruppe findet ihren Ursprung in der Stellung des Grundherrn als des Herrn der Gemeinde seiner bauerlichen Hintersassen; die gemeindeherrlichen Befugnisse sind jedoch nicht eine noth-

¹⁾ Auch derjenige Theil der ländlichen Bevölkerung, über den der Landesherr die Grundherrschaft und das Niedergericht behielt, wurde späterhin nicht mehr als direct der öffentlichen Gewalt unterworfen, sondern nach dem Vorbilde der Bauern in den privaten Grundherrschaften als dem Fürsten in seiner Eigenschaft als Grundherr zu privater Erbunterthänigkeit verpflichtet angesehen; vgl. darüber Rachfahl, a. O. S. 59.

2. Die Fortbildung der Grundherrschaft im Anfange der Neuzeit.

¹⁾ Auf das Strengste müssen diese verschiedenen Gruppen der Rechte, als deren Träger wir den Grundherrn im Mittelalter finden, aus einander gehalten werden; öffentliche Rechte behalten doch immer diesen ihren Charakter, wenn sie auch vom Landesherrn auf Grund

Brünneck, Grünberg und neuerdings von Knapp-Kern vorhanden sind. Die Fortbildung dieses Verhältnisses erfolgte im Wesentlichen auf dem Wege der Landesgesetzgebung, die freilich ihrerseits wieder in zahlreichen Fällen, wie wir des Näheren noch darthun werden, lediglich eine Festlegung gewohnheitsrechtlicher Normen bedeutete; wir wollen hier nur die Frage erörtern, inwiefern diese Fortbildung günstig oder ungünstig auf die Lage des Bauernstandes eingewirkt hat. Denn eben darüber sind die Ansichten geteilt; während Brünneck¹⁾ für jene Zeit eine aufsteigende Bewegung in der Entwicklung des Bauernstandes feststellen zu müssen glaubt, bezeichnet Grünberg²⁾ die Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts als „die ausdrückliche Festlegung der absteigenden Classenbewegung des Bauernstandes“. Wir werden den Nachweis führen, dass der einen Behauptung ebensogut wie der andern eine bedingte Wahrheit zuzugestehen ist.

Es war gegen Ende des Mittelalters, als in den Kolonisationsgebieten des deutschen Nordostens jene Umwandlung der Grundherrschaft zur Gutsherrschaft sich vollzog, die für die Mark Brandenburg von Knapp³⁾ mit so meisterhafter Klarheit geschildert worden ist. Ueberall weist die Entwicklung dieselben Züge auf. In Folge der taktischen Fortschritte im Kriegswesen und des Aufkommens der Söldnerheere verlor der Adel seine bisherige militärische Bedeutung; aus dem Kriegsmann wurde ein Landmann, aus dem Ritter ein

einer unausgebildeten Auffassung vom Staatswesen wie Privatrechte behandelt und an Privatpersonen veräußert wurden. Dies gilt nicht nur für Schlesien, sondern auch für alle übrigen Kolonisationsgebiete. Falsch ist es daher z. B., mit Grossmann (a. O. S. 5) aus der That-
sache, dass ein Ritter „als Erbzinsherr Obereigenthümer der Bauern-
stelle“ war, zu schliessen, dass eben dadurch der Bauer „nicht mehr ein Privatunterthan des Markgrafen sondern des Ritters“ wurde. Nicht durch das privatrechtliche Verhältniss des Obereigenthums, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will, sondern durch die obrigkeitliche Stellung des Grundherrn wurde der Bauer dessen Unterthan. Ebenso falsch wäre es freilich andererseits, wenn man die privatrechtlichen Befugnisse des Grundherrn als einen Ausfluss seiner obrigkeitlichen Stellung erklären wollte.

¹⁾ Brünneck, a. O. S. 10. — ²⁾ Grünberg, a. O. I, 102, Anm. 1.

— ³⁾ Knapp, Bauernbefreiung, I S. 37 ff.

Rittergutsbesitzer, der seiner Gutswirtschaft anders, wie früher, mit Eifer und Sorgfalt sich widmete. Noch andere Momente waren von Einfluss auf den Aufschwung der Gutswirtschaft, so vor Allem der aufblühende Wohlstand der Städte und der Stadtbürger, der eine steigende Nachfrage auch nach den Gegenständen der ländlichen Production erweckte, und der andererseits den Edelmann mit Neid erfüllte und seinen Erwerbstrieb anregte. So begann der Grundherr nach Vergrößerung seiner Eigenwirtschaft zu streben, und das konnte er erlangen nur durch zwei Mittel, durch Vergrößerung seines Gutsfeldes und durch Gewinnung billiger Arbeitskräfte; nichts lag näher, als dass er dieses doppelte Ziel auf Kosten derer zu erreichen suchte, über die er bereits eine sowohl auf öffentliche wie auf private Rechtstitel sich gründende, ausgedehnte Herrschaft besass. Sein Hoffeld konnte er vergrößern, wenn er die unter seiner Grundherrschaft stehenden bäuerlichen Hufen nach Bedürfniss einzog, d. h. wenn er zu dem (beschränkten) Eigenthume, das ihm an ihnen zustand, auch den Besitz erwarb; indem er ferner die noch nicht generell bestehende Frohnpflicht verallgemeinerte und die Bauernkinder sowie die besitzlosen Insassen seiner Grundherrschaft zu Gesindediensten zwang, fand er die für den vergrößerten Gutsbetrieb nothwendigen Arbeitskräfte. Aber wie, wenn der Bauer, um sich den neuen Lasten zu entziehen, seine privatrechtlichen Verbindlichkeiten gegen den Grundherrn regelnd, gemäss dem ihm gebührenden Rechte der Freizügigkeit aus dem Bezirke der Grundherrschaft abzog oder auch, sein Gut im Stiche lassend, heimlich entwich? Doch auch dagegen konnte der Grundherr sich schützen, wenn es ihm gelang, die bäuerliche Freizügigkeit ganz oder theilweise aufzuheben und so die alte Freiheit des Bauern zu beschränken. Freilich war der deutsche Bauer bisher frei, mit Freizügigkeit begabt; freilich war er in seinem Besitzrechte geschützt, so dass er nicht willkürlich von seiner Hufe vertrieben werden durfte; freilich war er frei von Frohnden für den Grundherrn, ausgenommen die geringen Dienste, die er etwa leistete infolge besonderen Vertrages, ungerechten Druckes oder infolge der Veräusserung ursprünglich öffentlicher Dienste: so war es ja das alte Recht, das Recht, zu dem in den Zeiten der Kolo-

nisation die Ansiedlung des deutschen Bauern sich vollzogen hatte. Aber diese Schranke des Rechtes hinwegzuräumen, war den Grundherren ein Leichtes. Denn den von ihnen gebildeten Kurien der Prälaten, Herren und Ritter gebührte gemäss der Verfassung des damaligen dualistischen Ständestaates der massgebende Einfluss auf den Landtagen; als Vertreter des Landes hatten sie Antheil an der höchsten Gewalt, an der Gesetzgebung des Landes. Zwar sassen neben ihnen im Landtage noch die Vertreter der Stadtgemeinden; theils aber waren die Städte durch gemeinsames Interesse mit Adel und Klerus verbunden, da sie oder ihre Bürger oft selbst im Besitze von Grundherrschaften waren; theils war ihre Bedeutung im Landtage gegenüber den anderen Ständen eine geringe. Der Bauer selbst hatte im Landtage weder Sitz noch Stimme; ohne dass er gehört wurde, wurden dort jene Beschlüsse, jene Landes- und Gesindeordnungen berathen und verkündigt, durch welche die ökonomische Unterwerfung des Bauern unter den Grundherrschaft fixirt wurde. Der Fürst, von ewiger Geldnoth bedrängt und bezüglich der Steuer auf den guten Willen der Stände angewiesen, konnte, um seine Zustimmung zu den von den Ständen gegebenen Gesetzen befragt, einen Widerspruch zu erheben nicht wagen.¹⁾ Wenn diese Gesetze dann auch vom Landesherrn bestätigt wurden und unter seinem Namen ergingen, so dürfen wir doch nicht vergessen, dass die Initiative dazu den Ständen zufällt. Es ist ein Punkt, der, wie es scheint, noch nicht scharf genug betont worden ist, dass die Festlegung der Verschlechterung in der Lage der niederen ländlichen Bevölkerung durch die ständische Gesetzgebung erfolgt ist; im Landtage im Besitze des entscheidenden Einflusses haben die Grundherren die ständische Gesetzgebungsgewalt benutzt, um den Schutz des bauerlichen Besitzes aufzuheben, in ihren Dienst die Arbeitskraft des Hintersassen zu stellen und die bauerliche Freizügigkeit zu verkürzen. So wurde der Bauer ökonomisch dem Interesse des Grundherrn dienstbar gemacht.

Nach dieser allgemeinen Uebersicht über die Hauptzüge

¹⁾ Vgl. über die Bedeutung der landesherrlichen Zustimmung zu den von den Ständen kraft ihrer Autonomie erlassenen Gesetzen in der Periode des dualistischen Ständestaats Rachfahl, a. O. S. 152.

in der Entwicklung der Lage des Bauernstandes in den Kolonisationsgebieten im Anfange der Neuzeit gehen wir dazu über, des Näheren darzulegen, wie in Schlesien speciell dieser Hergang sich gestaltete; wir bemerken dabei im Voraus, dass hier die Dinge für den Bauernstand weit günstiger in dieser Epoche sich schickten als anderwärts. Das erste der in Betracht kommenden schlesischen Gesetze ist der sogen. Landfrieden von 1528¹⁾, d. h. ein von dem schlesischen General-landtage erlassenes, für alle schlesischen Fürstenthümer verbindliches Gesetz, dem auch König Ferdinand I. die Bestätigung ertheilte. In diesem Landfrieden finden sich mehrere Bestimmungen, durch die das gutsherrlich-bäuerliche Verhältniss in Schlesien einer generellen Regelung unterworfen wurde. So wurde darin angeordnet, dass kein Stand seine Unterthanen „unverhörter Sachen und unerkanntes Rechtes“ vergewaltigen, sondern etwaige Ansprüche gegen sie auf dem Wege des Rechtes verfolgen solle. Diese Vorschrift ist insofern von Wichtigkeit, als durch sie die rechtliche Persönlichkeit der gesammten — sowohl der ursprünglich deutschen wie auch der slavischen — Bauern, ihre volle private Rechtsfähigkeit und ihre Processfreiheit gegen den Grundherrschaft anerkannt wurde. Dadurch wurden alle Reste etwa vereinzelt noch vorhandener persönlicher Unfreiheit oder Leibeigenschaft aufgehoben; in Wahrheit freilich bestand eine solche kaum noch. Weiterhin setzte derselbe Artikel (XV) fest, dass Bauern, Gärtner und deren Kinder, d. h. angesessene Erbunterthanen, nicht aus dem Bezirke ihrer Grundherrschaft ohne deren „guten Willen“ abziehen durften. Man darf nun daraus nicht ohne Weiteres, wie Brünneck²⁾, folgern, dass die schlesischen Erbunterthanen „der Freizügigkeit ermangelten“; aus späteren Gesetzen geht hervor, dass der Unterthan allerdings die Einwilligung des Grundherrn brauchte, um abziehen zu können, dass dieser aber seine Einwilligung im Allgemeinen nicht versagen durfte. Offenbar galt dieser letztere Rechtsatz auch schon früher, schon zur Zeit des Gesetzes von 1528, das ihn eben nur deshalb nicht erwähnte, weil er als selbst-

¹⁾ Gedruckt bei Brachvogel, *Privilegia et Statuta das Erb-Herzogthum Schlesiens concernirend*, Breslau 1713 ff., I, S. 65 ff. und besonders Artikel 15 (S. 74). — ²⁾ Brünneck, a. O. S. 110.

verständlich galt. Eine Beschränkung der bauerlichen Freizügigkeit wurde durch das Gesetz von 1528 allerdings fixirt, da der Abzug des Bauern abhängig gemacht wurde von der — allem Anscheine nach jedoch nicht versagbaren — Genehmigung des Grundherrn in seiner Eigenschaft als der Obrigkeit des Bauern. Diese Befugniß des Grundherrn war jedoch rein formaler Natur, falls sie nicht eben dazu benutzt wurde, um einen ungerechten Druck auf den Bauern auszuüben. Uebrigens darf man sogar vermuthen, dass diese Beschränkung der bauerlichen Freizügigkeit nicht erst durch das Gesetz von 1528 geschaffen worden ist, sondern dass dieses nur einem bereits bestehenden Gewohnheitsrechte Ausdruck gab. Schon im Mittelalter stand ja dem Grundherrn die Consensertheilung für Veräusserungen von Bauernerbe zu; durch diese privatrechtliche Befugniß des Grundherrn wurde die Freizügigkeit des Bauern schon damals beschränkt. Was lag nun näher, seitdem der Grundherr die Obrigkeit des Bauern geworden war, als die Sache so anzuschauen, wie wenn diese factische Beschränkung der bauerlichen Freizügigkeit eine Folge nicht nur eines privaten Rechtsverhältnisses zwischen Grundherrn und Bauern, sondern auch ein Ausfluss der obrigkeitlichen Stellung sei, die jenem gebührte? So mag im Anschlusse an den privatrechtlichen Consens des Grundherrn zum Besitzwechsel der obrigkeitliche Consens zum Abzuge des Bauern sich entwickelt haben, und eben dieses durch thatsächliche Uebung entstandene, neue obrigkeitliche Recht des Grundherrn wurde durch die Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts, und zwar zunächst durch den Landfrieden von 1528, festgelegt. Dass diese soeben geäußerte Vermuthung nicht unbegründet ist, darauf weisen noch zwei andere Momente hin, einmal dass der Consens zum Abzuge ebenso wie der Consens zum Besitzwechsel, wenn er ohne genügende Ursachen vom Grundherrn verweigert wurde, auf dem Wege der gerichtlichen Klage erzwungen werden konnte, sodann dass der Grundherr angesessenen Unterthanen (d. h. Bauern, Auenhäuslern und Gärtnern, „die ihre eigenthümlichen güter und gründe haben“), welche ihren „grund, garten oder bauerngut mit der herrschaft vorwissen und einwilligung verkauft, dem käufer tradiert und ordentlich auf-

gelassen“ hatten, sofort den Consens zum Abzuge geben musste, auch dann z. B., wenn etwa der Käufer alsbald sein eben erworbenes Gut heimlich verliess¹⁾; d. h. factisch wurde an der bäuerlichen Freizügigkeit durch die Entstehung des obrigkeitlichen Abzugsconsenes nichts geändert; er entstand eben im Anschlusse an den privatrechtlichen Besitzwechselconsens auf Grund der nunmehrigen Stellung des Grundherrn als des Inhabers öffentlicher Rechte gegenüber seinen Hintersassen, garantirt in der Folgezeit durch die Gesetzgebung, nur dass also jetzt die Beschränkung der bäuerlichen Freizügigkeit aus der Sphäre des privaten in die des öffentlichen Rechtes erhoben wurde. So bedeutet der Landfrieden von 1528 zwar nicht eine factische Verschlechterung, aber doch eine rechtliche Herabdrückung der Lage der Bauern; indem aber dieses Gesetz sich gleichmässig auf die gesammte ländliche Bevölkerung Schlesiens erstreckte, bedeutete es zugleich für die ursprünglich slavischen Bauern eine endgültige und allgemeine Anerkennung ihrer Emancipation von den Banden der Schollenpflichtigkeit, der sie vordem unterworfen waren.²⁾ Freilich dürften auch in dieser letzteren Hinsicht durch den Landfrieden von 1528, abgesehen vielleicht von vereinzelt Stellen, nicht sowohl neue Zustände geschaffen als vielmehr schon bestehende Verhältnisse fixirt worden sein, indem theils durch ausdrückliche locale Privilegien, theils durch gewohnheitsrechtliche Uebung schon früher die persönlichen Rechtsverhältnisse der slavischen Bevölkerung sich allmählich nach dem Muster der deutschen Kolonisten umgestaltet hatten. Sowohl Brünneck hat demnach Recht, so irrig auch sonst seine Interpretation des Gesetzes von 1528 ist, wenn er in ihm die ersten Anfänge einer Gesetzgebung sieht, „welche den unfreien Landbewohnern Rechte einräumte, die sie früher nicht gehabt hatten“, als auch Grünberg, wenn er im Gegensatze zu Brünneck annimmt, dass das Gesetz von 1528 und alle folgenden schlesischen Gesetze und überhaupt die böhmisch-mährisch-schlesische Gesetzgebung seit dem 15. Jahrhundert „in stetiger Steigerung nicht die Codification einer aufsteigenden, sondern lediglich

¹⁾ Vgl. Die grosse Unterthanenordnung von 1652; ebd. I, S. 149 ff.

— ²⁾ S. u. den Excurs.

die ausdrückliche Festlegung der absteigenden Classenbewegung des Bauernstandes enthalte“. Dieser hat Recht, insofern man seine Behauptung auf die von deutschen Kolonisten oder von slavischen schon im Mittelalter ganz nach deutschem Muster reformirten Bauernschaften stammende ländliche Bevölkerung bezieht; Jener, insofern als der Landfrieden von 1528 für die des deutschen Rechtes in seinem ganzen Umfange nicht theilhaftig gewordenen, ihrer Herkunft zufolge slavischen Bauernschaften die erste allgemeine gesetzliche Regelung ihrer persönlichen Rechtsverhältnisse im Sinne grösserer Freiheit bedeutete.¹⁾

¹⁾ Noch eine andere wichtige Bestimmung über die Rechtsverhältnisse der schlesischen Bauern enthält Artikel XV des Landfriedens von 1528: „Es soll auch kein zinshaftiger bauer noch gärtner was bescheiden noch vergeben in seiner krankheit, das zum erbe gehörig, als pferde, vieh, hausgeräthe; aber die bereitschaft von gelde und andern, das zu dem zinshaften erbe nicht gehörig, mag ein jeder in beyseyen des schulzen und der aeltesten desselbigem dorfes seines gefallens legiren und verschaffen; dennoch dass er damit der ordnung kayserlicher und landüblicher Sachsen recht nicht zu nahend sey.“ Es wurde dadurch aus Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des folgenden Inhabers des bäuerlichen Gutes untersagt, über das zum Hofe gehörige lebende und todte Inventar gesondert von Todeswegen zu verfügen, — wodurch offenbar ebenfalls nur ein schon bestehender gewohnheitsrechtlicher Zustand die gesetzliche Sanction erhielt. Die Verfügungsfreiheit des Bauern über den Hof nebst dem dazu gehörigen Inventar insgesamt sollte dadurch nicht aufgehoben werden, wie Brünneck (a. O.) meint. Andererseits wurde dadurch das Recht der Bauern anerkannt, über sein nicht zum Hofinventar gehöriges Mobilienvermögen innerhalb der Vorschriften des Römischen und Sächsischen Rechtes nach Belieben zu disponiren. Die ganze Bestimmung hat also nur den Zweck, zu verhüten, dass vom Hofe das dazu gehörige Inventar durch Verfügung von Todeswegen ganz oder theilweise getrennt würde. Die Ansicht Brünnecks, dass „der Unfreiheit hierdurch jede Wirkung nach der vermögensrechtlichen Seite genommen wurde“, ist also ebenso irrig, wie seine oben widerlegte Meinung, es gehe aus Artikel XV auch hervor, dass „die Bauern der Freizügigkeit ermangelten“; mindestens ist Brünnecks Interpretation insofern eine einseitige, als sie eine, — und in ihrer Allgemeinheit auch dann noch unzutreffende — Richtigkeit nur bezüglich der Verhältnisse der slavischen Bauern beanspruchen könnte. Wenn Brünneck weiterhin sagt, es könne nach dem Gesetze von 1528 „zweifelhaft erscheinen, ob es den Herren etwa freistand, ihre Bauern oder deren Kinder ohne die Güter, denen sie bis dahin zugehört hatten, an andere Herren abzutreten und zu veräussern“, so

Der Landfrieden von 1528 eröffnet die Reihe der in der Periode des dualistischen Ständestaates zur Regelung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses erlassenen Gesetze; wir haben es daher für nöthig erachtet, seine Bedeutung und seinen Zusammenhang mit den Zuständen des Mittelalters einer eingehenderen Betrachtung zu unterwerfen. Die folgende Gesetzgebung bewegte sich fort in der durch diesen Landfrieden vorgezeichneten Richtung. Hauptsächlich kommen für die Folgezeit in Betracht die Oppeln'sche Robottordnung vom 4. Januar 1559¹⁾, die Landesrobottordnung der Fürstenthümer Oppeln und Ratibor vom Jahre 1562²⁾, die Oppeln-Ratibor'sche Landesordnung von 1562³⁾, der Beschluss des schlesischen Fürstentages vom 23. November 1565⁴⁾, die schlesischen Gesindeordnungen vom 12. Juni 1623⁵⁾ und vom 31. Januar 1652⁶⁾ und endlich der Fürstentagsbeschluss vom 1. October 1652.⁷⁾ Eine genaue Analyse aller dieser Gesetze zu geben und ihr gegenseitiges Verhältniss zu bestimmen, würde hier zu weit führen; wir müssen uns daher begnügen, in Kürze anzudeuten, in welchen Punkten vornehmlich durch sie das grundherrlich-bäuerliche Verhältniss eine Fortbildung erfuhr.

Die Bestimmungen dieser Gesetzgebung haben nach den schon früher erörterten Gesichtspunkten der Hauptsache zufolge eine dreifache Tendenz. Einmal gipfeln sie in einer gewissen Preisgebung des bäuerlichen Besitzes zu Gunsten

muss darauf erwidert werden, dass nach allem dem, was wir von der Lage sowohl der deutschen als auch der slavischen Bauern Schlesiens gegen Ende des Mittelalters wissen, die Existenz einer derartigen Form der Leibeigenschaft im 16. Jahrhundert durchaus ausgeschlossen erscheint. Nicht minder unmöglich ist es, „dass man die Vorschriften des Sachsenspiegels über die eigenen Leute auf die grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Schlesien zur Anwendung brachte“ (ebd. S. 111, Anm. 1); wo die Grundsätze des deutschen Rechtes auf slavische Einwohner in Schlesien übertragen wurden, dann sicherlich nicht die Vorschriften über die eigenen Leute; das deutsche Recht hat vielmehr, wie wir im Excurse nachweisen werden, befreiend auf die polnischen Bauern gewirkt.

¹⁾ Schickfuss III, 580 ff. — ²⁾ Aus dem böhmischen Texte übersetzt bei Böhme, Diplom. Beiträge u. s. w. III, S. 16 ff. — ³⁾ Schickfuss III, 495. — ⁴⁾ Ebd. III, 579 ff. — ⁵⁾ Brachvogel, Edictensammlung (Statuta et Privilegia), I, 110. — ⁶⁾ Ebd. S. 123 ff. — ⁷⁾ Ebd. S. 144 ff.

der Grundherren; dann ist es ihr Zweck, die bauerliche Arbeitskraft in den Dienst des Grundherrn zu stellen, und drittens endlich, durch ein System detaillirter Vorschriften die bauerliche Freizügigkeit zu beschränken. Zu der ersten Kategorie gehört zunächst ein Passus der Oppeln-Ratibor'schen Landesordnung von 1562, durch den der Bauer, den der Grundherr nicht leiden wollte, auf dessen Befehl zum Zwangsverkaufe verpflichtet wurde; für den Fall, dass der Bauer sich weigerte oder zögerte, wurde dem Grundherrn die Befugniß ertheilt, das Gut gerichtlich abschätzen zu lassen und es nach Massgabe dieser Taxe selber zu kaufen. Für ganz Schlesien dürfte im 16. Jahrhundert eine gesetzliche Festlegung des grundherrlichen Auskaufrechtes kaum vorhanden sein; doch lässt sich nachweisen, dass es gewohnheitsrechtlich auch ausserhalb Oberschlesiens damals schon existirte.¹⁾ Erst die allgemeinschlesische Unterthanenordnung von 1632 sieht generell den Fall vor, dass der Grundherr den Unterthanen zum Verkaufe zwingen darf, indem sie verfügt, dass ein Bauer, über den der Zwangsverkauf verhängt werde, sofort aus seinem bisherigen Unterthanenverbande zu entlassen sei. Darin liegt nicht eine Verschlechterung des bauerlichen Besitzrechtes an sich, sondern es wurde dadurch nur begründet eine Art Enteignungsrecht des Grundherrn gegenüber dem Hintersassen vermöge seiner obrigkeitlichen Stellung, also gewissermassen im öffentlichen Interesse²⁾; auch scheinen diese Expropriationen in der Regel, wie die Beispiele des 16. und 17. Jahrhunderts andeuten, nicht rein auf einseitiger Verfügung des Grundherrn, sondern auf formell vom Bauern ertheilter, wenn auch thatsächlich erzwungener Einwilligung oder auf gerichtlichem Erkenntnisse beruht zu haben.³⁾ Dafür, dass das Auskauf-

¹⁾ Siehe unten Anm. 3. — ²⁾ Vgl. über analoge Verhältnisse in der Mark Brandenburg Knapp, Bauernbefreiung, I, S. 39. — ³⁾ Vgl. Cod. dipl. Sil. IV, S. 226, Anm. 1, d. d. 1. Januar 1526 (Acten des Breslauer Rathsdorfes Krampitz): „... haben etliche unterthanen von Crampicz sich verbürget, desz gefängnisses, damit sie wegen ungehorsamsz in der stat belegt gewesen, in argen nicht zu gedenken ... und ire güter aldar zu verkauffen.“ Ebd. S. 276 (IV, no. 13, d. d. 5. März 1575): Gerichtliche Bürgschaft für einen Bauern des Trebnitzer Stiftsdorfes Domnowitz, „das er das gefengnus gegen der kays. Majst. und des gestifts unterthanen und verwanten in argem weder mit worten noch

recht von den Grundherren in Schlesien benutzt worden wäre, um etwa das „Bauernlegen“ in annähernd gleichem Maasse zu betreiben, wie das in anderen Theilen des nordostdeutschen Kolonisationsgebietes der Fall war, dürften sich kaum Beweise finden. Das grundherrliche Expropriationsrecht diene hier offenbar weniger dem Zwecke, das Bauernlegen zu erleichtern, als vielmehr dem Grundherrn in seiner Eigenschaft als Obrigkeit seines Dorfes ein Mittel an die Hand zu geben, sich unbequemer, den öffentlichen Frieden störender Unterthanen zu entledigen, diene demnach hier nicht sowohl dem privaten Interesse des gutsherrlichen Betriebes, als dem öffentlichen Interesse; dass es nicht auf eine Schmälerung des bauerlichen Besitzes abgesehen war, darauf deutet auch eine andere Bestimmung der Oppeln-Ratiborer Landesordnung von 1562, dass nämlich der aus der slavischen Zeit stammende lassitische Besitz allgemein in „Eigenthum“, d. h. in Erbzinsrecht, zu verwandeln sei. Diejenigen Fälle, in denen in Schlesien ursprüngliches Bauernland zum Gutsbetriebe geschlagen wurde, dürften zum weitaus grössten Theile durch den Heimfall wüster

werken nimmermehr gedenken noch eifern, sondern sich jeder czeit an gleich und recht begnügen lassen, auch czwuschen hir und Georgi verkauffen und das guth mit einem tauglichen und annehmlichen unterthanen hesecezen sol.“ In diesen beiden Fällen könnte die Auskaufung des Bauern auf einem freiwillig vor Gericht abgegebenen Versprechen beruhen, dessen Erfüllung dann allerdings gegebenen Falls durch gerichtliches Erkenntniss erzwingbar wäre. In dem folgenden Falle jedoch wird durch gerichtliches Urtheil direct eventueller Zwangsverkauf verfügt; s. Cod. dipl. Sil. IV, S. 180 (II, no. 62, d. d. 26. Januar 1605): Der Kretschmer Hans Linke zu Tschechnitz, „welcher wegen seines verbrechens ist eingezogen worden“, wird aus seiner Haft unter gewissen Bedingungen entlassen, „mit angehengter pen, do dis nit geschiet [wenn er nämlich diese Bedingungen nicht erfüllt], das er hernacher vorkauffen sol und will.“ Vgl. auch ebd. (II, no. 63, d. d. 12. März 1605): Hans Linke erlegt die ihm gerichtlich zuerkannte, auf Fürbitte seiner Freunde um die Hälfte (auf 50 fl. ung.) ermässigte Strafe „mit ausdrücklicher vorwarnung, do er im geringsten wieder die Herrschaft und menniglichen straffellig wurde erfunden, das ihme das alte mit dem neuen solle gedacht werden [ein interessanter Fall bedingter Verurtheilung], oder aber das er verkauffen soll.“ Zugleich geht aus diesen Beispielen hervor, dass der unter gerichtlicher Mitwirkung verhängte Zwangsverkauf, das obrigkeitliche Expropriationsrecht, nicht erst durch die Gesetzgebung neu geschaffen, sondern, auf gewohnheitsrechtlichem Wege entstanden, schon früher in den verschiedensten Gegenden Schlesiens existirt hat.

Hufen während der Kriege des 15. Jahrhunderts und in Folge des dreissigjährigen Krieges zu erklären sein, d. h. aus dem privaten Heimfallsrechte der Grundherrn. In der preussischen Zeit wurde dann bekanntlich der Schutz des Bauernlandes systematisch organisirt.

Die Bestimmungen der zweiten Kategorie hinwiederum zerfallen in zwei Unterarten, einmal nämlich insofern durch sie die allgemeine Frohnpflicht der angesessenen Unterthanen festgelegt und normirt wurde, dann insofern durch sie die Zwangsgesindedienste der unangesessenen Unterthanen und der Unterthanenkinder begründet wurden. Für die erste dieser beiden Beziehungen sind zunächst die Oppeln'schen Robottordnungen von 1559 und 1562 anzuführen. Durch sie wurde festgestellt, dass jeder angesessene Unterthan seinem Grundherrschaft zu Diensten für den gutsherrlichen Betrieb verbunden sei, und zwar wurden diese Dienste für die einzelne Hufe in nicht übermässiger Höhe normirt, doch augenscheinlich in dem Sinne, dass dadurch die Minimalleistung bezeichnet werden sollte, auf die der Grundherr immer Anspruch habe, falls er nicht im bestimmten Falle zu noch höheren Forderungen berechtigt war.¹⁾ Damit war für Oberschlesien die allgemeine

¹⁾ Für jede Hufe musste der Bauer im Jahre je einen Morgen des gutsherrlichen Feldes sowohl im Sommer- wie auch im Winterfelde besäen, ackern und ernten, ausserdem noch je einen halben Tag im Sommer und im Winter ackern, ferner einen (1559) oder zwei (1562) Tage Mist fahren, vier Fuder Brennholz holen und ein (1559) oder drei (1562) weitere Fuhren leisten. Ferner musste er dem Grundherrn für seine Bauten mit Fuhren und Material behülflich sein, wobei er jedoch in der Saat- und Erntezeit möglichst geschont werden sollte, ebenso gegen Lieferung von Verpflegung bei Reparaturen sich dem Grundherrn zur Verfügung stellen, sowie Mühlsteine fahren, Gräben fegen und ausräumen, Stege bessern, weiterhin einen Tag Gras hauen, rechen und einfahren, einen halben Tag Getreide hauen, einen Tag gegen Verpflegung und Tagelohn im Betrage von zwölf Hellern Zäune arbeiten und Teichfrohnnden leisten, wofür er auf den Tag ein Gericht Fische bekam. Die Bauern mussten ferner, aber nicht mehr als zwei oder drei zugleich, bei Gefangenen und Verbrechern Wache halten und ausser in der Saat- und Erntezeit gegen Entgelt für die von ihnen erlegten Thiere unbegrenzte Jagdfrohnnden leisten. Der Bäuerin wurde 1559 auferlegt, gegen Verpflegung zwei Tage im Jahre Garten- oder Feldarbeit zu leisten oder bei der Zubereitung des Flachses zu helfen, — eine Pflicht, die 1562

Frohnpflicht der Bauern gesetzlich festgestellt; für ganz Schlesien ward dieselbe spätestens durch den Fürstentagsbeschluss vom 1. October 1652 gleichfalls vorgesehen („und ob sie noch ihren Herrschaften von den Gütern zu robotten und zu dienen verbunden“), nachdem sie thatsächlich freilich zweifelsohne schon vorher bestand, so dass die Dienstfreiheit, wo sie noch bestand, nur als eine Ausnahme noch anzusehen ist. Die Arbeitskraft der Unterthanen in den Dienst des Grundherrn zu stellen, das war auch der Zweck der Gesindezwangsdienste. Zunächst wurde ein Vormiethungsrecht der Grundherrschaft statuirt, indem die Oppeln'schen Robott- und Landesordnungen von 1562 den Unterthanenkindern, die nicht in der Wirthschaft ihrer Eltern gebraucht würden und sich vermieten wollten, die Verpflichtung auferlegten, ihre Dienste zuerst dem Grundherrn um das „gewöhnliche und gebührende Lohn“ anzubieten. Durch den Fürstentagsbeschluss vom Jahre 1565 erlangte dieses Gebot gesetzliche Giltigkeit für ganz Schlesien: „Es soll aber eine jede Erb- und Grundesherrschaft die seinen umbs Lohn für Fremdben in ihren Diensten zu bestellen befuget sein.“ Dabei wurden noch weitere Verschärfungen getroffen, durch die der Gesindezwangsdienst der Unterthanen Kinder ausdrücklich festgesetzt wurde, indem allen angesessenen Bauern und Gärtnern, sowie den unangesessenen Hausleuten anbefohlen wurde, sie sollten ihre Kinder und Waisen, „so sie zu ihrer nahrung nicht bedürfen, ihrem erbherrn auftragen und daheim nicht müssig gehen lassen“. Wer ohne Erlaubniss in fremde Dienste trat, der durfte der neuen Herrschaft abgefordert werden und musste der alten zur Strafe ein Jahr umsonst dienen. Solche Unterthanen, die dieser „Abforderung“ nicht gehorchten, sollten ihrer „erbschaft oder zustandes, es

auf vier Tage erstreckt wurde, — ferner die gutsherrlichen Schafe zu waschen und zu scheeren und vom herrschaftlichen Flachse ein Stück Flachs oder Hanf zu spinnen. Für die halbe Hufe war die Hälfte dieser Dienste zu leisten, für die Viertelhufe der vierte Theil. Gärtner und „Hausgenossen“ (d. h. Unterthanen ohne Besitz von Grundstücken und eigenen Wohnhauses) sollten sich mit dem Grundherrn wegen ihrer Dienste vergleichen; oder es sollte bei ihnen damit so gehalten werden, wie es seit altersher üblich gewesen war. Wie späterhin diese immerhin noch ziemlich mässige Frohnpflicht erweitert wurde, des Näheren darzulegen, ist hier nicht möglich.

sey, woran es wolle, unter derselben herrschaft, von derer sie erfordert“, verlustig gehen oder; falls sie „unter der herrschaft nichts zu fordern und zu gewarten“ hätten, mit Gefängniß bestraft werden. Zugleich wurde der Herrschaft aufgetragen, dass sie ihr Gesinde ordentlich verpflege und mindestens auf ein halbes (seit 1652 auf ein) Jahr miethe. Ein weiterer Fortschritt in dieser Richtung war die Polizeiordnung von 1577¹⁾; sie verbot gleichfalls den ledigen Knechten und Mägden, „dienstlos“ zu bleiben und regelte die Höhe der Gesindelöhne²⁾. Durch die Gesindeordnungen der Jahre 1623 und 1652 wurden alle diese Vorschriften wiederholt und ausdrücklich eingeschärft. In den Partikularrechten der einzelnen schlesischen Fürstenthümer finden sich in Anlehnung an die allgemein-schlesischen Fürstentagsbeschlüsse entsprechende Bestimmungen über den Gesindedienst der Kinder angesessener Unterthanen und der unangesessenen Unterthanen; doch wurde auch in ihnen das Interesse der Dienstboten wahrgenommen, indem z. B. die Liegnitzer Dreidingsordnung vom 1. September 1660³⁾ den Herrschaften verbot, geringere Löhne zu zahlen, wie durch den Fürstentagsbeschluss von 1652 festgesetzt war, und für solche Fälle dem Gesinde das Recht der Klage gegen die Herrschaft garantirte.

Was nun endlich die Bestimmungen der dritten Kategorie anbelangt, so gipfeln sie in einer näheren Präcision des schon im Landfrieden von 1528 vorgesehenen obrigkeitlichen Abzugsconsenses des Grundherrn. Die Regelung desselben bezog sich einmal auf das Verhältniss der angesessenen, sodann der nicht angesessenen Unterthanen, ferner der ledigen Unter-

¹⁾ Brachvogel, Edictensammlung, I, S. 102 f. — ²⁾ Die Polizeiordnung von 1577 bestimmte folgende Lohnsätze: Grossknecht 7 Thlr. 12 gr.; Mittelknecht 4½ Thlr., dazu 1 Paar Stiefeln und Schuhe; Pflugtreiber 2 Thlr., 2 Paar Schuhe; Pferdehirt 1 Thlr. 12 gr. und 2 Paar Schuhe; Schliesserin, Köchin oder Kindsmagd 2 Thlr., 5 Ellen Leinwand, 2 Paar Schuhe, 1 Schleier; Viehmagd 1 Thlr. 27 w. gr., 15 Ellen Leinwand, 2 Paar Schuhe, 1 Schleier. Die Gesindeordnung von 1652 setzte auch die Löhne der Tagearbeiter fest und bestimmte ausserdem folgende Lohnsätze: Vogt oder Schäfer 12—18 Thlr., Grossknecht 10—12 Thlr., Kutscher 14 Thlr., Vorreiter 10 Thlr., Mittelknecht 10 Thlr., Kleinknecht 7 Thlr., junge Knechte 3 Thlr. 18 gr. — 5 Thlr., Hirten 4—10 Thlr.; die Weiberlöhne variirten zwischen 4—10 Thlr. — ³⁾ Brachvogel, a. O. IV, S. 1140.

thanensöhne sowie der weiblichen Unterthanen, die ausserhalb des Bereiches ihrer bisherigen Grundherrschaft sich verheirathen wollten. Hinsichtlich der angesessenen Unterthanen (Bauern, Gärtner und Auenhäusler) bestimmten die Robott- und die Landesordnungen von 1562 für die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor, dass sie berechtigt sein sollten, ihre Liegenschaften, „wenn es ihre nothdurft oder gelegenheit erfordert, aufs theuerste, als sie können, zu verkaufen, daran den bauern sein herr nicht verhindern soll, doch dass er sein erb und gut mit einer tauglichen person besetze, und wenn der unterthan das gut dem herrn besetzt hat und von seinem herrn ziehen wollte, soll ihn der herr nicht aufhalten, sondern ihm einen Losbrief geben, damit er von einem andern herrn aufgenommen werde, auch kein geld oder abzug nehmen, denn nur allein von den frey-scholzen und kretschmern, wie im lande bräuchlichen.“ Der Abzug der angesessenen Unterthanen ward demnach, wie wir schon bei der Besprechung des Landfriedens von 1528 nachwiesen, von zwei Bedingungen abhängig gemacht, von dem privatrechtlichen Besitzwechselconsens und dem obrigkeitlichen Abzugsconsens, die aber beide vom Grundherrn ohne hinreichende Gründe nicht verweigert werden durften, sondern im Falle ungerechter Verweigerung durch gerichtliche Klage erzwingbar waren. Die Ertheilung des Abzugsconsenses geschah in der Form der Ausstellung einer sogen. „Kundschaft“ oder „Losbriefes“, d. h. einer Urkunde, die der Grundherr unter seinem Siegel ausfertigte¹⁾; um zu verhüten, dass ein Unterthan ohne diesen Consens entweiche, wurde verboten, dass irgend ein Grundherr einen Unterthanen eines fremden Grundherrn ohne solche Kundschaft aufnähme. Eine Gebühr für Auf- und Abzug brauchten die Bauern dem Grundherrn damals noch nicht zu entrichten; nur die Schulzen, Müller und Kretschmer (d. h. die

¹⁾ Ein Beispiel eines solchen „Losbriefes“ giebt Schickfuss, III, 580: „Ich N. N. bekenne, dass N. mit meinem vorwissen und willen von mir und unter mir entbrochen. Dessen zu urkund“ etc. Diese Form wurde durch Fürstentagsbeschluss von 1565 für solche Unterthanen angeordnet, die sich nicht zur Zufriedenheit ihrer Herrschaft geführt hatten; für andere Unterthanen sollte die Kundschaft „in meliori forma“ erfolgen.

Inhaber der Dorfschänken) mussten dem alten Gebrauche zufolge eine Besitzwechselgebühr in der Höhe von 10 Procent des Kaufschillings erlegen.¹⁾ Bei den „Hausgenossen“ (Einliegern ohne Grundbesitz) unterschied man zwischen solchen, die geborene Erbunterthanen ihres Grundherrn waren, und solchen, die von aussen zugezogen waren. Leute der zweiten Art bedurften für Zuzug und Abzug der grundherrlichen Genehmigung; doch durfte ihnen, wenn sie mindestens ein Jahr lang unter der betreffenden Grundherrschaft sich aufgehalten hatten, der Abzugsconsens nicht versagt werden. Am drückendsten war die Lage der in Erbunterthänigkeit geborenen Hausgenossen, da diesen der Grundherr den Abzugsconsens nur dann zu ertheilen brauchte, wenn sie anderwärts Grundbesitz erwarben: „welcher aber eines herrn erbling ist, der kan sich von seinem herrn nicht ohne dessen willen entbrechen; alleine wenn derselbe hausgenosz unter ihm oder einem andern ein erb oder gut kauft und also ihm und seinen kindern seine nahrung zum aufnehmen bessert, das soll ihm keineswegs verwidert sondern zugelassen werden. Er soll auch von dem erbherrn auf des andern herrn gebührliches schriftliches begehren losgelassen werden.“ Die Entlassung von Hausgenossen hatte kostenlos zu geschehen. Ledigen Unterthanensöhnen, die in der Stadt dem Handwerkerberufe sich widmen wollten, musste der Grundherr die Erlaubniss ertheilen, durfte aber dafür „dem alten gebrauch nach“ eine Abgabe von höchstens zehn Mark fordern; weiblichen Unterthanen dagegen, die sich in den Bezirk einer anderen Grundherrschaft verheirathen wollten, musste der bisherige Grundherr auf Ersuchen des neuen den Abzug ohne jedwedes Entgelt bewilligen. Eine eigentliche Aufhebung der bäuerlichen Freizügigkeit, eine wirkliche Fesselung an die Scholle ist in diesen Bestimmungen nicht enthalten, ausgenommen etwa nur für die im Zustande der Erbunterthänigkeit geborenen besitzlosen Unterthanen; der Abzug wurde eben abhängig gemacht von der Einholung eines obrigkeitlichen Consenses, der jedoch nicht grundlos versagt werden durfte und in den weitaus meisten

¹⁾ Siehe über den „Auf- und Abzug“, „Markgroschen“ oder Laudemien oben S. 134, Anm. 1.

Fällen — abgesehen nämlich von Schulzen, Müllern, Kretschmern und solchen Unterthanen, die sich dem gewerblichen Berufe widmen wollten — unentgeltlich gewährt werden musste. Allerdings bedeutete dieser Consens gegenüber den Verhältnissen des Mittelalters eine durch das öffentliche Recht fixirte Beschränkung der bauerlichen Freizügigkeit, wenn auch freilich die praktische Consequenz davon kaum eine andere war, wie die, welche sich für den Bauern bereits aus seinen privatrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Grundherrschaft ergab. Leugnen lässt es sich jedoch nicht, dass dieser ihm gebührende obrigkeitliche Abzugsconsens leicht dem Grundherrschaft eine Handhabe bieten konnte, factisch durch Verzögerung, ungerechten Druck u. s. w. in stärkerem Grade, als das früher der Fall war, den Unterthanen an die Scholle zu fesseln. Fragen wir endlich nach dem Zwecke der Einführung dieses Consenses, so liegt auf der Hand, dass dieser nur darin bestehen konnte, dem Grundherrschaft eine Garantie dafür zu geben, dass die Insassen seiner Grundherrschaft sich nicht willkürlich den Leistungen für seinen eigenen gutsherrlichen Betrieb entzögen, und dass er darüber eine Controle auszuüben im Stande sei; das beweist auch deutlich die Ausdehnung des Consenses auf die zu Zwangsgesindediensten verbundenen unangesessenen und die Kinder der angesessenen Unterthanen.

Die Beschränkungen der bauerlichen Freizügigkeit, wie sie durch die Gesetze von 1562 für Oberschlesien festgelegt wurden, galten in ganz Schlesien. Die Quellen der Folgezeit bestätigen dies; nur wenig ist hinterher daran geändert worden. So besagte der Fürstentagsbeschluss vom 23. November 1565, dass keine Herrschaft irgend welches Gesinde bei sich aufnehmen dürfe, das nicht mit einem wahrheitsgetreuen Zeugnisse darüber ausgestattet sei, dass es „seinem vorigen Herrn treulich und richtig ausgedient habe“; ebenso sollte es mit allen angesessenen und unangesessenen Unterthanen gehalten werden. Die Landesordnung für das Herzogthum Oels vom Jahre 1583 statuirte die nämlichen Grundsätze, wie sie 1562 für Oberschlesien ausgesprochen worden waren: Unterthanen und Gesinde, die ohne Erlaubniss entlaufen waren, durften wieder abgefordert werden; die Gebühr für den Auf- und Abzug sollte nur von den Schulzen,

Kretschmern und Müllern und von Besitzern zinsfreier Hufen erhoben werden. Ihren Abschluss fand diese ganze Entwicklung durch die grossen Unterthanen- und Gesindeordnungen der Jahre 1623 und 1652. Durch sie wurde in Uebereinstimmung mit den bisherigen Zuständen verordnet, dass dem Grundherrschaften allerdings der Abzugsconsens gebühre, dass er ihn jedoch den angesessenen Unterthanen (Bauern, Gärtnern und Auenhäuslern) auf ihr Verlangen immer ertheilen müsse, falls diese mit seiner Bewilligung ihr Besitzthum verkauft und an den Käufer aufgelassen hätten, selbst dann, wenn etwa der Käufer inzwischen wieder heimlich das eben erworbene Gut verlassen habe. Wenn der Unterthan vom Grundherrschaften ausgekauft wurde, so durfte er nicht zur Uebernahme eines anderen Gutes gezwungen werden, sondern musste freigegeben werden. Personen, die Grundstücke (Bauern- oder Gärtnerstellen, sowie Auenhäuser) unter einer Grundherrschaft nicht käuflich erworben, sondern nur gemiethet hatten und daher Unterthanen dieser Herrschaft geworden waren, sollten, wie in diesen Ordnungen weiterhin vorgeschrieben war, nach Ablauf ihrer Miethszeit, die mindestens drei Jahre dauern musste, mit richtiger „Kundschaft“ entlassen werden. Bei Strafe durfte Niemand Gesinde ohne richtige „Kundschaft“ seitens der bisherigen Herrschaft aufnehmen; der Flüchtling selbst sollte in's Halseisen gesteckt werden und war verpflichtet, ein Jahr lang der Herrschaft, der er entlaufen war, umsonst zu dienen; falls er sich dessen weigerte, wurde er mit Gefängniss bestraft. Kindern angesessener Unterthanen wurde auch noch angedroht, dass sie im Falle unerlaubten Abzuges „ihres Zustandes, den sie auf dem Grunde zu fordern oder zu gewarten haben, der herrschaft neben willkürlicher strafe verlustig seyn“ und doch noch unterthänig bleiben sollten. Andererseits aber durfte dem Gesinde, wenn es ausgedient hatte, der Loszettel gegen Erlegung einer geringen Gebühr nicht verweigert werden. War übrigens noch im 16. Jahrhundert der Abzug aus dem grundherrlichen Bezirke, — abgesehen von gewissen Fällen, die wir oben aufzählten, — kostenfrei, so wurde das im folgenden Jahrhunderte anders. Noch die Gesindeordnung von 1623 schrieb nur für die Losbriefe und Kundschaften des Gesindes die Erlegung von Gebühren vor. Betreffs der Unterthanen,

also in erster Reihe der angesessenen, die nicht als Gesinde auf dem Gutshofe dienten, wurde festgesetzt, dass sie Abzugsgelder zahlen sollten, „wie jedes orts gebräuchlich gewesen“; d. h. wo Laudemien oder Markgroschen bereits bestanden, da sollten sie auch weiter gezahlt werden; betroffen wurden davon durchgängig nur, wie es schon früher war, die Schulzen, Kretschmer, Müller und andere Inhaber zinsfreier Grundstücke. Erst durch die Ordnung von 1652 wurde bestimmt, dass alle Unterthanen — ob angesessen oder unangesessen — zur Erlegung von Gebühren für die Erlangung des Loslassungsbriefes verbunden seien, und durch ein Oberamtspatent vom Jahre 1652 wurde die Bemessung der Höhe in das Belieben des Grundherrn gestellt, so dass dabei eine jede Obrigkeit „*qualitatem et conditionem personae zu consideriren habe*“.¹⁾ Nur Mädchen, die sich ausserhalb ihrer bisherigen Grundherrschaft verheirathen wollten, mussten auch weiterhin ohne Entgelt entlassen werden, ebenso Wittwen im gleichen Falle, doch diese mit dem Vorbehalt, dass ihre Kinder aus erster Ehe unter dem alten Erbherrn blieben. Freizugeben waren ferner Waisen, deren sich die Erbherrschaft nicht hülffreich genug annahm, und die anderwärts ein Unterkommen finden konnten. Für die Verhältnisse der Hausgenossen blieben die alten Grundsätze bestehen; bemerkenswerth ist übrigens eine über sie in der Liegnitzer Dreidingsordnung von 1660 erlassene Bestimmung, dass kein Unterthan Hausleute ohne grundherrliche Bewilligung annehmen dürfe, da sie ebenso wie die angesessenen Unterthanen „des Schutzes“ bedürftig seien; für diesen Schutz sollte jeder Hausgenosse jährlich 6 w. gr., jede Hausgenossin 3 w. gr. zahlen, und zwar sollte jeder Hauswirth für diesen Zins haften, ihn einnehmen und zum Michaelistermine zugleich mit seinem eigenen Zinse abliefern. Recht ersichtlich dem Interesse des gutsherrlichen Betriebes diente die 1623 erlassene Vorschrift, dass Hausleute und Tagelöhner, die sich im Winter unter einer bestimmten Herrschaft aufgehalten hätten, diese im Sommer nicht verlassen dürften. Auch bezüglich der Unterthanenkinder, die einem gewerblichen Berufe sich widmen wollten, blieb alles beim

¹⁾ Friedenberg, *Tractatus iurido-practicus* 1738, II, 29, S. 61.

Alten; in Ausführung der Beschlüsse des Fürstentages setzte z. B. die eben erwähnte Liegnitzer Dreidingsordnung fest, dass Unterthanensöhne, die Handwerker werden wollten, daran nicht zu hindern, sondern nach Erlegung der Gebühr loszulassen seien, so jedoch, dass das Gut oder der Garten, aus dem sie stammten, besetzt, wie von altersher, bleibe. Die Festsetzungen der Unterthanenordnung von 1623 und der mit dieser sich vielfach deckenden Ordnung von 1652 sind alsdann in Schlesien die gesammte österreichische Zeit hindurch bis zur preussischen Occupation geltendes Recht geblieben.¹⁾

¹⁾ Dies geht u. a. aus der von Friedenberg (a. O. II, cap. 29) gegebenen Schilderung der gutherrlich - bäuerlichen Verhältnisse zum Anfange des 18. Jahrhunderts hervor; darüber, dass jedoch oft seitens der Grundherren zu Ungunsten des Bauern den gesetzlichen Bestimmungen zuwidergehandelt wurde, vgl. Grünberg, a. O. I, 27. Auf die anderweitigen Einzelheiten bezüglich der Fortbildung der Verfassung des platten Landes im Anfange der Neuzeit einzugehen, — so auf die Ausdehnung der Laudemien (s. o. S. 134, Anm. 1); auf die verschiedenen Bestimmungen über die Art und Weise der Begründung der Erbhunterthänigkeit und über die Zugehörigkeit der Kinder, auf die Entstehung des obrigkeitlichen Eheconsensus im 17. Jahrhundert (Grünberg, a. O. I, S. 19); auf die Entstehung des Schutzgeldes für auswärts dienendes Gesinde, der ausschliesslichen Gewerbeberechtigung, des Vorkaufsrechtes des Grundherrn an gewissen Producten der Unterthanen (Knapp-Kern, a. O. S. 87 f.) — ist hier nicht der Ort, da hier nur der Zusammenhang der Zustände des Mittelalters mit den im Anfange der Neuzeit eingetretenen Veränderungen untersucht werden soll. Grünberg (a. O. I, S. 26) führt aus, dass die Unterthanenordnung von 1652, insoweit sie von der Auflösung des Unterthanenverbandes spreche, fast nur „eingekaufte“ (d. h. zu Erbzinsrecht, nicht eigentlich „erbeigenthümlich“ angesessene) Unterthanen im Auge hatte, dass diese aber nur die Minderzahl aller unterthänigen Wirthe gebildet hätten. Diese Behauptung ist falsch; im Gegentheil war der Besitz zu Erbzinsrecht, nicht der lassitische Besitz — mit Ausnahme nur einzelner oberschlesischer und sonst unvollkommen germanisirter Districte — die Regel (siehe auch den Excurs). In den Gesetzen werden die Lassbesitzer überhaupt nicht erwähnt, da sie gesetzlich eigentlich abgeschafft sein sollten; im Uebrigen liegt die Vermuthung nahe, dass sie zunächst nicht schlechter behandelt wurden, wie die zur „Miethe“ (d. h. auf Grund von Bestandverträgen, Pachtcontracten) angesessenen Unterthanen, die ja nach der Ordnung von 1652, falls der Grundherr den Pachtcontract nicht verlängern wollte, ohne Weiteres abziehen durften, dass sie also, wenn sie vom Grundherrn „abgestiftet“ wurden, gleichfalls sich zu entfernen berechtigt waren. Ein Uebelstand war es, dass die Bemessung der Höhe des Los-

Die vorstehenden Untersuchungen haben ergeben, dass das Verhältniss zwischen Grundherrschaft und Bauern, wie es sich in Schlesien im 18. Jahrhundert darstellt, und wie es der Ausgangspunkt von Reformen geworden ist, die für das gesamte Gebiet der preussischen Monarchie Geltung erlangten, das Resultat eines im Wesentlichen dreifach gegliederten Entwicklungsganges war. Auf eine dreifache Wurzel lassen sich die rechtlichen Beziehungen zurückführen, die bis in unser Jahrhundert hinein das Verhältniss zwischen Herrschaft und Bauern bestimmt haben: zunächst die Grundherrlichkeit im engeren Sinne, ein rein privatrechtliches Institut, demzufolge der Herrschaft gegenüber dem bäuerlichen Grundstücke das durch das Erbzinsrecht des Bauern beschränkte, vornehmlich im Rechte des Zinsbezuges zum Ausdruck kommende Eigentum zustand; darauf folgte, noch im Jahrhundert der Kolonisation selbst entstanden, die erbliche Privatunterthänigkeit, begründet durch die Veräusserung öffentlicher Rechte, in erster Reihe des Niedergerichtes, seitens des Landesherrn an den Grundherrschaft, wodurch dieser zum Gerichts- und Polizeiherrn, d. h. zur Obrigkeit seiner Hintersassen und in secundärer Folge auch zum Herrn der hintersässigen Gemeinde wurde; endlich eine seit dem Ausgange des Mittelalters sich vollziehende gewohnheitsrechtliche Entwicklung, seit dem 16. Jahrhundert durch die Gesetzgebung theilweise festgelegt,

geldes dem Grundherrschaft überlassen war; die daraus sich ergebenden Consequenzen für die bäuerliche Freizügigkeit sieht Grünberg indess wohl zu ungünstig an. Jedenfalls war der Verkehr mit bäuerlichen Gütern auch im 17. und 18. Jahrhundert ein sehr reger, und es konnte doch ferner dem Grundherrschaft im Allgemeinen ziemlich gleichgültig sein, wer ihm die schuldigen Abgaben und Dienste leistete, ob der bisherige Inhaber einer Bauernstelle oder ein neuer Erwerber, wenn ein geeigneter sich überhaupt fand, d. h. wenn der alte Besitzer seiner privatrechtlichen Verpflichtung zur Stellung eines Gewährsmannes genügte. Soviel steht jedenfalls fest, dass die schlesische Gesetzgebung des 16. und 17. Jahrhunderts über das gutsherrlich-bäuerliche Verhältniss ungleich milder war als in den benachbarten Ländern, und wiewohl man nicht leugnen kann, dass es in der Praxis besonders seit dem 18. Jahrhundert ungleich schärfer herging, als man nach dem formellen Fortbestande dieser Gesetzgebung vermuthen sollte, so sieht doch Grünberg die Lage der bäuerlichen Bevölkerung Schlesiens wenigstens im 17. Jahrhundert allzu ungünstig an.

theilweise ergänzt, deren Tendenz darauf hinauslief, Besitz und Arbeitskraft des Bauern dem Grundherrschaft im Interesse seines gutsherrlichen Eigenbetriebes zur Verfügung zu stellen, eine in gewissem Sinne unfreie Arbeitsverfassung des platten Landes zu Gunsten der gutsherrlichen Eigenwirthschaft zu schaffen. Eben dieser Tendenz halber dürfen wir diese dritte Phase in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Herrschaft und Bauern als Gutsherrschaft, oder, vom Standpunkte des Bauern aus betrachtet, als Gutsunterthänigkeit bezeichnen. Man hat demnach, wenn man von der Verfassung des platten Landes, von den grund- oder gutsherrlich - bäuerlichen Beziehungen, wie sie seit dem Beginn der Neuzeit bestanden, spricht, stets daran festzuhalten, dass wir dabei drei ihrem zeitlichen Ursprunge und ihrer rechtlichen Natur nach verschiedene Bestandtheile zu unterscheiden haben: Grundherrlichkeit, Erbunterthänigkeit, Gutsunterthänigkeit; für jedes Glied in der Kette des Verhältnisses zwischen Herrschaft und Bauern muss immer erst die Frage aufgeworfen werden, zu welcher dieser drei Kategorieen es nach Ursprung und Wesen gehört.

Nur noch zwei Probleme müssen wir zum Schlusse erörtern: War man sich dieser Sachlage damals wohl bewusst, oder wie beurtheilte man damals diese Verhältnisse? Worin bestand ferner der charakteristische Unterschied der Verfassung des platten Landes gerade in Schlesien von der in den benachbarten Ländern? Die Antwort auf die erste Frage gewährt der Fürstentagsbeschluss von 1652: „Alhier zu lande . . . ist die sclaveria oder leibeigenschaft nicht bräuchlich oder herkommen, sondern die bauern, gärtner und dergleichen werden für freye leute gehalten, daher sie ihre güter eigenthümlich und erblich besitzen, dieselbe zu ihrem nutzen verkaufen, vertauschen und davon wie auch von allen andern ihrem vermögen tam inter vivos quam mortis causa disponiren, nicht allein mit andern leuten sondern auch mit ihren eigenen herren contrahiren, für gericht handeln, oder, was mehr ist, selbst gerichte besitzen können, wie denn notorium, dasz auf den dörfern ihnen nicht allein die bürgerlichen gerichte vertrauet, sondern auch die halsgerichte auf begebende fälle mit ihnen bestellet werden, welches alles solche actus seyn, so keines weges von leuten servilis conditionis verrichtet werden

mögen, und ob sie wohl ihren herrschaften von den gütern zu robotten und dienen verbunden, nimmt doch solches ihrer libertät nichts.“¹⁾ Dass von den bauerlichen Gütern derartige Dienste u. s. w. geleistet werden müssen, erklärt der Fürstentagsbeschluss „ex conventionibus et pactis cum subditis initis“: es seien diese Güter nämlich ihren ersten Inhabern vom Grundherrschaftsherrn ausgesetzt und mit oder ohne Entgelt überlassen worden, „dargegen sie unter einander gewisse urbaria aufgerichtet, sich ad operas et alias praestationes obligat gemacht und cum isto iure et onere die güter folgendes auf ihre posteros transmittiret, hierdurch aber ihren statum zu mutiren oder servituti sich zu mancipiren nicht gedacht oder willens gewesen.“ Ebenso heisst es zum Schlusse der Unterthanenordnung des gleichen Jahres: „Es ist auch gewisz, dasz die bauern, gärtner und dergleichen leute vermöge des kundbaren landesgebrauchs und wegen ihrer güter und gründe mit der unterthänigkeit ihren herrschaften stärker und genauer als andere unterthanen verbunden seyn.“²⁾

Wir sehen, wie sich in der Anschauung der damaligen Zeit die Dinge zum Theile verschoben haben. Als das Wesentliche an dem Verhältnisse des Bauern zur Herrschaft wird aufgefasst die Unterthänigkeit, und sie hinwiederum wird als eine Consequenz davon betrachtet, dass der Bauer auf einem Grundstücke sitzt, das ihm oder vielmehr seinen Vorgängern von der Herrschaft überlassen worden ist. Diese Unterthänigkeit wird behandelt nach der Analogie der Unterthänigkeit der Bürger unter ihren Magistraten, des Adels unter dem Landesherrn³⁾; nur ist sie schärfer als die der Bürger oder

¹⁾ Dass durch die Frohnpflicht die Freiheit des Bauern nicht beeinträchtigt werde, wird weiterhin damit begründet, dass oft auch Personen höheren Standes bauerliche Güter besitzen und davon die schuldigen Leistungen entrichten, ohne dass das ihrem Stande und ihren Ehren zu Schaden gereiche. — ²⁾ D. h.: Wegen ihres hinterlassigen Grundbesitzes ist das Unterthanenverhältniss der Bauern schärfer (nämlich durch die Dienste u. s. w. verschärft), als das der Bürger gegenüber dem Magistrate, des Adels gegenüber dem Landesherrn. — ³⁾ Daher muss jetzt auch der Herrschaft gehuldt und Treue geschworen werden; vgl. die Liegnitzer Dreidingsordnung vom 17. Jahrhundert (Böhme, a. O. VI, 73): „Keiner [d. h. kein Unterthan] sol was erbliches besitzen oder geniszen, der nicht die eidespflicht der treue und unter-

des Adels, da sie u. a. in sich die Pflicht zum Frohndienste und noch weiteren Leistungen begreift. Frohnden, Zinse u. a. Leistungen werden demgemäss erklärt als eine Folge der obrigkeitlichen Stellung der Herrschaft und nicht mehr, wie es doch eigentlich der Fall sein müsste, aus dem privatrechtlichen Verhältnisse der Grundherrlichkeit. Dem entspricht es nun, wenn wir sehen, dass das private Herrschaftsrecht des Gutsherrn gegenüber dem bäuerlichen Grundstücke sich verflüchtigt hat: das bäuerliche Besitzrecht wird als „eigenthümlich und erblich“, Zins¹⁾, Dienste u. s. w. werden als auf dem Bauerngute ruhende Reallasten definirt, entsprungen aus dem Unterthanenverhältnisse, ganz ebenso wie etwa die staatliche Steuer, die in jener Zeit den Charakter eines auf ein bestimmtes Gut gelegten und eingeschriebenen Steuercapitals, einer ständigen Reallast mit bestimmendem Einflusse auf den Preis des Gutes im privaten Verkehrsleben angenommen hatte²⁾. Auch die übrigen, aus dem privatrechtlichen Institute der Grundherrlichkeit hervorgegangenen Befugnisse der Herrschaft wurden nur als Consequenzen deren obrigkeitlicher Stellung einerseits und der bäuerlichen Unterthänigkeit andererseits angesehen, so der Besitzwechselconsens, das Heimfallsrecht, die Laudemien u. s. w.³⁾ So ist an die Stelle des durch das bäuerliche

thänigkeit geleistet und seiner obrigkeit consensus darüber erlangt habe
 hey verlust dessen, was er besitzt, wann er jahr und tag darüber hin-
 streichen lisze.“

¹⁾ Charakteristisch dafür ist ein Passus der Liegnitzer Dreidingsordnung von 1660, demzufolge (angesessene) Unterthanen nur mit obrigkeitlicher Erlaubniss (unangesessene) Hausleute annehmen dürfen, da heide Klassen in gleicher Weise seitens der Obrigkeit „Schutzes bedürfen“. Für diesen Schutz sollten die Hausleute einen bestimmten Zins zahlen, den der Wirth zu erheben und mit seinem eigenen Zinse der Obrigkeit einzuliefern hatte. Der bäuerliche Zins hat also in der Rechtsanschauung seinen Charakter als eines privatrechtlichen Recognitionzinses verloren; er wird erklärt als ein Schutzgeld, das aus dem Unterthänigkeitsverhältnisse herzuleiten sei und daher auch auf grundbesitzlose Unterthanen ausgedehnt werden könne. — ²⁾ Rachfahl, a. O. S. 300. — ³⁾ Zum Beweise dafür dient z. B. die in den Ordnungen des 17. Jahrhunderts immer wiederkehrende Vorschrift, dass Niemand „ohne obrigkeitlichen Consens“ von seinem Immobilienbesitze etwas verkaufen, verpfänden oder vermiethen dürfe, während doch, wie wir sahen, dieser Consens mit der obrigkeitlichen Stellung des Grundherrn

Erbzinsrecht beschränkten grundherrlichen Eigenthums nunmehr in der Rechtsanschauung der Neuzeit das bäuerliche Eigenthum getreten, beschränkt durch gewisse Reallasten, die aus dem Unterthänigkeitsverhältniss des Bauern erklärt wurden. Die Schriftsteller des 18. Jahrhunderts, so Friedenbergl,

ursprünglich gar nichts zu thun hat. — Dass auch das Heimfallsrecht der Herrschaft im 18. Jahrhundert als ein Ausfluss ihrer obrigkeitlichen Stellung angesehen wurde, dafür zeugt der Umstand, dass es sich damals nicht nur auf die unbewegliche sondern auch auf die bewegliche erblose Verlassenschaft erstreckte. Vgl. darüber auch Stylo, Provinzialrecht von Niederschlesien, 1830, S. 499: „Fälle, wo der Nachlass eines ohne Erben verstorbenen adelichen oder städtischen Unterthanen dem Fiscus adjudicirt wäre, sind nicht aufgefunden“ u. s. w. Seit der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert drang dann allerdings im Zusammenhange mit der Auflösung der Gutsunterthänigkeit allmählich die Anschauung durch, dass die bona vacantia der ländlichen Unterthanen dem Fiscus gehörten; bei Stylo spiegelt sich noch der Kampf zwischen der älteren und dieser jüngeren Ansicht wieder. — Dass auch die Abzugsgelder als eine obrigkeitliche Abgabe aufgefasst wurden, erhellt aus dem Edict Friedrichs des Grossen vom 10. December 1748 „wegen Loslassung der Unterthanen“; es heisst daselbst: „Damit auch die Unterthanen mit denen Loslassungsgeldern nicht nach der Grundobrigkeit Willkühr beschweret werden, die Dominien aber einen billigen und perpetuirlichen Genuss vor ihren schutz und andere ungemächlichkeiten ihrer Gerichtsbarkeit, da solche Gebühren zu dem commodo und fructibus derselben allerdings gehören, erhalten mögen, so wollen wir solche kraft unserer souveränität hiermit dergestalt determinieren, woferne nicht vorherige landesherrliche Privilegia in einem Fürstenthume ein gewisses Quantum determinieren, oder klare vorherige pacta zwischen Grundherrschaften und Unterthanen oder mit denen nachbarn vorhanden . . ., welch letztere Pacta jedoch keineswegs diese nachstehenden Quanta übersteigen können . . ., dass ein jeder Unterthan, wenn er von der Unterthänigkeit befreit sein will, . . . folgendes bezahlen müsse: Von seinem sämmtlichen Vermögen, es bestehe solches in beweglichem oder unbeweglichem, oder in was es immer wolle, wie auch von demjenigen, so ihm unter derselben jurisdiction aus erbschaften nothwendig zufallen muss, soll derselbe 10 pro Centum und über dieses vor seine person noch zwei und für sein weib einen ducaten zahlen“ etc. In dieses allgemein auf 10 % alles Vermögens normirte Abzugsgeld ist nunmehr das alte Laudemium, insofern es bei Besitzwechsel durch Kauf erhoben wurde, aufgegangen; also auch hier sehen wir, wie die ursprünglich privatrechtliche, auf dem grundherrlichen Eigenthume beruhende Abgabe (s. o. S. 134, Anm. 1) im Zusammenhange mit der Allodification des bäuerlichen Besitzes sich in eine Gebühr obrigkeitlicher Art verwandelt hat.

behandeln durchweg das bauerliche Besitzrecht als Eigenthum; der Besitz zu Erbzinsrecht ist zu einem mit dinglichen Lasten beschwerten Eigenthum geworden¹⁾. Dieselbe Auffassung liegt auch dem berühmten Gesetze vom 14. September 1811 zu Grunde, durch welches bekanntlich die Regulirung des Besitzes der Privatbauern in Preussen eröffnet wurde; dieses Gesetz erkannte ebenfalls den aus dem alten Erbzinsrechte stammenden bauerlichen Besitz in Schlesien, der namentlich in Niederschlesien die Regel war, kurzweg als Eigenthum an und daher als der Regulirung überhaupt nicht bedürftig. Ueber alle Zweifel erhaben war die persönliche Freiheit der niederen ländlichen Bevölkerung, ihre Rechtspersönlichkeit war um nichts gemindert²⁾, sie besaßen vollkommene private Rechtsfähigkeit, wie ihnen auch die Processfähigkeit sogar gegen ihre Herrschaften zukam. Nur waren sie eben dem geltenden öffentlichen Rechte zufolge Mediatunterthanen, Privatpersonen unter der Kontrolle des Staates unterthänig, — ein Verhältniss, das ganz nach der Analogie dessen der Stadtbürger zu ihren Magistraten, des Adels zum Landesherrn betrachtet wurde, das freilich insofern einen strengeren Charakter trug, als es nicht nur, wie schon oft bemerkt, zu Diensten und anderen Leistungen verpflichtete, sondern auch z. B. die Möglichkeit des Zwangsauskaufes, die Heranziehung der Arbeitskraft der Unterthanen für den Dienst im gutsherrlichen Interesse, sowie grössere Beschränkungen der Freizügigkeit begründete, das aber immer seine Erklärung in der obrigkeitlichen Stellung der Herrschaft findet. Das also ist, um es mit kurzen Worten auszudrücken, Wesen und Eigenart der Entwicklung der Grundherrschaft in Schlesien: Anfangs ein rein privatrechtliches Institut, nichts als das durch das bauerliche Erbzinsrecht beschränkte Grundeigenthum, wird sie, verstärkt durch den Erwerb öffentlicher

¹⁾ Gesetzlich war in Schlesien der bauerliche Besitz durchweg allodificirt; factisch aber bestand trotzdem noch unerblicher Lasseibezitz, im Wesentlichen auf Oberschlesien und einige niederschlesische Districte an der polnischen Grenze beschränkt; vgl. darüber den Excurs. —

²⁾ Ebendaher sollte man mit der Anwendung solcher Bezeichnungen, wie Hörigkeit, Leibeigenschaft, sehr vorsichtig sein; noch in neueren wissenschaftlichen Arbeiten werden sie fälschlich im Sinne von Erb- und Gutsunterthänigkeit gebraucht.

Rechte, noch in der Epoche der Kolonisation zu einer erblichen obrigkeitlichen Herrschaftsbefugniß über die Hintersassen, die nunmehr in ihrem Grundherrschaften auch ihren Gerichts-, Polizei- und Gemeindegewalt zu erblicken haben und also unter — zweifelsohne dadurch gegebener — Beschränkung ihrer staatsbürgerlichen Freiheit zu dessen Privatunterthanen herabgesunken, ihm durch das Band der privaten Erbunterthänigkeit verpflichtet sind. Um die Wende des Mittelalters zur Neuzeit vollzieht sich dann eine weitere Fortbildung dieses Verhältnisses. Durch Gewohnheitsrecht und Gesetzgebung wird der Privatunterthänigkeit noch ein neues Element hinzugefügt, die Gutsunterthänigkeit, d. h. eine Erweiterung der obrigkeitlichen Gewalt des Grundherrschaften über seine Hintersassen, eine auf dem öffentlichen Recht basirende Beschränkung vornehmlich der individuellen Freiheit der Hintersassen zumal in wirtschaftlicher Beziehung im Interesse des privaten Vortheils, nämlich der gutsherrlichen Eigenwirtschaft, ihrer Obrigkeit. Wird also der Grundherrschaft damals ein neuer Bestandtheil hinzugefügt, so geht sie andererseits durch die Allodificirung des bäuerlichen Besitzes ihrer ursprünglichen — privatrechtlichen — Grundlage verlustig, indem das Eigenthum des Grundherrschaften nunmehr zu bestehen aufgehört hat. Sie ist jetzt nur noch eine obrigkeitliche Machtbefugniß, deren Inhalt gegeben ist durch die Privatunterthänigkeit in ihren beiden, durch ihre zeitliche Entstehung unterschiedenen Theilen, nämlich in der Erb- und in der Gutsunterthänigkeit; sie ist durch das Mittelglied der Erbunterthänigkeit aus einem rein privatrechtlichen Institut eine rein obrigkeitliche Herrschaftsgewalt geworden, die ihrem Inhaber jedoch zusteht kraft eines privaten Rechtstitels, insofern als er der Besitzer ist eines bestimmten, mit eben diesen obrigkeitlichen Rechten ausgestatteten Gutes. Gewiss stellt die Unterwerfung unter die Grundherrschaft in dieser ihrer letzten Gestaltung eine bestimmte Form der Unfreiheit dar, nämlich die Beschränkung der staatsbürgerlichen und der individuellen Freiheit namentlich in wirtschaftlicher Beziehung durch eine im Besitze von Privatpersonen befindliche obrigkeitliche Gewalt¹⁾.

¹⁾ Grünberg (a. O. I 23 ff.) unterscheidet nach der Unterthanenordnung von 1652 zwei verschiedene Arten der Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Schlesien, nämlich Uebergang in

So bleibt uns nur noch die Erörterung übrig, worin der charakteristische Unterschied der schlesischen Grundherrschaft von der in den benachbarten Ländern bestand. Durch die Untersuchungen Knapp's ist dieses Problem in der jüngsten Zeit ungemein vertieft worden; er findet als die Hauptverschiedenheiten Schlesiens von den anderen Ländern des nordöstlichen Kolonisationsgebietes den geringen Umfang des Gutsbetriebes und die herrschende Form der Arbeitsverfassung, welche auf dem Institute der Dreschgärtner basirte, d. h. von Gutsarbeitern im Besitze erblicher Stellen mit Ertragsbetheiligung, indem durch diese Einrichtung die allzu straffe Heranziehung der bäuerlichen Hintersassen für den gutherrlichen Eigenbetrieb unnöthig wurde. Unzweifelhaft ist das richtig; nur scheint es, als ob man dem Probleme eine noch etwas weitere Fassung geben könnte. Der charakteristische Unterschied der ländlichen Verfassung Schlesiens von der in den benachbarten Ländern besteht darin, dass in Schlesien die oben geschilderten drei Stadien ihrer Entwicklung sich in einer für die wirthschaftliche und rechtliche Lage des Bauernstandes

die Freiheit und blossen Wechsel der Erbherrschaft. Jener erfolgte nach Grünberg bei zwangsweise verhängtem oder freiwilligem Verkaufe des Bauerngutes, ferner wenn Waisen bei ihrer Obrigkeit nicht genug Schutz und anderorts eine bessere Aufnahme fanden, sowie endlich bei Absolvirung eines Jesuitencollegs usque ad Rhetoricam; dieser fand statt bei Misshandlung der Unterthanen, da dann (wie Grünberg richtig gegen Brünneck bemerkt) die zuständige Behörde den harten Gutsherrn zum Verkaufe an einen Nachfolger zwingen konnte, desgleichen bei Verheirathung weiblicher Personen unter eine andere Erbherrschaft. In dieser Form ist die Unterscheidung Grünbergs kaum gerechtfertigt. Wenn auch der Bauer verkauft hatte, so gerieth er doch, sowie er sich anderwärts auf dem platten Lande niederliess, in die Unterthänigkeit unter einem anderen Grundherrn; also auch dabei kann nur von blossem „Wechsel der Erbherrschaft“ die Rede sein. Uebergang in die „Freiheit“ — wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will, — dürfte im Allgemeinen nur erfolgt sein, wenn der Unterthan überhaupt das platte Land verliess, und das war der Fall vornehmlich nur dann, wenn er sich — mit Erlaubniss des Grundherrn — einem städtischen Gewerbe oder dem Studium widmete, oder wenn er sonst irgendwie Aufnahme in staatliche u. ä. Dienste erlangte. Dadurch trat er über aus der Erb- und Gutsunterthänigkeit in ein anderes Unterthanenverhältniss, entweder in das — ebenfals mittelbare — städtische oder in das unmittelbare staatliche.

ungleich günstigeren Weise vollzogen haben als anderwärts. Was zunächst das grundherrliche Verhältniss im eigentlichen Sinne anbetrifft, so zeichnete es sich dadurch aus, dass das grundherrliche Eigenthum von Anfang an den äussersten Beschränkungen unterlag¹⁾, dass es von vornherein ein sicheres bauerliches Besitzrecht gab, das sich im Laufe der Jahrhunderte nicht nur nicht verschlechterte, sondern sogar seit dem Anfange der Neuzeit schrittweise zu Eigenthum entwickelte; die rein grundherrlichen Rechte verflüchtigten sich oder wurden als ein Ausfluss der inzwischen zur Ausbildung gelangten obrigkeitlichen Stellung des Grundherrn angesehen, so dass das bauerliche Besitzrecht in Schlesien in der Periode der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung der Regulirung überhaupt nicht mehr als bedürftig erklärt werden konnte. Auch das Verhältniss der Erbunterthänigkeit zeigte in Schlesien eine milde Form. Wenn auch hier der Grundherr schon früh zum Gerichts- und Polizeiherrn, d. h. zur Obrigkeit seines Dorfes wurde, so hatte sich doch der Antheil der Bauern an der Rechtspflege in den Schöffencollegien ungeschmälert erhalten²⁾; dass der Grundherr von seiner Gerichtsgewalt einen ungebührlichen Gebrauch machte, das wurde verhindert durch die grossen Justizreformen des 16. Jahrhunderts, durch die Ausbildung der administrativen Kontrolle des Oberhauptmanns über die einzelnen schlesischen Gerichte³⁾ und seiner schiedsrichterlichen Vermittlungsgewalt, deren Hauptthätigkeit gerade in der Beilegung von Zwistigkeiten zwischen Grundherrn und Unterthanen bestand⁴⁾, durch die Einsetzung des Ober- und Fürstenrechtes als einer besonderen Centralinstanz für die Fälle der Rechtsverzögerung und Rechtsverweigerung⁵⁾, durch

¹⁾ In der Mark Brandenburg z. B. war der Grundherr befugt, den Bauern zu pfänden, wenn er den Zins nicht zahlte (vgl. Grossmann, a. O. S. 3). Für Schlesien jedoch habe ich keinen Beleg für die Existenz oder die Ausübung dieses Rechtes finden können; soviel sich ersehen lässt, konnte hier die Pfändung wegen versessener Zinse nur auf Grund gerichtlichen Urtheils geschehen. — ²⁾ Vgl. den Passus des Fürstentagsbeschlusses von 1652: „[dahero sie] . . selbst gerichte besitzen können, wie denn notorium, dass auf den dörfern ihnen nicht allein die bürgerlichen gerichte vertrauet, sondern auch die halsgerichte auf begehende fälle mit ihnen bestellet werden.“ — ³⁾ Rachfahl, a. O. S. 165. — ⁴⁾ Ebd. S. 168, Anm. 2. — ⁵⁾ Ebd. S. 191 ff.

die strenge Durchführung der Rechtsmittel der Appellation und Supplication¹⁾. Wie sehr auch immer wieder dem Grundherrschaften durch die Gesetzgebung seit dem 16. Jahrhundert anempfohlen wurde, gute Polizei zu halten und Ausschreitungen der Unterthanen zu steuern, so wurde ihm doch zugleich eingeschärft, ein billiges und leidliches Regiment zu führen, und es ward denen, die sich von der Obrigkeit beschwert glaubten, das Recht garantirt, ihre Klagen bei den staatlichen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden vorzutragen; der Grundherr, der seine Unterthanen ungebührlich behandelte, wurde mit gerichtlicher Strafe und sogar mit Zwangsverkauf seines Gutes bedroht, indem nach Laut der Unterthanenordnung von 1652 er „von iedes ortes hohen obrigkeit gar wohl entsetzet und die unterthanen von dem unerträglichen joch befreyet werden“ durften. Das Wichtigste aber bestand darin, dass die dritte und letzte Schicht in der Entwicklung der ländlichen Verfassung, die Gutsherrschaft, in Schlesien zu weit unvollständigerer Ausbildung gelangte wie in den Nachbarländern. Unzweifelhaft wies der gutsherrliche Eigenbetrieb in Schlesien von Anfang an grössere Dimensionen auf, als z. B. in der Mark Brandenburg, und das hängt eben damit zusammen, dass dort in viel höherem Grade als hier die Kolonisation von der Initiative kleinerer Grundherrschaften ausging. Der kleine Grundherr that von Anfang an nur soviel Land zu Kolonistenrecht aus, als er mit Fug entbehren konnte, und behielt sich immer soviel vor, wie er für einen zwar mässigen, seinem Bedürfnisse jedoch vollkommen entsprechenden Eigenbetrieb brauchte; zur Führung seiner Wirthschaft genügten ihm im Allgemeinen neben den eigenen Gespannen die geringen Spanndienste der polnischen und hie und da, wo vereinzelt eine solche Frohnpflicht schon vor dem Ausgange des Mittelalters bestand, der deutschen Bauern, nicht minder die Handdienste der Gärtner — in den unvollständig germanisirten Districten der Robottgärtner, in den deutschen der Dreschgärtner —, endlich die Dienstleistungen des unfreien und des freien Hofgesindes. Da also in Schlesien von Anfang an ein relativ bedeutender gutsherrlicher Eigenbetrieb bestand,

¹⁾ Rachfahl, a. O. S. 220 ff. und besonders S. 253.

da auch für Arbeitskräfte ziemlich gesorgt war, so vollzog sich hier die durch den Verfall der alten Lehnkriegsverfassung und die Wandlung im Wesen des Ritterthums bedingte Fortbildung der ländlichen Verfassung in wenig schroffer Gestalt. Der adlige Grundherr hatte nicht nöthig, durch ähnliche Mittel die Vergrößerung seines Hoffeldes zu betreiben, wie z. B. in der Mark Brandenburg; dazu kam, dass sich in Schlesien ein umfangreicher geistlicher Grundbesitz erhielt, auf dem die Praxis gegenüber den bauerlichen Hintersassen jederzeit eine sehr milde blieb. In der That findet sich keine Spur eines Beweises dafür, dass in Schlesien das „Bauernlegen“ in annähernd gleichem Maasse betrieben wurde, wie in anderen Ländern des Nordostens. Wo ein Zwangsauskauf stattfand, da dürfte in der Regel nicht sowohl das private Interesse des Grundherrn für die Vergrößerung seines Gutsbetriebes als vielmehr das wirklich obrigkeitliche Interesse, die Sorge für die Erhaltung des öffentlichen Friedens im Dorfe, den Ausschlag gegeben haben. Die Ueberschuldung der bauerlichen Besitzer und der massenhafte Heimfall wüster Hufen während der unablässigen Kriege des 15. Jahrhunderts und im Laufe des dreissigjährigen Krieges im Zusammenhange mit der Auswanderung der in ihrem Glauben bedrängten Protestanten erklären zur Genüge die immerhin sichtbare Zunahme des grundherrlichen Gutsfeldes seit dem Ausgange des Mittelalters. Da nun die Erweiterung des gutsherrlichen Eigenbetriebes weder durch die gleichen Mittel noch auch in gleicher Ausdehnung, wie anderwärts, erfolgte, da ferner durch das Institut der Robott- und der Dreschgärtner auch für Arbeitskräfte schon besser von vornherein gesorgt war, so brauchte auch die bauerliche Arbeitskraft nicht allzu intensiv in das Interesse des gutsherrlichen Dienstes gestellt zu werden. Die Frohnpflicht wurde zwar verallgemeinert und auch auf die deutschen Bauern generell übertragen, ohne indess allzu drückend sich zu gestalten. Nur die Folge davon war es, dass, vom rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, die neu eingeführte Beschränkung der bauerlichen Freizügigkeit rein formaler Natur blieb, indem der Grundherr im Allgemeinen dem Unterthanen die Entlassung nicht verweigern durfte. So hat die dritte und letzte Phase in der Entwicklung der ländlichen

Verfassung, die Ausbildung der Gutsherrschaft in ihren drei Hauptbestandtheilen, Auskaufsrecht des Grundherrn, Verallgemeinerung und Verschärfung der bäuerlichen Dienstpflicht, sowie Aufhebung der bäuerlichen Freizügigkeit, in Schlesien unter grösserer Schonung der niederen ländlichen Bevölkerung stattgehabt. Mag auch die Praxis namentlich im 18. Jahrhundert, in der Zeit unmittelbar vor der Eroberung durch Friedrich den Grossen, zumal in Oberschlesien gegenüber den polnisch gebliebenen Bauernschaften bei Weitem nicht immer den Vorschriften dieser humanen Gesetzgebung entsprochen haben; theoretisch bestand diese letztere doch, und so brauchte Friedrich der Grosse, nachdem Schlesien in den preussischen Besitz übergegangen war, zur Stütze für seine bauernfreundliche Politik nur über die Beachtung ihrer Vorschriften mit Nachdruck zu wachen; noch mehr: sie konnte werden in mannichfacher Hinsicht der Ausgangspunkt einer socialen Reformthätigkeit für das gesammte Gebiet des preussischen Staates¹⁾.

E x c u r s.

Die Emancipation der niederen ländlichen Bevölkerung Schlesiens slavischer Herkunft unter den Einwirkungen des deutschen Rechtes.

Die niedere Bevölkerung Polens — nur von der ländlichen kann die Rede sein, da Städte im Rechtssinne dem altpolnischen Reiche unbekannt waren — schied sich in der ältesten Zeit in zwei grosse Gruppen, Opole-Bauern und Sklaven. Unter den Opole-Bauern, die später auch Kmeten genannt wurden, sind zu verstehen die Abkömmlinge der grossen Masse der alten Volksgenossen. Sie lebten in gewissen, den altdeutschen Sippschaften entsprechenden Verbänden,

¹⁾ Ueber die Uebertragung des schlesischen Provinzialrechtes auf die übrigen preussischen Provinzen und seinen Einfluss auf die Gesetzgebung des Allgemeinen Landrechtes vgl. Brünneck, a. O. Bd. 24, N. F. 10, S. 124 bis 150.

„Opolen“, die je in mehreren kleinen Dörfern angesessen waren; sie hatten kein Eigenthum an ihren Grundstücken, sondern nur lassitischen Besitz, der ihnen gegen gewisse Abgaben und Dienste, die unter dem Namen des *Ius Polonicum ducale* zusammengefasst wurden, eine hinsichtlich der Zeitdauer ganz in das Belieben des Fürsten gestellte Nutzung der ihnen überwiesenen Grundstücke verlieh. Sie waren erblich an die Scholle gefesselt und sind in gewissem Sinne als Hörige des Herzogs zu betrachten, da sie ihm zu Diensten auch in seinem persönlichen Interesse (so zu Ackerdiensten) verpflichtet waren, da er über sie eine so gut wie unbegrenzte Strafgewalt besass, da er sie von ihren Gütern ohne weiteres entfernen, und da er sie, aber nur mit den Dörfern, in denen sie sassen, an seine Grossen verschenken durfte. Die Lasten des *Ius Polonicum*, denen sie unterworfen waren, waren verschiedener Art; theils bestanden sie in Abgaben (zumal in Naturalien, Vieh, Getreide, Honig, aber auch in Geld, Münzgeld und Zöllen), sodann in Diensten im öffentlichen Interesse (Vorspann für militärische Zwecke, Stellung von Kriegswagen, Weisung der Wege für das Heer, Bau und Reparatur der Landesburgen und Brücken, Burgwachdienst, Kriegsdienste selber u. s. w.), endlich in Diensten für die Person des Herzogs (Beförderung und Sorge für den Unterhalt des Herzogs und seines Gefolges auf Reisen, sowie besonders gemessene Fuhr- und Ackerdienste). Die Sklaven waren entweder Herzogs- oder Privat-Sklaven; die ersteren waren zum Theil zum Zwecke des Ausbaues des Landes als Bauern angesiedelt und hiessen dann *narocznicy* oder *decimi*. Die letzteren konnten beliebig verkauft oder verschenkt werden; ihre Unfreiheit war demnach eine schärfere als die der Opolebauern; ebenfalls allen Lasten des *Ius Polonicum* unterworfen, waren sie insofern noch weiterhin ungünstiger gestellt, als sie zu ungemessenen Diensten herangezogen wurden; die *narocznicy* waren auch noch zu speciellen Dienstleistungen im Interesse des Herzogs und der Besatzung der herzoglichen Landesburgen verbunden, so als Stallbedienstete (*agazones*), Gärtner, Fischer, Winzer, Jäger, *camearii* (eine Art von Hausdienern) und als Handwerker aller Art ¹⁾).

¹⁾ Vgl. Rachfahl, a. O. S. 24 ff.

Diese Verhältnisse verschoben sich in der Epoche der Kolonisation, im Ausgange des 12. und im 13. Jahrhundert einigermaassen. Der Unterschied zwischen den Opole-Bauern und den als Bauern angesiedelten herzoglichen Privatsklaven begann — ausser in der Verschiedenheit der Dienstleistungen — zu schwinden, indem sich die *narocznicy* und *decimi* zu ähnlichen Rechtsverhältnissen, wie die der *Kmeten* waren, emporschwangen und insbesondere denselben Gerichtsstand wie diese erlangten¹⁾. Man hat demnach seit dem 13. Jahrhundert zwei grosse Klassen der niederen ländlichen Bevölkerung slavischer Herkunft zu unterscheiden: angesiedelte Bauern, und diese sind hinwiederum ihrem Ursprunge nach theils *Kmeten*, theils zu deren Rechtsverhältniss emancipirte, als Bauern angesessene, ehemalige Herzogssklaven; alsdann Privatsklaven, Leib-eigene, in die Privatrechtssphäre ihres Herrn gehörig. Das stimmt durchaus überein mit den Verhältnissen in Grosspolen, wo das ganze Mittelalter hindurch zwischen *kmethones* (*Kmeten*, *kmiecie*), angesiedelten Bauern, und *slugi*, besitzlosen, leib-eigenen Knechten auf den Herrschaftshöfen und um die Person des Herrn, unterschieden wurde²⁾. Um die Mitte des 13. Jahrhunderts stellt sich jedenfalls die angesessene ländliche Bevölkerung slavischer Abstammung (ehemalige Opole-Bauern, *narocznicy* und *decimi*) als eine im Wesentlichen homogene, mit lassitischem Besitzrechte³⁾ ausgestattete, zu Zins und

¹⁾ So bestimmt z. B. eine Urkunde Heinrichs I. vom Jahre 1204 für das Kloster Trebnitz (Häusler, Urk. des Fürstenthums Oels, S. 27) über gewisse *narocznicy*: „*prete rea non debent iudicari nisi a suo iudice; sed si grandis emergerit causa coram duce vel tantum Wratislaviensi castellano*“. Ihr Gerichtsstand war also derselbe wie der der Opolebauern. — ²⁾ Vgl. u. a. Brünnneck, a. O. Bd. 23, S. 48 ff. — ³⁾ Viel Material über die ältesten Rechtsverhältnisse des slavischen Lassebesitzes enthält das von Stenzel herausgegebene Heinrichauer Gründungsbuch; wir erwähnen daraus hier nur einen einzigen Vorgang, der uns sehr interessante Aufschlüsse gewährt, nämlich die Erwerbung des Dorfes Glambowitz durch das Kloster Heinrichau. Glambowitz war ursprünglich „*terra deserta et nemorosa*“; diesen Wald nun gab Boleslaus I., „*cum diversis in locis rusticis terram distribueret, cuidam rustico suo proprio, Glambo nomine*.“ Glambo rodete diese Stätte, die daher den Namen Glambowitz erhielt. Da seine Nachkommen Bedrückungen erlitten, konnten sie sich auf dem Grundstücke nicht halten und dieses ging nun über in den Besitz des Protonotars Nikolaus und von diesem

Dienst verpflichtete Masse dar. Nur eben bezüglich des Umfanges ihrer Dienste schied sich die altpolnische Bauernbevölkerung in zwei grosse Gruppen: während die Ackerdienste der einen, der ursprünglichen Opole-Bauern, sehr gering waren, indem sie im Allgemeinen nur drei Tage im Jahre zu frohnden brauchten, waren diejenigen Bauern, deren Herkunft von angesiedelten Sklaven abzuleiten ist, falls ihnen nicht etwa durch besondere Vergünstigungen Erleichterungen zu Theil geworden waren, zu ungemessenen Frohnden verpflichtet¹⁾. Zum Theile

hinwiederum durch Schenkung an das Kloster. Nachdem Nikolaus gestorben war, fand ein in der Nähe wohnender Ritter Stephan von Kobelau Gefallen an Glambowitz und trachtete nach dessen Besitz. Daher reizte er gewisse Bauern, die Pyrosoviczi hiessen, auf, dem Herzoge zu klagen, Nikolaus und das Kloster hätten Glambowitz unrechtmässig erworben, da sie als Verwandte Glambo's ein besseres Recht darauf hätten. „Sed quia hii rustici erant proprii ducis et divites..., dixerunt ad ducem: „Domine, hec silva est nobis per Nicolaum violenter ablata. Nos autem, si est gratia tua, iure hereditario tenemur eam possidere, quia antiquus Glambo erat uterinus frater avi nostri Pyrosonis. Quibus dux, ut suis propriis rusticis credidit, abstulit silvam tunc claustro et dedit eam eisdem rusticis.“ Schliesslich aber waren die Bauern doch die Geprellten; denn Stephan von Kobelau bot jetzt dem Herzog ein schönes Ross an und erbat sich als Gegengeschenk Glambowitz, das der Herzog auch in der That den Bauern wieder fortnahm und dem Ritter schenkte. Diese Erzählung ist ungemein interessant; es erhellt aus ihr, dass der Bauer an dem ihm überlassenen Grundstücke nicht nur die Nutzung, sondern auch eine gewisse — sogar sehr weitgehende — Vererbungs-fähigkeit besass; gegen Jedermann war dieser Lassebesitz geschützt, — nur gegen den Herzog als den Grundherrschaft nicht, der jederzeit dem Bauer das Grundstück wieder abnehmen konnte, — durchaus der (sog. unerbliche) Lassebesitz, wie er später überall im deutschen Nordosten vorkommt.

¹⁾ Dass die obige Schilderung richtig ist, ergibt sich auch aus der ältesten polnischen Rechtsaufzeichnung, die im 13. Jahrhundert entstanden ist, gedruckt in Hejcel, *Starodawne prawo polskiego pomniki*. Tom. II Krak. 1870 (Księga prawa etc. § 24): „Ouch zyn dy gebuer pflichtig zu vuren iclicher von deme dorfe, do her inne gezeessen ist, zcu sinen herren neeste dorfe, daz dy von deme dorfe muszen zun einen andern vuren, als is vorbas zal; unde also von dorfe zcu dorfe, bis es kome zcu eres herren houfe, adirs wo hyn do is bliben sal etc.

Ouch zynt ze pflichtig eres herren houf zcu zceunen und im hew zcu slan, dry tage in der zyt, als man hew slet, und dy wip zin pflichtig, dry tage zcu snyden in den auste.

Dy aber des herren eygen sint, dy musen erbeiten, wen man en

befanden sich diese Bauerndörfer im Besitze des Herzogs, zum Theile durch Veräusserung irgendwelcher Art im Besitze privater Grundherren¹⁾. Ueberraschend gross ist auch oft der Umfang einer altpolnischen Bauernstelle; so wird im Heinrich-auer Gründungsbuche aus der Zeit um die Wende des 12. zum 13. Jahrhundert von einem Bauern erzählt, der auf einem Grundstücke sass, welches so gross war, dass später darauf vier kleine Dörfer errichtet werden konnten²⁾. In Dörfern, deren Bauern ihrer Herkunft nach angesiedelte Sklaven waren, kommt besonders oft das ungewöhnlich grosse Maass der Dzedzinen (gleich drei grossen Hufen)³⁾ als der Besitzeinheit

gebutet. Doch zint zemeliche eigine lute, der dinet iclicher sinen monden zcu hoffe und enkomt uz dem houfe nicht e, den ein ander an zin stat dar kumet. Dy selbin siczen mit enandir in dorfern, dy en bescheiden sin, und erbeiten ir notdorft; wen sy alle uf eres selbes kost zcu houfe musen syn, dy suz getaner dinst pfligin.“ Klar und scharf geht daraus hervor der Unterschied zwischen den Bauern im Allgemeinen (des alten Opole-Verhältnisses), die nur zu Fuhrdiensten (*vecturae*) und nur zu dreitägiger Arbeit für den herrschaftlichen Gutsbetrieb verbunden sind, und den als Bauern angesiedelten Sklaven („dy des herren eygen sint“) mit principiell unbeschränkter Frohnpflicht, — dieser beiden Hauptclassen der angesessenen niederen Bevölkerung Polens.

¹⁾ Sowohl Opole-Dörfer wie Dörfer mit ursprünglicher Sklavenbevölkerung gingen aus dem herzoglichen Besitz über in den privater Grundherren. Ein Beispiel einer solchen Schenkung bietet z. B. eine Urkunde Heinrichs I. (d. a. 1208, Häusler, a. o. S. 40 no. 18): „partem villae .. dedi hominibus meis Zlaviconi et fratribus eius et ipsos cum eadem villa dedi beato Bartholomeo.“ Ehemalige Opole-Dörfer im Besitze privater Grundherren waren z. B. die oberschlesischen Dörfer Frauendorf (Cod. dipl. Sil. II S. 27, no. 27, d. a. 1319) und Poln. Döbern (ebd. S. 30, no. 30, d. a. 1328), wie daraus hervorgeht, dass sie zu dreitägigem Frohndienste verpflichtet waren. Darüber, dass alle Bauerndörfer Polens ursprünglich im Besitze des Herzogs waren und erst durch fürstliche Schenkung in die Hände privater Grundherren geriethen, vgl. Rachfahl, a. O. S. 24, Anm. 3. — ²⁾ [Hic] sedebat antiquus rusticus ducis [Namens Colacs]. Sed quod in diebus illis erat terra hic in circuito nemorosa et deserta, hic idem rusticus dominabatur tunc temporis multa nemora in circuito et silvas.“ Daher wurde der ganze Bezirk Colacsowe genannt, und später wurden auf ihm vier villulae errichtet (Heinrich. Gründgsb., ed. G. A. H. Stenzel S. 17). — ³⁾ Vgl. o. S. 129, Anm. 1. S. auch Häusler, a. O. S. 159 no. 129 (d. d. Trebnitz, 15. Febr. 1368): „Exposuimus excrescensiam quandam ... tres mansos magnos continen-tem agrorum, quos tamen tres mansos secundum consuetudinem et ius Polonicum pro una zezyna tantum duximus computandum.“

vor. Nun hat Meitzen mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass die mit Dzedzinen ausgestatteten Dörfer in unebenen, wechselnden und zum Theil schlechten Böden lägen, dass der Anbau ferner in ihnen nur nach und nach vorgeschritten sei und für die einzelnen Güter einzelne Stücke nach der Bodenbeschaffenheit herausgegriffen habe¹⁾; erwägt man ausserdem, dass noch 1410 ein grosser Theil der Abgaben dieser Dzedzinendörfer in Honigzinsen bestanden hat, so geht daraus ganz offenbar hervor, dass man diese Dzedzinen und wohl überhaupt den ältesten bäuerlichen Besitz der slavischen Bevölkerung nicht als eigentliches Culturland ansehen darf; offenbar sind sie anzusehen als ein zum grössten Theile noch uncultivirtes Grundstück, das dem Inhaber vornehmlich zum Betriebe von Viehzucht und Zeidlerei überlassen war, und von dem er nur nebenbei je nach dem Bedürfnisse einige kleinere Parzellen mit Feldfrüchten bestellte.

Dies war die Lage des polnischen Bauernstandes in Schlesien in der Epoche der deutschen Einwanderung. Mit ihr nun hob an eine neue Entwicklung auch in der Geschichte des polnischen Bauernstandes, dessen Lage allmählich nach dem Vorbilde der Rechtsverhältnisse umgestaltet wurde, deren sich die deutschen Ansiedler erfreuten. Diese rechtliche Germanisation der slavischen Bauernschaften war indess keineswegs ein durchaus einfacher Process; verhältnissmässig selten dürfte es vorgekommen sein, dass ein bestimmtes Dorf und seine Insassen mit allen Vortheilen des deutschen Rechtes auf ein Mal begabt wurden, — schon deshalb nicht, weil ja oft Landesherr und Grundherr nicht zusammenfielen, während doch dazu das Zusammenwirken beider nöthig war. Es handelte sich dabei vielmehr um einen ganzen Complex von Vorgängen, indem zur vollständigen Emancipation eines slavischen Dorfes folgende Stücke gehörten: Uebertragung der persönlichen Rechtsverhältnisse, die für die Kolonisten bestanden, auf die slavischen Bauern, Umgestaltung des Verhältnisses der Grundherrlichkeit im eigentlichen Sinne nach deutschem Muster, d. h. Verleihung des Erbzinsrechtes an die Hintersassen, Uebertragung der deutschen Agrar-, Gemeinde- und Gerichtsver-

¹⁾ Vgl. Cod. dipl. Sil. IV, Einl. S. 67 und das Trebnitzer Urbar von 1410, ebd. S. 255 ff., IV. no. 4.

fassung, Reform des Verhältnisses zum Landesherrn nach den Grundsätzen des deutschen Rechtes. Wie in allen diesen Beziehungen sich allmählich die Befreiung des altpolnischen Bauernstandes vollzog, das wollen wir an einigen Beispielen darzulegen versuchen.

Für die Reform der persönlichen Rechtsverhältnisse der slavischen Bauern waren zwei Momente von maassgebender Bedeutung, die Uebertragung des deutschen Besitzrechtes und die Ausbildung der Erbunterthänigkeit. Indem den polnischen Bauern stellenweise das Erbzinsrecht an ihren Gütern verliehen wurde, hörte der Rechtsanschauung zufolge ohne Zweifel ihre Gebundenheit an die Scholle auf, und ihre Freizügigkeit war fortan nur der gleichen privatrechtlichen Beschränkung unterworfen, wie die der Kolonisten, nämlich dem grundherrlichen Consense. Durch die Ausbildung der Erbunterthänigkeit galt der polnische Bauer fortan seinem Grundherrn als seiner Obrigkeit ganz in derselben Weise unterworfen wie der deutsche Bauer; das gilt sowohl von den Bauern der ehemaligen Opoleverfassung wie von der gesammten unfreien Bevölkerung, indem die bisherige Disciplinargewalt des Leihherrn sich abschwächte zu einer obrigkeitlichen Machtbefugnis, zur Gerichts- und Polizeiherrlichkeit über die Insassen der Grundherrschaft. Sehr wichtige Einblicke in diese Entwicklung gewährt uns die Geschichte des Dorfes Krampitz im Fürstenthume Breslau. Die Krampitzer Bauern waren ursprünglich sog. „Kämmerer“ (*camerarii*), d. h. eine Art von *naroczniczy*, angesiedelte Sklaven, und zwar bestanden ihre Functionen in der ältesten Zeit darin, dass sie in der Kastellaneiburg Neumarkt, der sie zugetheilt waren, gewisse häusliche Dienste verrichten mussten; Reste dieser Kämmererdienste haben sich erhalten bis zum Anfange der Neuzeit, indem die Krampitzer Bauern noch im Beginne des 16. Jahrhunderts schuldig waren, für das Burglehen Neumarkt „Holz zu furen, Wasser in die Küche zu tragen, Stuben zu heissen und keeren“¹⁾. Unter der Einwirkung der Germanisation vollzog sich nun eine aufsteigende Entwicklung der persönlichen Rechtsverhältnisse dieser ehemaligen Sklaven. Das nächste Zeugnis dafür bietet

¹⁾ Cod. dipl. Sil. IV S. 226 (III no. 27, d. d. 10. Febr. 1525).

uns eine Urkunde aus der Mitte des 14. Jahrhunderts¹⁾. Von König Johann von Böhmen als dem damaligen Herzoge von Breslau waren die „incole et inhabitatores ville Crampitz cum ipsa villa Crampitz . . . a ducatu Wratislaviensi, cuius actenus camere serviebant“, an den Franz Radak veräußert worden; mit ihrem eigenen Gelde (paratis et propriis suis pecuniis) kauften sich nun die Krampitzer zurück „ad serviendum, ut pridem, dicte ducali camere.“ Daraus geht hervor, dass sie jetzt volle Vermögensfreiheit mindestens für bewegliches Eigentum besaßen. Aus dem Anfange des 16. Jahrhunderts wird uns dann weiter berichtet, dass sie unter Erhebung der Klage gegen ihren Grundherrn, den Breslauer Rath, an den König sich wenden wollten, ohne dass der Rath ihre Berechtigung in Abrede stellte²⁾; an ihrer Processfähigkeit sogar gegen ihre Herrschaft ist demnach nicht zu zweifeln: ein Unterschied zwischen den Krampitzern und den Bauern unzweifelhaft deutscher Herkunft bestand also um die Wende des Mittelalters zur Neuzeit bezüglich der persönlichen Rechtsverhältnisse durchaus nicht mehr.

Am sichersten lässt sich die Einführung der deutschen Gerichts- und Gemeindeverfassung sowie des Erbzinsrechtes und der deutschen Agrarverfassung in den polnischen Dörfern verfolgen. Charakteristisch in dieser Beziehung ist eine Urkunde, durch die der Probst von Czarnowanz die Umsetzung des Stiftsdorfes Poln. Döbern aus polnischem zu deutschem Rechte anordnete³⁾, dass er nämlich „nach gestalt der ietziger zeit, [sc. zu] beständigkeit der güttern und verbesserung

¹⁾ Cod. dipl. Sil. IV S. 202 (III no. 11, d. a. 1352). — ²⁾ Vgl. die S. 191, Anm. 1 citirte Urkunde. Sehr interessant ist die Geschichte des bäuerlichen Besitzrechtes in Krampitz, auf die einzugehen hier leider nicht möglich ist. Der altpolnische Lassebesitz gewann Erblichkeit und wurde in den letzten Zeiten des Mittelalters als eine Art von Besitz zu Lehnrecht erklärt und behandelt; seit dem 17. Jahrhundert wurde dann das bürgerliche Besitzrecht kurzweg als „Erbrecht“ aufgefasst, d. h. als jenes Erbzinsrecht, das sich damals gerade in Eigentum verwandelte. Im Anfange der Neuzeit wurden auch die deutsche Gemeinde- und Gerichtsverfassung eingeführt, die ungemessene Dienstpflicht durch einen Hufenzins abgelöst, so dass jetzt ein Unterschied gegenüber den Bauernschaften deutscher Herkunft durchaus nicht mehr existirte. — ³⁾ Cod. dipl. Sil. I S. 30 no. 30, d. a. 1328.

unserer einkommen“ das Dorf Döbern „auszern polnischen recht, in welchem die pauern und unterthanen wegen unbeständigkeit des zuestants und wonung keine nutzung haben mögen, und auch weder unserm kloster eben keiner nutz hat sein können, auf anderes deutsches recht nach Neumark verwandelt, desselben verbesserung verkaufende“; der Schulze und die Bauern erhielten nun ihre Grundstücke „zue freyer und ruhigen besitzung“ auf ewige Zeiten: in seinem ganzen Umfange bedeutete dieses Privileg nicht mehr und nicht weniger als die Verleihung des deutschen Besitzrechtes und des deutschen Wirthschaftssystems, sowie — im Zusammenhange mit der Einsetzung des Schulzenamtes — der deutschen Gerichts- und Gemeindeverfassung. Ein anderes Beispiel in dieser Hinsicht bietet das Dorf Domnowitz bei Trebnitz, ein altes Leibeigenendorf, wie schon daraus hervorgeht, dass noch 1410 in dem Dorfe das altpolnische Feldmaass der Dzedzinen üblich war, dass einige Bewohner, ebenso wie die Bauern von Krampitz, als *camerarii* und zu ungemessenen Diensten verpflichtet bezeichnet werden, und dass jede Dzedzine ausser zu Geld- und Getreidezins auch noch zu Honigzins verbunden war¹⁾, wie auch daraus, dass die Bewohner zur Anfertigung von Rädern für die Grundherrschaft genöthigt waren²⁾. In der Zeit von 1410 bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts aber gingen grosse Veränderungen in dem Dorfe vor sich; die deutsche Gewanneintheilung und das deutsche Wirthschaftssystem fanden Eingang. Aus einer Urkunde des Jahres 1587³⁾ erfahren wir von einem Rechtsstreite zwischen dem Trebnitzer Kloster als der Grundherrschaft und der Domnowitzer Bauernschaft, — was schon insofern übrigens von Wichtigkeit ist, als dadurch über die nunmehr erlangte Processfähigkeit der Bauern gegen ihre Herrschaft und über ihre persönliche Freiheit alle Zweifel ausgeschlossen werden. Bei Gelegenheit dieses Processes kam zur Sprache, dass „vom alters“ in dem Dorfe Hufen ausgesetzt und die Bauern davon Erbsilberzinse schuldig seien, da das Kloster den Bauern zwar

¹⁾ Vgl. das schon mehrfach citirte Trebnitzer Urbar von 1410. —

²⁾ Cod. dipl. Sil. IV S. 273, IV no. 8 d. d. Schweidnitz, 20. Febr. 1546. Die Anfertigung und Lieferung von Rädern war eine den *narocznic* oft auferlegte Verpflichtung. — ³⁾ Ebd. S. 278 ff. IV no. 15, d. d. Oels, 9. Mai 1587.

ihre Hufen „zu ihrem eigenthumb erblich“, aber „nicht frei, sondern mit einem erbczinse“ überlassen habe. Es war also inzwischen die deutsche Hufenverfassung an Stelle der Dzezdinen auf das Dorf übertragen und im Zusammenhange damit der alte Honigzins in Erbsilberzins verwandelt worden; der bauerliche Besitz wurde fortan — entsprechend der Entwicklung des Erbzinsrechtes — schlechthin als zinspflichtiges Eigenthum aufgefasst. Für diese in der Rechtsanschauung erfolgte Allodificirung des bauerlichen Besitzes ist von Interesse noch eine Urkunde derselben Zeit, durch die das Kloster der Domnowitzer Bauernschaft eine Weide „erblich verkauft, sie zu geniszen, zu vorzaunen, zu vorgraben, auch mit unserm genehmhaben zu vorpfenden, zu vorkaufen und als mit ihrem propergut zu erbeigenem rechte nun hinfüro zu edlichen zinsen zu gebühren“¹⁾. Also auch der bauerliche Gemeindebesitz wurde jetzt kurzweg als Gesamteigenthum aufgefasst, und das sogar bei einer ursprünglich slavischen Bauernschaft. Es sei hier übrigens nur noch nebenbei erwähnt, dass sich ungefähr um dieselbe Zeit wie die Umbildung der Agrarverfassung auch die der Gemeinde- und Gerichtsverfassung in Domnowitz nach deutschem Muster vollzog. Noch 1410 gab es eine solche nicht; erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts finden wir hier Schulzen, Aelteste und Schöffen²⁾, und 1615 endlich richtete die Herrschaft, da in dem Dorfe, wie es ausdrücklich heisst, „bisz dato kein richtiger erbscholz gewesen, dadurch dann in viel wege grosze schädliche unordnung sich daselbst erhalten“, eine Erbschultisei ein³⁾. Damit war durch die Ausbildung der persönlichen Freiheit der Einwohner, durch Uebertragung der deutschen Agrar-, Gemeinde- und Gerichtsverfassung die rechtliche Germanisirung des alten Leibeigenendorfes in allen Stücken vollendet.

Durch die „Umsetzung“ eines Dorfes aus polnischem zu deutschem Rechte konnte natürlich nur zunächst das Verhältniss zwischen Grundherrschaft und Hintersassen eine Regelung erfahren; darin war allerdings zur Zeit, als die Erbunterthänigkeit sich bereits herausgebildet hatte, die Reform der

¹⁾ Cod. dipl. Sil. IV S. 286, nr. 21, d. d. Trebnitz, 19. Juli 1608. —

²⁾ Ebd. S. 282, nr. 16, d. d. 22. September 1594. — ³⁾ Ebd. S. 286, nr. 22, d. d. 3. Juli 1615.

Gemeinde- und Gerichtsverfassung einbegriffen. Die Lasten des *Ius Polonicum* dem Landesherrn gegenüber, insbesondere die gemessenen Ackerdienste für die Bauern der alten Opole-Verfassung, und die ungemessenen Dienste der leibeigenen Bauern, blieben für die zu deutschem Rechte emancipirten Bauern noch bestehen, solange nicht der Herzog auf sie verzichtete oder sie der Grundherrschaft überliess. So ertheilte z. B. Herzog Wladislaus 1258 den Mönchen des Klosters Rauden das Privileg¹⁾, „ut homines eorum liberi famulique servi et mercenarii ipsorum in omnibus villis . . . plenaria gaudeant libertate, videlicet ut aliquod castrum nullam penitus in eis habeat iurisdictionem, nec ad aliquod castrum edificandum vel reparandum teneantur ire, nec ad aliquam expeditionem procedere compellantur . . . Item in supradictis hereditatibus clauastro sepedicto stanicz, strodam, prevod, provoz, poradlne, vectigal, tributum vel census, indictionem aut extraordinarium servitium vel praestationem . . . omnia concedimus abbati“. Um ehemalige Opole-Bauern, deren Dienste an eine private Grundherrschaft überlassen waren, handelt es sich z. B., wenn die Einwohner der Dörfer Frauendorf²⁾ und Poln. Döbern³⁾ „nach des Landes Gewohnheit“ anstatt wie früher dem Herzoge, jetzt der Grundherrschaft drei Tage im Jahre Ackerdienste verrichten mussten. Das Gleiche war der Fall hinsichtlich des Dorfes Bowallno⁴⁾; 1328 wurde dieses vom Herzoge Boleslaus dem Stifte Rauden „cum censu, exactionibus, iudiciis sive culpis, honoribus, serviciis et cum omni iure“ tauschweise abgetreten; darauf setzte der Stiftsprobst das Dorf zu deutschem Rechte aus („habentes in eadem villa plenum ius domini ad petitionem nostrorum hominum in eadem [sc. villa], sculteti et villanorum, in ius subsequens collocamus“), indem er den Bauern zugleich neben der Zinspflicht die aus dem *Ius Polonicum* ducale stammende Pflicht dreitägigen Ackerdienstes der Opole-Bauern auferlegte. Mit ehemaligen Leibeigenen haben wir es dagegen sicherlich zu thun, wenn uns berichtet wird, dass 1492 Wilhelm von Bernstein, damaliger Inhaber der einstigen Castellaneiburg zu

¹⁾ Cod. dipl. Sil. II, S. 2, nr. 2, d. a. 1258. — ²⁾ Ebd. S. 27, nr. 27, d. a. 1319. — ³⁾ Ebd. S. 30, nr. 30, d. a. 1328. — ⁴⁾ Ebd. S. 31, nr. 31, d. a. 1328.

Gleiwitz, die bisher ungemessenen Dienste seiner Unterthanen in Schönwald in eine Abgabe von 26 Gulden jährlich verwandelte¹⁾; ähnlich war ja auch der Hergang in dem oben erwähnten ehemaligen Narocznicz-Dorfe Krampitz. Soviel steht jedenfalls fest: principiell wurden von den Lasten des *Ius Polonicum ducale* nur die deutschen Einwanderer befreit; für die ihrer Herkunft nach polnischen Bauern blieben diese Lasten in den weitaus meisten Fällen, auch wenn ihre Verhältnisse sonst nach deutschem Muster umgestaltet wurden, bestehen, nur dass sie oft an den Grundherrschaft veräußert und, wenn sie ungemessen waren, mitunter ermässigt oder in Geldleistungen umgewandelt wurden.

Um die Wende des Mittelalters zur Neuzeit ist der Process der rechtlichen Germanisirung der slavischen Bauern grossentheils vollendet. Ihre persönlichen Rechtsverhältnisse sind — zumal durch das Mittelglied der Erbhinterlassenschaft, — ganz denen der deutschen Ansiedler entsprechend gestaltet worden; Agrar-, Gemeinde- und Gerichtsverfassung zeigen die Tendenz, sich überall in Einklang mit den Zuständen des deutschen Rechtes zu setzen; der Leihbesitz ist vielerorts durch das sich zu Eigenthum entwickelnde Erbzinsrecht verdrängt worden. Durch die Gesetzgebung seit dem 16. Jahrhundert wurden diese Fortschritte in der Entwicklung festgelegt und verallgemeinert²⁾. In der Oppeln-Ratibor'schen Landesordnung von 1562 heisst es: „Nachdem befunden worden, dasz etliche von adel ihre unterthanen nicht verkaufen lassen, sondern ihnen die güter nehmen, dadurch die unterthanen keine lust zur nahrung gewinnen . . , so sollen fortan allen bauersleuten ihre güter von ihren herrn um ein ziemlich leidliches geld erblich verkauft oder jetzigen besitzern aus gnaden gegeben werden, dieselben weiter, wenn es ihre nothdurft oder gelegenheit erfordert, aufs theuerste, als sie können, zu verkaufen, daran den bauern sein herr nicht verhindern soll, doch dasz er sein erb und gut mit einer tauglichen person besetze, und wenn der unterthan das gut dem herrn besetzt hat und von seinem herrn ziehen wollte, soll ihn der herr nicht aufhalten sondern ihm einen loszbrief geben.“ Auf dieses Gesetz nahm

¹⁾ Cod. dipl. Sil. II, S. 72, no. 72, d. a. 1492. — ²⁾ Vgl. auch o. S. 160 f.

dann fast ein Jahrhundert später der Fürstentagsbeschluss vom 1. October 1652 Bezug, durch den die Existenz einer „*scclaveria* oder Leibeigenschaft“ in Abrede gestellt und behauptet wurde, in Schlesien hätten die Bauern von Altersher Freiheit und Eigenthum besessen: nur in den Fürstenthümern Oppeln und Ratibor an der polnischen Grenze sei das theilweise bis Ferdinand I. anders gewesen. Es habe dort nämlich Güter gegeben, „welche besetzte güter genant und der herrschaft eigenthümlich zuständig, den leuten aber mit einem gewissen beylasz an vieh, hausrath und anderer zugehör eingeraumet worden, dasz sie den herrschaften ihre dienste verrichten aber *liberi homines seyn und verbleiben*“; erst Ferdinand I. habe angeordnet, „dasz allen bauers-leuten ihre güter von ihren herrn umb ein ziemlich leidlich geld verkauft und den besitzern aus gnaden gegeben werden solten, dieselben weiter, wenn es ihre noturft oder gelegenheit erforderte, zum theuristen, als sie können, zu verkaufen.“ Zweierlei geht aus diesen Stellen hervor, einmal dass die persönlichen Rechtsverhältnisse der slavischen Bauern im 16. Jahrhundert von denen der deutschen sich nicht im Geringsten mehr unterschieden („dasz sie .. *liberi homines seyn und verbleiben*“), dann dasz die Germanisation auf dem Gebiete des Besitzrechtes am unvollkommensten war, indem namentlich in Oberschlesien der Lassbesitz noch nicht überall durch das Erbzinsrecht oder Eigenthum verdrängt war. Die Landesordnung Ferdinands I. für Oppeln-Ratibor von 1562 wollte nun auch diesem letzten grossen Unterschiede zwischen deutschen und slavischen Bauern dadurch ein definitives Ende bereiten, dass sie eine durchgängige „Einkaufung“ der Lassbesitzer in das deutsche Besitzrecht verfügte. Durch den Fürstentagsbeschluss von 1652 wurde diese Anordnung stillschweigend als wirklich vollzogen vorausgesetzt und daher mindestens als formell noch zu Recht bestehend anerkannt; indem dieser Beschluss zugleich die allgemeine Allodification des bäuerlichen Besitzes festlegte, war fortan dem Wortlaute des Gesetzes zufolge aller bäuerliche Besitz in Schlesien Eigenthum. In der That war man freilich davon sehr weit entfernt; es scheint vielmehr, wie wenn die Verordnung Ferdinands I. vom Jahre 1562 so gut wie gar keinen praktischen Erfolg gehabt hat. Wenigstens blieb der

unerbliche Lassbesitz in Oberschlesien bis in das 18. Jahrhundert die Regel, und auch in Niederschlesien finden sich bis dahin, wenn auch keineswegs in so compacten Massen, nichterbliche („uneingekaufte“) Stellen. Erst in der preussischen Zeit ging man wieder mit grösserer Energie daran, die Eigenthumsverleihung consequent durchzuführen; doch nur in Niederschlesien waren die noch im 18. Jahrhundert in dieser Richtung unternommenen Versuche vollständig mit nachhaltigem Erfolge gekrönt, in Oberschlesien nur in einigen Kreisen, nämlich in Neisse, Leobschütz, Oppeln, Grottkau und Falkenberg¹⁾. Im 19. Jahrhundert fand dann die definitive Regulirung statt, deren Vorthelle in Oberschlesien allerdings nur den grossen Bauern zu Gute kamen, während die Gärtner bekanntlich dabei zum weitaus grössten Theile zum Opfer fielen; erst kurz vor unserer Zeit ist also der jahrhundertelange Process der Allodification des Lassbesitzes der slavischen Bauern und damit des bauerlichen Besitzes überhaupt in Schlesien zum Abschlusse gelangt.

Gewiss bedeutete die Umwandlung in dem Wesen der Grundherrschaft von einem Institute des Privatrechtes zu einer obrigkeitlichen Herrschaftsgewalt, durch welche die bauerliche Privatunterthänigkeit in ihren beiden Hauptstücken, Erb- und Gutsunterthänigkeit, begründet wurde, für denjenigen Theil des schlesischen Bauernstandes, dessen Abstammung auf die deutschen Kolonisten zurückzuführen ist, eine Verschlechterung der gesammten politischen und socialen Stellung; gleichwohl aber können wir nicht umhin, diesen Process im letzten Grunde doch als einen segensreichen zu bezeichnen. Denn durch ihn ward bedingt auf der anderen Seite die Emancipation des seiner Herkunft nach slavischen Theiles des schlesischen Landvolkes; durch ihn wurden alle Reste einstiger persönlicher Unfreiheit ausgetilgt. Die niedere ländliche Bevölkerung stellte sich jetzt dar als eine durchaus gleichförmige sociale Classe, deren Mitglieder ihrem Grundherrschaft gegenüber durch dasselbe Band der Privatunterthänigkeit verpflichtet waren, und es gab jetzt nur noch einen einzigen Bauernstand bei persönlich rechtlich gleicher Lage aller seiner Angehörigen.

¹⁾ S. Knapp, Bauernbefreiung I 120 ff. und Knapp-Kern S. 85.

Die Privatunterthänigkeit aber war das Durchgangsstadium zu jener individuellen und staatsbürgerlichen Freiheit, wie sie im 19. Jahrhundert für die gesammte Landbevölkerung geschaffen wurde. So verdankt der slavische Bauer seine endliche Freiheit den Einflüssen der Germanisation; erreicht wurde dieses Ziel aber erst durch die Entwicklung von mehr als einem halben Jahrtausend, und zwar auf Kosten des deutschen Bauern, der dafür seine ursprüngliche Vollfreiheit für die Dauer dieses Processes einbüßte.

V.

Ein oberrheinisches Kolbengericht aus dem Zeitalter Maximilian's I.¹⁾

Von

Herrn Oberbibliothekar Dr. **Herman Haupt**

in Giessen.

Der Beginn des 16. Jahrhunderts fand bekanntlich die Strafrechtspflege in den weitaus meisten Landschaften des heiligen römischen Reichs im Zustand des tiefsten Verfalls und heillosen Zerrüttung²⁾. Der Kampf zwischen dem deutschen

¹⁾ Kolbengericht, ein Gericht, bei dem der Kolben, d. h. die Gewalt, nicht das Recht die Entscheidung giebt. Wir entnehmen die Bezeichnung der im Folgenden öfter erwähnten oberrheinischen Reformschrift aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts, z. B. fol. 95^b als Randbemerkung zu der im Anhang mitgetheilten Gerichtsverhandlung: „*proprie dicitur ein kolbengericht, wie ob [= wie meinst du, ob; zum Beispiel] zeigt mir den man; ich sag dir daz recht, nachdem ich in in der lieb han.*“ Vgl. ferner die S. 203, Anm. 4, mitgetheilte Stelle: „die kolbengericht fohen an“ etc. Grimm, Deutsches Wörterbuch V, 1610 kennt die Bezeichnung nur aus dem Sprichwort: „kolbengericht und faustrecht ward nie schlecht.“ Oefter begegnet „kolbenrecht“ in der gleichen Bedeutung wie „faustrecht“; vgl. Grimm a. a. O. — ²⁾ Vgl. darüber namentlich R. Schröder, Lehrb. der deutsch. Rechtsgesch., 2. Aufl. S. 720 ff. J. Glaser, Handbuch des Strafprocesses S. 78 ff. L. v. Bar, Handbuch des deutschen Strafrechts I, 87 ff. v. Liszt, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 6. Aufl., S. 16 f. Stintzing, Gesch. der deutschen Rechtswissenschaft I, 607 ff.